HANS MÜHLESTEIN:
DEUTSCHLAND IN DER OST-WEST-SPANNUNG

Wir Mitteleuropäer, besonders aber der Deutsche, wir wuchsen auf in enger edrängnis zwischen den unter sich feindlichsten Polen des gesamteuropäischen Vesens: dem russischen und dem englischen; zwischen dem russischen Irratioalismus, Mystizismus und menschenfresserischen Fanatismus einerseits und em englischen Rationalismus, Technizismus und kaltblütig zynisch, aber mit ichelndem „christlichen" Cant über Leichen gehenden) Geschäftsgeist andererits. Wir haben während der letzten Menschenalter von beiden Geisteswelten icht nur starke Impulse empfangen, sondern einen so kontinuierlichen Zurom erlebt, daß in uns heute ein kaum mehr zu bändigendes explosives Geisch (wie zwischen Feuer und Wasser) jeden Augenblick die Umwelt in ein haos zu verwandeln droht. Diese gewaltige innere Hochspannung zwischen em östlichen und dem westlichen Pol unseres gesamteuropäischen Wesens ist enn auch der tiefere Grund, warum das gesamte Deutschtum, nicht nur in einem Machtstand vor dem Krieg vom ganzen umwohnenden Europa als ständige xistenzbedrohung empfunden wurde, sondern auch in seinem heutigen Ohnachtszustand als die Quelle der unberechenbarsten Gefahren für ganz Europa nd für die Welt gefürchtet ist.

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust!
Die eine will sich von der andern trennen" —

gt nicht zufällig der Deutsche, sagt Faust. Und die zwei Seelen drohen icht nur ihn, sondern ständig auch das Gesamtwesen in Stücke zu reißen!

Denn eigentlich steckt hinter dem russischen Pol unseres gesamteuropäischen Vesens — Asien, hinter dem englischen — Amerika, und das sind die beiden ußersten Pole der Menschheit überhaupt, deren „Weltgeschichte" in ihrer tzten, mehrtausendjährigen Phase, von dem einen Pol, dem asiatischen, zum nderen, dem amerikanischen, gewandert ist.[1]) Nun ist der Erdraum umreist, mit europäischem Wesen erfüllt bis zur Unerträglichkeit, saturiert bis ir Repulsion und Rebellion dagegen. Die beiden Pol-Welten der gesamten ıropäischen Kulturwelt, Eurasien und Euramerika, stoßen immer heftiger ıfeinander, ineinander und wieder auseinander, wie die seit Jahren stetig anachsende Gärung in ihrem Hauptgrenz- und Fusionsgebiet, in China, beweist. as gemeinsame Kraftzentrum der beiden dort aufeinanderstoßenden Peripherien ber liegt antipodisch dazu, in Europa, das durch seine grauenvolle Selbsthwächung im Weltkrieg jedoch die Kraft verloren hat, durch seine pheriphe-

rischen Wirkungen — sei es in der Richtung über Amerika, sei es in der über das (nun ohnehin gegen Europa wirkende) russisch-asiatische Reich — den gewaltigen Gefahrenherd in Ostasien länger niederzuhalten. Alle Flutungen aber, alle Stöße hin und zurück gehen immer noch und immer wieder durch die Brust Europas — und dies um so intensiver und gefährlicher, als das heutige Rußland — trotz seiner europäisch-materialistischen Phraseologie — zum aggressiven Schildhalter Urasiens geworden ist. Die Brust Europas aber, das ist eben vor allem sein deutscher Teil.

So ringen vor allem im deutschen Wesen die Geister zweier Erdteile, Asiens und Amerikas, beide in ideologisch europäischer Form, um die Seele des dritten, Europas, der das Glück oder das Unglück hat, in der Mitte zwischen beiden zu liegen und der darum in der Tat geschichtlich wie psychologisch der Mittler zwischen beiden Geisteswelten ist. Und so wissen wir oft nicht zu sagen, ob die Grenze zwischen den beiden Geistessphären heute am Rhein oder an der Weichsel liegt, ob wir Gefahr laufen, von dem einen oder von dem andern der feindlichen Pole unterjocht zu werden: ob wir von Asien zurückgeschluckt oder auf den Weg Amerikas gerissen werden. Darum aber ist das Volk, das zwischen Rhein und Weichsel wohnt, zum Schicksalsvolk der heutigen Menschheit geworden. Es hat den Seelenkampf zweier Erdteile miteinander in seinen Geisteskämpfen auszutragen wie kein zweites Volk dieser Erde!

Darum aber auch ist das „Deutsche Problem“ ein so ungeheuerlich schwer zu lösendes! Es ist kein bloßes Wirtschaftsproblem und kein lediglich politisches — es ist das gigantischste Problem der Geistesgeschichte und letzten Endes ein religiöses. Die Lösungen, die die westlichen Demokratien — Frankreich, England, Amerika — dem Deutschen bieten zu können meinen, können nicht seine Lösungen sein, ebensowenig wie die Lösungen östlicher Despotie und Theokratie die seinen wären. Die westliche Demokratie ist dem tieferen Wesen, gerade des europäisch gesinnten Deutschen, ebenso wie des kulturell deutschen Europäers, zu wenig religiös, zu oberflächlich, zu zahlen-demagogisch, kurz zu „amerikanisch“; sie ist für uns zu sehr bloß geschäftig, geschäftlich, kommerziell; sie bedeutet für uns eine zu sehr bloß technisch gebändigte Anarchie der Geldmächte, die bloße Organisation der Willkür, die in der Verfolgung der privatwirtschaftlichen Interessen keine Rücksicht auf irgendeine religiöse oder ethische Bindung mehr anerkennt und die darum diesen materiellen Interessen bedenkenlos das Schicksal ganzer Völker ausliefert. (Darin ist der Bolschewismus nur ein gelehriger Schüler des Westens, nur daß er das Schicksal der Völker kollektivwirtschaftlichen Interessen einer andern Gesellschaftsschicht ausliefert.) Diese „Freiheit“ der westlichen Demokratie bedeutet für uns nicht viel mehr als eben die Freiheit der Besitzenden, der

skrupellos Raffenden und Begehrenden, die Völker, ihre Presse, ihre öffentliche Meinung zu kaufen und zu verkaufen, zu beschmeicheln und zu verhetzen — sie ist „Pöbelverehrung“, wie ein chinesischer Weiser unserer Zeit, der konfuzianische Reformator Ku Hung-Ming,[2]) sie nennt, Pöbelverehrung zum Zweck der Bereicherung, so im privaten wie im politischen Leben. Es ist eine heuchlerisch ideologisch (demokratisch) maskierte Despotie und Tyrannei der (noch dazu oft anonymen) Skrupellosen, es ist das Reich des siegenden Zynismus, der anarchischen Gewalt des wirtschaftlich Stärkeren.

Im Gegensatz dazu steckt für uns hinter dem offenen, unmaskierten Despotismus des Ostens die ganze persönlichkeitsfeindliche Gewalt des asiatischen Mystizismus, die furchtbare Macht vergötzter Menschen, die Urmacht des asiatischen Priestertums! Das war noch zu spüren im Gottesgnadentum der Hohenzollern, war allmächtig noch im Zarentum — ja, selbst der ungeheuerliche Erfolg des Bolschewismus in Rußland und in Asien ist nur erklärbar aus der zielbewußten Ausnutzung des fetischistischen Bedürfnisses der östlichen Massen, nicht nur Denk- und Glaubensfreiheit (die für sie gar nicht existiert), sondern Leib und Seele für einen Götzen in Menschengestalt hinzugeben. Und selbst aus der vergeistigten Erscheinung dieser Art, aus der faszinierenden Erhebung des indischen Volkes für Gandhi, weht uns allzusehr die dumpfe Luft urzeitlicher Priesterverehrung entgegen, eine Verachtung der freien, autonomen Persönlichkeit, der wir Luther-, Münzer- und Kant-, Schiller-, Goethe- und Beethoven-, Kleist-, Hölderlin- und Nietzsche-Naturen uns nie und nimmer mehr unterwerfen können.

Es ist überaus bezeichnend, daß dieser priesterlich-asiatische Despotismus in europäisierter Form — außer, wie natürlich, im fatalistischen Reich Mohameds (Kemal Pascha) — in Europa gerade nur noch in den lateinisch-katholischen Völkern wieder aufzukommen vermochte: in Italien (Mussolini), wo das kaiserliche und das päpstliche Rom die noch immer lebende Wurzel dazu abgaben, und in Spanien (Primo de Rivera), wo die Jesuitenkönige herrschten, ja, in gewissem Sinne zeitweise selbst in Frankreich (Poincaré), dem Lande des „roi soleil“, wenn hier auch in seltsamem Gemisch mit demokratischer Anarchie.

Wenn nun in den Weststaaten, in Frankreich, in England, die Angst vor der Amerikanisierung Europas die Geistigeren, die Schöpferischeren und Religiöseren (wie etwa einen Romain Rolland) so leicht in die Arme des östlichen, speziell des indischen Mystizismus treibt — so wissen diese nicht, was sie tun, welche andere für unser autonomes Europäertum verhängnisvolle Gefahr sie damit heraufbeschwören! Sie reaktivieren durch diese blinde Liebe zum Gegenpol die große, asiatische, mystische Wurzelmacht für alle Verachtung der Persönlichkeit, und das heißt politisch für allen weltlichen und geistlichen Despotismus! Sie bekennen damit, daß sie nicht den Glauben und nicht

die Kraft in sich fühlen, ein eigenes, autonom europäisches Ethos hervorzubringen.

Dafür überaus symptomatisch ist die neueste Form der Flucht der europäischen „Bildung“ in den Osten, die mit der Nobelpreis-Krönung Tagores begann und die in der Gandhi-Vergötterung in Europa gipfelte. Gandhi ist für unsre überbildete und bildungsübersatte Welt praktisch genau das, was Tolstoi so glühend gern hätte sein mögen. Aber während Tolstoi in der Verachtung dieser Welt immerhin inkonsequent war, indem er nicht viel mehr als den äußeren Aspekt veränderte, mit der Bauernbluse und dem Pflug stark autosuggestiv und ressentimenthaft bedingte Rousseauische Romantik trieb, dabei doch aber immer der europäisch überbildete und (wenn auch mit Genie) schriftstellernde russische Westler und dazu der Graf und wirkliche Besitzer von Jasnaja Poljana blieb (mochte er das Gut auch auf den Namen seiner Frau überschreiben) — hat Gandhi wirklich Ernst gemacht, und mußte als schicksalhafte Führergestalt des indischen Volkes Ernst machen mit der Gegnerschaft gegen alles, was europäische Zivilisation ist und was in Form der englischen Gewaltherrschaft als art- und wesensfremdes Schicksal erdrückend auf dem Werden des indischen wie anderer Weltteile lastet. Insofern kommt Gandhi fraglos Größe erster Ordnung zu. Was aber seine Wirkung auf die sogenannte „Bildung“ des Abendlandes betrifft, so ist sie eben im Wesen genau dieselbe, die ehemals — theoretisch — Tolstoi ausübte: er ist, wie dieser es war, der Schutzheilige der Kulturmüden, die sich mit Schauder von ihrem eigenen Werk, von ihrer Welt der Bildungsüberfressenheit und von deren mastodontischem Auswuchs, dem anglo-amerikanischen Technizismus, abwenden![3]) Nur ist Gandhis Wirkung in Europa heute viel tiefer als die Tolstois: erstens, weil er noch lebt; zweitens, weil er konsequenter ist; drittens, weil er durch seine — bei einem Propheten ersten Ranges in Asien ohne weiteres auch hochpolitische — Wirksamkeit die Hoffnung bzw. die Befürchtung erregt, daß die wirklichen Verhältnisse der modernen europäischen Welt-Zivilisation durch den Erfolg seiner Idee — hinter der nicht nur ganz Indien (350 Millionen Menschen), sondern auch fast das ganze übrige Kontinentalasien (an die 500 Millionen Menschen) steht — modifiziert oder gar grundstürzend umgewälzt zu werden vermöchten.

Darin nun aber liegt nach meiner Meinung der tiefe Trugschluß, der für unsere europäische Übergebildetheit typisch ist. Es ist ein blasser, von aller plastischen Anschauungskraft verlassener Rationalismus, zu glauben, was in Indien oder überhaupt Asien möglich ist, sei auch bei uns möglich! Davon ist Gandhi selbst, vermöge seiner konkreten, indisch gewachsenen Eigenart, weit entfernt — so weit, daß er seinerseits, für sein Land, jede europäische Zivilisationsformel als Heilsbotschaft weit von sich weist. Alle diese Fein-

geistigen, die für Gandhi schwärmen, sind eben Romantiker, genau wie unsere Romantiker vor hundert Jahren, die das Heil in der Wiederheraufbeschwörung der gotischen Katholizität suchten — statt aus der eigenen Kraft, aus dem eigenen Weltgefühl, aus der eigenen Religiosität eine neue Einheitswelt produktiv hervorzubringen, die sich die anarchische Zivilisationswelt zu unterwerfen vermöchte. Nur schweifen unsere heutigen Indien-Romantiker in die Ferne des Raums, wo unsere Romantiker von anno dazumal in die Ferne der Zeit schweiften. Ersatz für eigene elementare Religiosität, für echte Produktivität des Herzens, für Religion aus Stärke, suchen beide — und darum ist, was sie schließlich finden, nie etwas anderes als Religion aus Schwäche, die nicht vermag, auf dem Meere der Weltgeschichte draußen auch nur die Oberfläche zu kräuseln, mag im übrigen, was sie finden, an seinem fernen Ursprung gewesen sein was es wolle, selbst das Edelste und Erhabenste, was wir uns unter echter Religiosität vorzustellen vermögen.

Das eben ist meiner Meinung nach, was der Ohnmacht, dem Unvermögen aller Müden und Feigen Europas in der Erscheinung Gandhis entgegenkommt: sie haben wieder einen edlen Vorwand zur Flucht vor den eigenen, eigentlichen Problemen! Die Beruhigung ihrer Nerven durch das Opiat einer edlen Begeisterung (für möglichst ferne Dinge!) ist ihnen wichtiger als der opfervolle Kampf um die Lösung unserer wirklichen Lebensprobleme. Es ist dies auch Selbstbetrug: denn das müssen doch diese klugen Leute irgendwie selber wissen, daß jene „fernen Dinge“ (die an die Stelle des christlichen Jenseits getreten sind!) zu nichts verpflichten, daß dieser Enthusiasmus — nur Romantik, Ästhetizismus, kurz: geistige Selbstbefriedigung ist, Egozentrismus mit altruistischem Augenaufschlag. Und es ist dies auch ein Verbrechen: denn während die feingeistigen Herren ihre ästhetischen Cercles abhalten, sich vornehm in ihre Klubs zurückziehen, geht draußen die Weltgeschichte weiter, und zwar in ganz anderm Sinn: umso hemmungsloser zynisch nämlich, je mehr von den „moralischen Hindernissen“ sich von der „Straße“ in die Klubs verzogen haben! . . .

Was also meiner Meinung nach die edleren, feingeistigen Elemente Westeuropas in die Arme Indiens oder überhaupt Asiens (wie auch der großen Russen) treibt — das ist die Angst vor der Gottlosigkeit der westlichen Zivilisation. In der Kritik, in der Negation können wir ihnen wahrlich nur zustimmen. In ihrer Position aber bieten sie uns Steine statt Brot — Surrogate, Bildungssurrogate für das Göttliche, das uns mangelt. Dieses Zurückweichen auf fremde oder alte, geistig überwundene Positionen aber ist eben nichts anderes als das eindeutige Symptom der eigenen Schwäche, der religiösen Unproduktivität. Es ist die bloße Sehnsucht nach Religion! Und alles, was daraus geboren wird, nenne ich Romantik. Und alle solche Romantik

aus religiöser Schwäche führt unbedingt eines Tages zur Reaktion alter Gewalten.

Es ist auch viel Schuldgefühl, Ressentiment in dieser Suche nach Religion in der Ferne, bei andern, oder in der Vergangenheit. Es ist das edle Bedürfnis, sich der Betäubung des modernen, Intellekt-überlasteten und darum vergnügungssüchtigen Lebens zu entziehen, sich vor der eigenen Mitschuld daran reinzuwaschen. Das aber kann gewiß nicht geschehen durch eine neue, nur andersartige Betäubung, möge sie auch den reinsten Motiven entspringen!

Wenn wir auf unserem ureigenen, abendländischen Weg voran kommen wollen, so ist das erste, gewiß nicht hinreichende, aber unbedingt notwendige, allem andern vorgehende Erfordernis: der Mut, bis zur Besessenheit, uns durch die Höllen und Abgründe unserer westlichen Gottlosigkeit wissend hindurchzukämpfen. Wer vor diesen Höllen zurückschreckt — der fällt unweigerlich der Seele Asiens zum Opfer. Wer darin stecken bleibt — der hat keinen andern Ausweg, als Amerikaner zu werden. Wer durchkommt, darüber hinauskommt — der wird Stifter oder Träger einer neuen Religion!

Darum ist und bleibt uns Nietzsche bis auf weiteres — trotz all seiner offenbaren Widersprüche und Unzulänglichkeiten — eine so riesige und unerläßliche Angelegenheit im Werden des abendländischen Menschentypus. Seine Frevelkühnheit, seine Geistesvermessenheit, seine Wissenswut und seine Wissensüberwindungswut — gerade die Dinge an ihm, vor denen sich auch seine Bildungslobredner unter uns heimlich doch jedesmal bekreuzigen — sie gehören für uns Abendländer, die wir werden wollen, was wir sind, zu den unentbehrlichen Motoren, die uns durch die grauenvollen Schlünde der Gottverlassenheit hindurchpeitschen helfen. Den zerstörerischen Trieb, das Dynamit seines Geistes müssen wir zuerst den Mut haben, zu bejahen! Insofern ist selbst der Bolschewismus ein unerläßlicher Stachel auf unserem Weg. Nur insofern er aus genau ebenso niedrigen, gemein-egoistischen Motiven zerstört, aus denen seine Gegenmächte Bestehendes erhalten möchten, lehnen wir ihn natürlich ab. Aber Zerstörung, die — auch wider eigenen Willen — dem Höchsten dient, die dem Göttlichen durch Zertrümmerung menschlich-untermenschlicher Gemächte wieder Raum zur Neuschöpfung schafft — das ist ein Weg, den man wollen muß, wenn man das Ziel, die Wiedergeburt aus dem eigenen Wesen heraus, will.

Und was Nietzsche die entscheidende Größe in der abendländischen Geistesgeschichte gibt, das ist sein geistiger Zweifrontenkampf: gegen den fatalistischen Osten und gegen den anarchistischen Westen! Er verkörpert die Rebellion — wenn auch nur die Rebellion — der autochthonen abendländischen Seele gegen alles Asiatentum (Judentum, Christentum, Russentum) sowohl wie gegen alles Anglo-Amerikanertum (John Stuart Mill, Spencer, Emerson, kurz

common sense und Demokratie). An Nietzsche haben sich die Wege endgültig geschieden — mit ihm beginnt erst überhaupt die Möglichkeit, den neuen, abendländisch-autochthonen Menschentypus hervorzubringen, er hat diesem den ersten Atemraum geschaffen! In diesem Atemraum müssen wir hochwachsen über den Westen und über den Osten hinaus — wenn wir als echte Europäer die Kraft und den großen Atem in uns entwickeln wollen, alle die Zuströme vom östlichen und vom westlichen Pol unserer Kultur in uns (ohne Furcht, uns an sie zu verlieren) aufzunehmen und sie dem einen lebendigen Guß unseres ureigenen Wesens einzuschmelzen. Dann wird der Tag kommen, wo wir auch den Protest Nietzsches nicht mehr brauchen werden, weil da nichts uns Wesensfremdes mehr sein wird, was wir zu fürchten und wogegen wir zu rebellieren hätten — weil da Europa selbst in uns endlich unverwechselbares Gesicht und unwandelbar eigene innere Gestalt angenommen haben, weil es dann erst erwachsen sein wird, wenn sein Wachstumskern, Mitteleuropa, sich selbst gefunden haben wird.

Nietzsche war ein Deutscher — der erste deutsche Europäer eines neuen Weltalters. Das verpflichtet, verpflichtet das Deutschtum zu einer höheren, kühneren Konzeption echten Europäertums, als es heute beweist, — wenn es die Tragik seiner inneren Lage zwischen Ost und West zu der höchsten Gunst umschaffen will, die je einem großen Kulturvolk in der Geistesgeschichte geleuchtet hat!

Anmerkungen

[1]) Daß unsere „Weltgeschichte" in früheren Jahrtausenden schon einmal in umgekehrtem Sinn, von West nach Ost, von Südwesteuropa und Nordwestafrika nach Südostasien und Ozeanien hinausgewandert ist, scheint sich heute dem kühner und weiter gewordenen Blick der neuesten Forschung als zweifellos zu enthüllen. (Vgl. Leo Frobenius, Vom Kulturreich des Festlandes, München 1923.)

[2]) „Chinas Verteidigung gegen europäische Ideen", ein wahrhaft prophetisches Buch, erschienen bereits im Jahre 1911, bei Eugen Diederichs in Jena.

[3]) Dafür ein charakteristisches Symptom ist die Tatsache, daß Romain Rolland, der beide in Betracht fallende Generationen mit seiner Lebenszeit umspannt, sowohl der Biograph und Jünger Tolstois wie der Gandhis ist. Übrigens besteht auch ein direkt ursächliches objektives Verhältnis zwischen Tolstoi und Gandhi: Tolstois Schriften haben Gandhi, nach dessen eigenem Zeugnis, zu seiner Mission erweckt!

HEINRICH BLOCK: EURASIEN

Unsere Zeit ist eine Epoche der Auflösung. Sie erinnert in mancher Beziehung an den Zusammenbruch der Antike und an das Zeitalter der Reformation und der Renaissance. Es ist das Suchen nach einer neuen Religion, das auch ins Soziale und ins Politische hinübergreift. Schon liegen viele Götzen des Sozialismus zerschmettert im Staube, andererseits beginnen sich schon neue politische Konzeptionen herauszuschälen. Nicht jene Bündnisse von kurzer Dauer, wie alle Freundschaften, sondern Ideen, wie der Völkerbund, wie das Paneuropa von Coudenhove-Kalergi. Letzterer trennt zwei Welten voneinander: Europa und Asien, und er will das erste vor dem zweiten retten. Dem kann eine andere Konzeption gegenübergestellt werden, die eurasische, die dieselbe Teilung vornimmt, aber Eurasien vor Europa retten will.

I.

Kulturell gibt es nur zwei eurasische Reiche: Rußland und die Türkei. Großbritannien kommt nicht in Betracht. Die Ostindische Gesellschaft ist zu jungen Datums und reicht zu weit in das Zeitalter der nationalen Kulturen, als daß aus indischer und angelsächsischer Kultur eine dritte, neue geboren werden könnte. Der Eurasismus der Türkei ist auch jung. Vielleicht hat er nach Angoras Erhebung aufgehört zu sein. Rußland hingegen ist eurasisch, seit in ihm geschichtliches Bewußtsein aufdämmerte. Es empfing die ersten groben Schläge der Völkerwanderung, in seinen Steppen versandeten die Barbarenfluten. Tataren hielten es 240 Jahre unter Joch, noch um jene Zeit, als Humanismus, Renaissance und Reformation begannen. Die Folgen: 1. Rußland ward ein Land mit Mischkultur und 2. bewahrte es Europa vor der „Barbarisierung“, Rußland ward zugleich Brücke und Wand zwischen Europa und Asien. Es ward Eurasien.

Bis in die letztere Zeit nahm man diesen Umstand als geschichtliche Gegebenheit. Manchmal bedauerte man es in Rußland. Jetzt, nach der Katastrophe, nach dem „Herausfallen Rußlands aus Europa“, geht man vom historiosophischen Standpunkt darauf ein, bringt es in Zusammenhänge mit Entstehung, Entwicklung und Absterben von Kulturen und Zivilisationen. Das ist die Schule der Eurasisten mit Fürst Trubetzkoi an der Spitze. Hier nur die Hauptideengänge.

Im 19. Jahrhundert übernahm Rußland oberflächlich westlichen Kretizismus und verpflanzte ihn auf seinen jungfräulichen Boden. Alle seine Emanationen,

wie Positivismus, Nihilismus und Materialismus entbehrten in Rußland der geschichtlichen Voraussetzungen — und schossen praktisch ins Unkraut, bis auf den Versuch, eine ideelle Kategorie, den Sozialismus, zu verwirklichen. Es hat sich gerächt: die russischen Intelligenzler, eigentlich immer rechte Bärenwinkler und Hinterstädtler, fristeten ein überirdisches und außerirdisches Dasein, waren Fremde bei sich im Lande und natürlich auch in Westeuropa. Jetzt erst sehen sie ihr Herausfallen aus Europa. Sie werden sich auf neue Anhaltspunkte besinnen müssen.

So die ideologischen Folgerungen der Revolution. Die wirtschaftlichen? Der Kommunismus sollte Ende und Vollendung des Kapitalismus sein. In russischen Verhältnissen wurde er Rückkehr zum Primitiven, zur Ländlichkeit, zur Naturalwirtschaft, zum Stadium der „primären Güteranhäufung", in der Terminologie des Marxismus, — mit Arbeitshamsterei, Überstunden, Konjukturenrittertum usw. Zustände des frühen westlichen Mittelalters. Politisch führte die Revolution zur Absage an die keimende russische liberalistische Idee, an Parlamentarismus und Demokratie. Denn es ist klar, daß die bolschewistische Idee generell nur durch eine andere abgelöst werden kann. Und auf lange hinaus.

Früher sprach man von Rußlands Zurückgebliebenheit und verstand darunter den kulturellen Abstand zwischen Rußland und Europa. Jetzt ist die Fragestellung tiefer: es ist eine kulturelle Flächenentspannung eingetreten, ein absolutes Auseinandergehen, eine Gegenüberstellung von zwei Schicksalen: Europas und Rußlands. Die Revolution bewirkte Rußlands Absonderung, das „Entstehen eines neuen Zivilisationsstils auf dem Hintergrunde absterbender romano-germanischer Kultur." (Berührung mit Spenglerschem Alexandrinertum!) Alle Ereignisse des Tages sind Zeichen einer kulturellen Wiedergeburt, eines Neuwerdens. „Die Geschichte improvisiert, sie wirkt schöpferisch und haftet an keiner Schablone." „Wir spüren, daß die Geschichte bei uns anklopft, damit auch Rußland der Menschheit eine Wahrheit eröffne, wie die größten Nationen der Vorzeit und der Gegenwart." Die nötige Genealität dazu besitzt es. Merkwürdig, wie die Eurasisten in slavophilen (und in diesem Punkt auch bolschewistischen) Ideengängen über den russischen Messianismus verharren. Nur wollen die Bolschewiken den Westen bekehren, weil sie den Osten im Grunde genommen fürchten." Die Furcht einer Wendung gen Osten ist der „Cauchemar" Maxim Gorkijs", bestätigt H. Wells („Rußland im Dunkel"). Diese Befürchtungen bilden ein eigenes Problem für sich . . . Die Eurasisten sagen: „Man fürchte den Osten nicht. Ist Rußland nicht etwa schon Osten? Gibt es einen Russen, in dessen Adern nicht asiatisches Blut fließt? Sind des Russen Mystik und seine kontemplative Trägheit nicht asiatisch?"

Die russische Revolution ist ein Ding für sich. Den Vergleich mit früheren gewaltigen Revolutionen muß man fallen lassen: 1789 galt einem Land von 540 000 Geviertkilometern und einem Volk von 25 Millionen. Rußland zählt 150 Millionen auf 20 Millionen Geviertkilometern. Frankreich gehörte organisch zu Europa. Rußland ist ein Kontinent für sich.

Es gibt aber auch einen kardinalen Wesensunterschied: Ziel der großen Revolution war der Mensch. Die moderne Revolution verfolgte zwei andere Probleme: die Schöpfung von Kulturen und die Übertragung ideologischer Kategorien in die Sprache kulturhistorischer Wirklichkeit. Rußland hat versucht, Geahntes und Gewolltes zu verwirklichen, und wenn es auch anders herauskommt, als geahnt und gewollt war, weil es in Sünde und Gottlosigkeit, in Greuel und Schmach geschah, weil es falsch Verstandenem galt und aus Fehlern geboren war, so ändert das nichts an der Größe der Tat. Das Pathos der Geschichte ruhte wieder einmal auf den Unzufriedenen, auf den im Wissen Ungesättigten. Auf sie senken sich die Feuerzungen der geschichtlichen Begeisterung, nicht auf die beati possidentes . . .

Rußland fiel aus Europa heraus. Europa verlor Rußland. So ist das Gesetz der Gegenseitigkeit. Aber gerade aus diesem Nichtssein Rußlands ergibt sich seine Zukunft: selbst wird es werden. Die Eurasisten sagen: „In der Sprache der Realitäten bedeutet dies, daß auf die Arena der Weltgeschichte eine neue geographisch-kulturelle Welt trat, die bis jetzt keine führende Rolle spielte. Das forschende Auge späht in die Zukunft: ob nicht die Göttin der Kultur nach Osten zieht, nachdem ihre Hütten Jahrhunderte zwischen den Hügeln und Tälern Westeuropas gestanden haben . . .“

II.

Der Krieg nahm Galliern und Germanen ihre Schminke. Sie gaben sich als reale Politiker, d. i. als zähnefletschende Tiere, für die es keine Wunder gibt. Die Herrschaft über die Welt ward keinem zuteil, und darum tobte der Krieg. Rußland, ein Sechstel der Welt, fiel niemand zur Beute, und somit ist der Krieg nicht beendigt. Romanen und Germanen betrachten Rußland als zukünftige Kolonie. Seine Ausdehnung schreckt niemand ab. Afrika ist größer, Indien hat mehr Volk, und beide sind Kolonien. Nur die Ausländer können Rußland wirtschaftlich aufrichten, und sie werden es sicher nicht aus Nächstenliebe tun. Rußland wird immer die Prämie sein. Ist der Bissen für den Einzelnen zu groß, dann wird er in Einflußzonen aufgeteilt. Vielleicht läßt man Rußland den Schein der Unabhängigkeit, aber jede seine künftige Regierung wird fiktiv sein, nur ein Organ der Kolonialherren. Wesentlich kann die Wiederherstellung Rußlands nur unter Preisgabe seiner Selbständigkeit geschehen.

Das wissen auch die Bolschewiken. Aber sie sind, weil sie nichts Festes unter sich haben, Impulspolitiker, ihre Losungen wechseln von heute auf morgen. Damit nasführen sie Europa, aber das verzögert auch die Versklavung Rußlands. An die „Zähmung der Bolschewiken durch Kapital" (Lloyd Georges in Cannes) glaubt niemand mehr (denn wäre das möglich, so hörten die Bolschewiken eben auf, solche zu sein), und man hätte schon mit ihnen aufgeräumt, wenn Europa nicht soviel mit sich zu tun hätte. Aber die Bolschewiken wissen: entweder müssen sie selbst Vasallen des Auslandes werden, oder einer anderen Partei Platz machen, die dasselbe Schicksal ereilen wird . . . Einstweilen vollzieht sich ein grausames Spiel: Europa sieht zu, wie ein großes Land immer tiefer fällt, damit es leichter zu nehmen sei. Vielleicht ein Grund des allgemeinen Schweigens über die Leiden des russischen Volkes, und ein Grund, warum man den Bolschewiken durch Verträge (Quasi-)Anerkennungen und Anleiheaussichten immer wieder Sauerstoff zuführt, zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben. Und inzwischen versuchen die Bolschewiken ein Henkerexperiment über das andere in der stillen Hoffnung auf die Weltrevolution . . .

Es ist möglich, daß ein neuer Weltkrieg sie entfesseln würde. Aber was hätte Rußland davon? Sozialismus und Kommunismus sind westlichen Ursprungs. Sie setzen eine gewisse Entwicklung voraus, vor allen Dingen die mustergültige Organisation des Proletariats. Sollte die allgemeine, die paneuropäische Revolution ausbrechen, so würden in ihr selbstverständlich jene Völker die Führerschaft an sich reißen, die auf der Höhe des modernen Fortschrittes stehen. Rußland, das seine letzte technisch und kulturell schwache Kraft an das große erste Experiment verschleuderte, würde in volle Abhängigkeit geraten. Die Weltrevolution könnte also nichts an dem Schicksal Rußlands ändern. In ihrem Falle träten nur an die Stelle der kapitalistischen Kolonialherren die kommunistischen. Ihr Joch ist schwerer, wie die Praxis erwiesen hat.

Rußland tritt auf jeden Fall in ein neues Stadium seiner Geschichte: es wird Kolonialland.

Wenn kein Wunder geschieht . . .

III.

Übrigens vollzieht sich sein Eintritt in die Reihe der Kolonialländer unter günstigen Umständen. Das Ansehen der Europäer ist gesunken, und sie sind selbst schuld daran. Sie haben Afrikaner, Asiaten und Australneger militärisch verhetzt, haben ihnen die Geheimnisse der Maschinengewehre beigebracht und sie über Europäer siegen gelehrt . . . Sie züchteten unter den Eingeborenen eine Intelligenzlerschicht, die jetzt über die morsche Kultur Europas spottet. Es

gibt heute keine Kolonie, die nicht wüßte, was Selbstbestimmung ist oder was sie sein soll . . .

In diesem Aspekt kann die neue Rolle Rußlands dem ganzen Kolonialsystem eine neue Wendung geben. Gestern noch war es den Kolonialherren ebenbürtig und gleichrangig; es verfügt, unter allen Kolonialländern, über die besten technischen und geistigen Hilfsmittel. Gerät es schon unter fremde Botmäßigkeit, so kommt ihm die Führerschaft in der Emanzipierung der Kolonialländer zu. Instinktiv empfanden dies auch die Bolschewiken, und sie predigten im Osten Haß gegen die Kolonialherren, — nicht Kommunismus, sondern Europaphobie. Unwillkürlich stellen sie sich unter den kategorischen Imperativ der nunmehrigen russischen Geschichte: die Internationalisten wurden Fahnenträger der nationalen Befreiung der Kolonien. Daß ihrer Propaganda der große Erfolg versagt blieb (Türkei, Persien, Afghanistan), liegt nicht an der Sache, sondern an der Methode.

Leider, sagen die Eurasisten, verkennen viele russische Intellektuelle die neue Bahn der Geschichte. Sie sind noch immer im Bann ihres verquickten Europäertums. Das kann die Versklavung Rußlands verhängnisvoll machen. Sie glauben an die Notwendigkeit einer Bevormundung durch Europa und werden sich bona fide in fremdes Joch fügen, umsomehr, als die erste Zeit der Fremdherrschaft eine Besserung der Lage gerade für diese Schicht bedeuten wird. Sie werden Hand in Hand mit den Ausländern am „Wiederaufbau" arbeiten, freilich nur als Funktionäre in fremden Trusts, Kontrollkommissionen usw. Derlei Dienste werden keinen besonderen Opportunismus erfordern, aber bei der traditionellen Passivität des russischen Intelligenten mit der Zeit zur moralischen Anerkennung der Fremden führen, nicht zur Kolonisierung Rußlands, sondern zu seiner Versklavung. Seine geschichtliche Aufgabe — die Befreiung seiner selbst und der Kolonien würde dadurch aber auf sehr lange Sicht verschoben werden. Denn dies wird nur dann gelingen, wenn „sich im Bewußtsein der russischen Öffentlichkeit ein geistiger Bruch mit Europa vollzieht, nach dem der geschichtliche Bruch Tatsache wurde. Dann ist der Sieg gesichert, kein vorübergehendes Fremdenjoch kann schrecken. Vollzieht sich dieser Bruch nicht, dann ist Rußland einem ruhmlosen Untergang geweiht". (N. Trubetzkoi.)

Der Pessimismus der Eurasisten schreckt auch vor den letzten Konsequenzen nicht zurück: Rußland wird tatsächlich seine Selbständigkeit einbüßen, und zwar in dem Augenblick, wenn es den europäischen Geschichtemachern paßt. Vielleicht werden einzelne russische Regierungen in Zukunft durch Macchiavellismus oder angebrachte Fronde das fremde Joch weich zu machen wissen und es wird von der russischen Öffentlichkeit daheim und in der Diaspora abhängen, ob dieses Joch lange währen muß . . . Aber kommen muß es,

die geschichtliche Bahn ist vorgeschrieben. Je eher sie von der russischen geistigen Führerschaft begriffen wird, um so besser, um so schneller wird das Joch überwunden sein, daß nun einmal unvermeidlich ist, und dann wird Rußland an die Erfüllung seiner neuen, seiner eigentlichen Mission schreiten können. Der Russe muß aufhören, ein Zwitterwesen zu sein, — Russe und Europäer zugleich, denn er gibt einen neuen selbständigen Kulturtypus: den Eurasier.

Das einzige Verdienst der Bolschewiken ist, daß sie das Aufdämmern dieser Erkenntnis beschleunigten. In der Geschichte geschieht nichts von ungefähr und nichts geschieht umsonst und keine Energie geht verloren. Der Grundirrtum der Bolschewiken liegt darin, daß sie glauben, sie schieben die Geschichte: sie werden nämlich selbst geschoben. Sie sind Werkzeug, nicht Meister. Die Geschichte brauchte eine robuste Macht, um die 130 Millionen aufzurütteln, wie sie vor 200 Jahren Peter den Großen dazu brauchte, um die Vorbereitung Rußlands-Eurasiens zu beginnen.

IV.

Die These vom Herausfallen Rußlands aus Europa kann politisch und kulturgeschichtlich schon aufrecht erhalten bleiben. Aber wirtschaftlich? Hat sich dieses Herausfallen (die gewollte und die ungewollte Blockade) nicht schon furchtbar gerächt? Sicher, sagen die Eurasisten, aber es mußte so kommen. Rußland mußte so auch wirtschaftlich auf eigene, d. h. auf eurasische Bahnen geschoben werden . . .

Der wirtschaftliche Stand eines Landes hängt hauptsächlich von seinen Verkehrswegen ab. Sie bestimmen die Dynamik der Wirtschaft: Umsatz und Absatz. Die Frachtkosten können einer ganzen Wirtschaft ihr Gepräge geben. Der Staat kann Zoll- und Frachttarife regeln, aber nicht natürliche Hemmungen beeinflussen, wie große Entfernungen, Mangel an Häfen usw. Diese Hemmungen bleiben bei einem gewissen Stand der Technik konstant.

Daher ist es sehr wichtig, ob die Produktionszentren eines Landes weit vom großen Wasser entfernt sind. Vor dem Kriege war der Eisenbahntarif in Deutschland 50 mal höher als der zur See. In Rußland und in Amerika, wo die Eisenbahnen in der Regel mit Defiziten arbeiteten, immer noch 7 bis 10 mal so hoch. Diejenigen Länder, die über freie Seewege verfügen, sind in geringerem Maße an die Entfernungen gebunden, als die ausgesprochenen Kontinentalstaaten. Man hat daher auf dem Gebiete der zwischenstaatlichen Wirtschaft, auf dem Weltmarkte, dem ozeanischen Prinzip das der kontinentalen Nachbarschaften entgegenzustellen, was letzten Endes aber nicht absolut aufzufassen ist, weil auch die ozeanische Fracht nicht gleich Null ist, und weil Fern- und Kabotageverkehr verschieden frachtiert werden.

Der Ozean ist universal, der Kontinent differenziert. Eine Universal-, eine Weltwirtschaft kann nur auf dem ozeanischen Prinzip beruhen . . . Eine Übersicht der Beziehungen verschiedener Länder zum Ozean wird durch die Equidistanz-Zonenkarten gewonnen, auf denen diejenigen Länderpunkte des Festlandes verbunden sind, die gleich entfernt vom Ozean liegen oder von seinem offenen Zugang, die es also gleich leicht oder gleich schwer haben, dem Weltmarkte beizutreten. In Europa (westlich vom Petersburger Meridian) gibt es keinen Punkt, der von der See über 600 Kilometer entfernt ist, in Australien 800—1000, in Amerika und Afrika 1700, und nur in Asien gibt es Punkte mit 2400 Kilometern Equidistanz (Kuldscha, Semiretschje in Sibirien), wobei im letzteren Fall die See völlig oder zum Teil unpassierbar ist, weil die Häfen gefrieren.

Ein und dasselbe Produkt aus Kuldscha und aus Birmingham muß auf dem Absatzmarkt einen gleichen Preis haben. Das ist sogar bei gleichen Erstehungskosten unmöglich, denn England kann den Artikel mit wenig Aufwand an Zeit und Rollmaterial an die billige See befördern, während Kuldscha 2400 Kilometer bis zum ersten unwirtlichen Hafen zu bewältigen hat. Es leuchtet ein, daß Kuldscha zurückbleiben muß, so glänzend seine Hilfsquellen auch sein mögen: entweder werden seine Produkte für den Weltmarkt zu teuer oder für den Erzeuger zu unrentabel sein. Aus demselben Grunde kann sich der sibirische Konsument die Ware des Weltmarktes nicht leisten. Angebot und Nachfrage werden gleichmäßig zurückbleiben, — eine doppelte Übervorteilung des betroffenen Gebiets.

Bedingungsweise ist anzunehmen, daß die 800-Kilometerzone einen intensiven Verkehr zur See gestattet. Aber hinter dieser Zone liegen folgende Länder: Zentralaustralien, südliche Sahara und Sudan, Kongo und Zambesi, die Mitte des Amazonenstroms, das brasilianische Hochplateau und Paraguay, — Wüsten und Tropenländer, deren kulturelle Entwicklung noch sehr problematisch ist. Anders liegen die Dinge hinter der bedingten Linie in Osteuropa und in Asien. Hinter den 800 Kilometern befinden sich Mittel- und Westchina, Kaschmir und Pandjab, ein Teil Indiens, der persische Nordosten, ganz Turkestan (der Kaspi ist ein Binnenmeer), alle kulturfähigen Teile Sibiriens, fast der ganze Ferne Osten, der reiche Ural, die mittlere Wolga mit der triftigsten russischen Schwarzerde (Pensa, Tambow, Simbirsk), ein kolossales eurasisches Gebiet, zu dem die asiatischen: Westchina, die Mongolei und Persien gravitieren. Sind die Tausende von Kilometern überwunden, so stößt der eurasische Wirtschaftler entweder auf Häfen, die sechs oder mehr Monate im Jahr unter Eis liegen, oder auf mittelländische Meere (das Baltische, das Schwarze), aus denen der Ausgang zum Ozean, zum Weltmarkt, leicht politisch und militärisch versperrt werden kann.

So bleibt Eurasien nur ein Ausgang zum Ozean übrig: Kamtschatka. Denn über die Wirtschaftsmöglichkeiten des Polarmeeres kann ernstlich keine Rede sein, auch schon nicht, weil der Zugang zum Atlantischen Ozean über die seichte, sogenannte Wyville Thomsonschwelle führt, mit kaum 60 Meter Tiefe. Die äußerste Grenze der russischen Expansion nach Süden ist das Mittelländische Meer (ein Kontinentalgewässer mit den Sperren von Suez und Gibraltar) und der seichte Persische Golf. Rußland ist die freie Welle versagt, die an den Küsten von San Franzisko und New York, von Irland, der Bretagne, Afrika, Südamerika, Japan und Australien brandet . . . In Rußland gefrieren manchmal sogar die Häfen des Schwarzen Meeres auf 2 bis 3 Monate. Außer Schweden und Kanada wissen 90 % der Menschheit nicht, was ein zugefrorenes Meer ist. —

Große Entfernungen, Vereisung der Häfen und die Leichtigkeit der Absperrung bedingen die Kontinentalität Eurasiens, seine Abgeschlossenheit. Verbleibt es in seiner Isoliertheit und bei seinen heutigen Wirtschaftsformen, so wird es in Zustände der Naturalwirtschaft zurücksinken. Oder es wird zum Hinterhof der Weltwirtschaft, immer an den Folgen seiner geographischen Armut leidend. Dafür werden schon die ozeanischen Länder sorgen . . .

Aber, sagen die Eurasisten, Rußland wird neue Wege suchen und finden. Es wird seine pontische Politik aufgeben und wird sich von dem ozeanischen Prinzip zu dem der kontinentalen Nachbarschaften bekehren. Rußland ist groß und mannigfaltig sind seine Reichtümer, die es mit der Zeit bei sich selbst umsetzen wird, — nicht wie früher, wo seine Rauchwaren und Häute ins Ausland gingen und verarbeitet aber auch verteuert zurückkamen.

Es wird lange dauern, bis sich der innerkontinentale Umsatz regeln läßt, vielleicht wird er sich aus eigenen Mitteln nie ganz behelfen können — aber nur in Kleinigkeiten nicht —, jedenfalls wird keine scharfe Krise und die Abhängigkeit vom Weltmarkte nötig sein. Die großen Bereiche Eurasiens sind aufeinander angewiesen, sie müssen einander gleichzeitig wirtschaftliche Front und wirtschaftliches Hinterland sein. Daß derartige, wirtschaftlich einheitliche Kontinentalkomplexe möglich sind, beweist Nordamerika, das sich bei Gelegenheit selbst genügen kann.

Eurasien verfügt über gewaltige Getreidebauzonen, über Wälder von der Ladoga bis nach Wladiwostok, unerschlossene Erzreichtümer im Ural, in Sibirien, im Donetzgebiet und nach den neuesten Forschungen auch in Nord- und in Zentralrußland (Eisenerzlager bei Kursk). Freilich die Tonleiter der Temperaturen ist ärmer als in Nordamerika (Polareis bis + 25 Grad in Florida), sie reicht von Polareis bis + 16 Grad in Batum, aber schon die Ausdehnung bis an den Golf von Persien, richtiger der Mitinbegriff von Persien, brächte die Temperatur von + 23 Grad. Somit sind alle wirtschaft-

lichen Möglichkeiten gegeben: Wald, Schwarzerde, Steppen für Viehzucht, Erzlager, die keine Konkurrenz fürchten, subtropische Länder (Turkestan, Transkaukasien), wo Reis, Baumwolle und Seidenwürmer gedeihen, und endlich der als Meer belanglose Hafen im persischen Golf, über den aber jene Kolonialien hereingeschafft werden können, die Eurasien nicht hervorbringt.

Natürlich wissen die Anhänger der eurasischen Doktrin, daß eine vollständige Isolation heutzutage unmöglich ist. Rußland wird ohne fremde Hilfe überhaupt nicht aufkommen können. In seiner heutigen Lage würde Selbstgenügsamkeit es zu ganz primitiven Wirtschaftsformen verdammen. Das erwägen sie, — sie wollen aber nur dartun, daß Rußland nicht unbedingt ozeanische Wirtschaft betreiben muß, weil es andre tun . . . Die politische Aufrüttelung wird eine kulturelle und wirtschaftliche nach sich ziehen, neue Produktionszweige werden erstehen. Mit der Zeit wird es das unumgängliche politische Joch und dann auch das der ozeanischen Wirtschaft sich vom Halse schütteln.

V.

Dies ist in den Grundzügen die Lehre der Eurasisten. Der Übersichtlichkeit und der Kürze halber hat der Verfasser Zitate und Quellen anzuführen vermieden. Das Material liegt einstweilen nur in russischer Sprache vor und ist in drei Sammelbänden der Eurasier niedergelegt (Sofia-Berlin, 1921—23). Über die Auseinandersetzung zwischen Orthodoxie und Katholizismus ist geschwiegen worden, weil das Thema zu dialektisch und für den Nichtrussen, der die Zusammenhänge zwischen der Orthodoxie und der russischen kulturellen Entwicklung nicht kennt, zu schwerfällig sein dürfte. Darüber erschien ein Sonderband („Rußland und die lateinische Welt", Berlin, 1923). — Die Eurasisten sind auch in russischen Kreisen heftig angefochten worden, es ist ihnen vorgeworfen worden, daß sie die Absicht hätten, Rußland zu asiatisieren . . . Es muß andrerseits aber darauf hingewiesen werden, daß bis jetzt die Eurasisten die einzigen unter den verschiedenen Emigrantengruppen sind, die eine bestimmte Meinung über den Sinn der russischen Revolution haben und ein sichtbares Programm für die Zukunft, wennschon es tief pessimistisch klingt.

HANS UEBERSCHAAR:

DIE JAPANISCHE STAATSKULTUR UND IHR NEUES VERHÄLTNIS ZUR UNION DER SOZIALISTISCHEN SOWJETREPUBLIKEN

(Probleme aus dem russisch-japanischen Vertrage vom 20. Januar 1925)

Inhalt: Die Idee der wirtschaftlichen Kooperation und bündnisdiplomatische Vermutungen — Die Aufnahme des Vertrages in der japanischen Öffentlichkeit, Gandhi, Sun Yat sen und Lenin — Panpazifische Ablenkungen — Probleme des kulturellen Gegensatzes; Verschiedenheit der Staats- und Sozialkonstruktionen: der japanische Staat und seine Kaiserherrschaft, die japanische Sozialordnung, die japanische Wirtschaftsordnung: Neigung zu Gesellschafts- und Staatsunternehmen, die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins — Bolschewistische Propaganda: Artikel V des Vertrages und Shidehara's Erklärung — Das Gesetz zur Bekämpfung gefährlicher Gedanken, seine Beziehung zu Artikel V des Vertrages, zum neuen Wahlgesetz und zur Politik der geplanten „proletarischen Parteien" — Die Radikalisierung der jungen Generation Japans und die Geburt des Persönlichkeitssinnes aus wirtschaftlichem Zwang — Shintoistisches Kaisertum und Bolschewismus — Angelsächsische Gegenmotive — Der russische Neuimperialismus.

1. Die Idee der wirtschaftlichen Kooperation und bündnisdiplomatischen Vermutungen

Der seinem religiösen Kult nach eigenartig gebaute japanische Staat hat am 20. Januar 1925 mit der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken den nunmehr bekannten, seinerzeit aber das Abendland zum Teil überraschenden Vertrag geschlossen, „um die Beziehungen guter Nachbarschaft und wirtschaftlicher ‚Kooperation' zu entwickeln". Der Vertrag ist in englischer Sprache, der lingua franca des Ostens, abgefaßt. Ein deutliches Symbol dafür, daß beide Parteien schmückenden Vorrang nicht unnötig betont haben. Überhaupt atmet der Vertragstext durchaus praktischen, auf unmittelbar Erreichbares zielenden Geist. Ein großer Anliegestaat und eine Großmacht des pazifischen Ozeans haben nach etwa sieben Jahren offenen Konfliktes, tiefster Abneigung und geheimen Entgegenarbeitens ein Instrument gemeinsamen Willens geschaffen — in einer Zeit, in welcher der amerikanische Gegensatz die Gemüter in Atem hält, und in welcher der geplante Ausbau Singapores und seines strategischen Verhältnisses zu Australien, sowie die gigantischen amerikanischen Flottenmanöver die Kriegerseele doch wohl nicht mit Unrecht beschäftigten und es noch tun. Angelsächsische Kreise wollten — offenbar im Artikel IV des dem Haupttexte angefügten Protokolls A, in dem erklärt

wird, daß keine militärischen oder geheimen Verträge mit einer dritten Partei gegen eine der den Vertrag schließenden bestehen — sogar bereits eine Verletzung des Völkerbundsstatutes durch Japan erblicken. Für andere wieder stellte der Vertrag die Verwirklichung — oder wenigstens die Vorbereitung — eines Rußland-China-Japan-Bündnisses dar. Als vierter im Bunde wurden zwei andere genannt: Frankreich oder Deutschland. Fürst Yamagata befand sich damals gerade in offizieller Mission in Französisch-Indo-China! Welches auch die bündnisdiplomatischen Erwägungen bei der Vertragseingehung gewesen sind, ob solche überhaupt existierten, und so anziehend auch eine ausführliche Darstellung der verschiedenen Möglichkeiten sein dürfte, so kann doch nur der Eingeweihte etwas von Wert darüber sagen. Der Verfasser aber gehört nicht zu diesen Esoterikern. Außerdem: nicht nur mulier tacet in ecclesia! Es würden also nur Vermutungen oder Reihen angenommener Fälle aufgezählt werden können, wie gesagt, eine Aufgabe der Politiker oder berufener Journalisten.

2. Die Aufnahme des Vertrages in der japanischen Öffentlichkeit — Gandhi, Sun Yat sen und Lenin

Von höchstem geopolitischen Belange dagegen ist die Frage: welche Probleme liegen in diesem Vertrage, dessen schließende Parteien, in dem Besitz der betreffenden Teile der Erde zwar Nachbarn, sonst aber im Natur- und Kulturbesitz — bei gewissen sehr interessanten Gemeinsamkeiten — große Gegensätze aufweisen?

Die Beantwortung dieser Frage wird wesentlich soziologisches und kulturpsychologisches Material zutage fördern, das allerdings sehr geeignet ist, die Lage in Ostasien und im Pazifik geopolitisch zu beleuchten.

Als Präambel sei noch bemerkt, daß die japanische Presse und Öffentlichkeit den Abschluß des Vertrages mit heller Begeisterung begrüßt haben, begrüßt als ein historisches Ereignis von wendunggebender Bedeutung: man sprach von politischer Neuorientierung, noch mehr aber von den zu erwartenden wirtschaftlichen Vorteilen in Sachalin und auf dem Festlande. Der Enthusiasmus der großen finanzkräftigen Presse, z. B. der Osaka Mainichi Shimbun, brachte nicht nur Wochen lang Leitartikel, ausführliche Nachrichten und Spezialbetrachtungen, sondern am 28. Februar auch eine Rußland-Sondernummer, die sehr wertvolle Beiträge enthielt. Der Leitartikel spricht ganz offen von der Erlösung aus der diplomatisch-isolierten Lage, in der sich Japan bisher befunden habe; eine Seite trägt in dicken Lettern die Überschrift: „Wirtschaftliche Eintracht — die innigste von allen“; eine andere: „Nur 48 Stunden von Tsuruga nach Wladiwostok“. Die Begeisterung ging aber noch weiter. Selbst die panasiatische Bewegung nämlich wurde herangezogen.

Ja, die Amerika abgeneigte Stimmung feierte den am Ende seiner Jahre immer mehr zum Angelsachsenfeind gewordenen, damals noch lebenden größten Revolutionär Chinas Sun Yatsen, der wieder und wieder, orts um orts, mit nie versagendem Redefeuer seine Überzeugungslosung: Asiaten, seid einig! mit Abwehrgeste besonders gegen Amerika und England ausstieß; die Presse pries die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten asiatischen Völker, das Feuerwerk Gandhi und Tagore wurde öfter als früher abgebrannt, und Lenin war kein gefürchteter Name mehr!

3. Panpazifische Ablenkungen

In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, daß über die panasiatische Bewegung die panpazifische keineswegs vergessen ist. Neben der von Mr. Ford organisierten Pan-Pacific-Society ist es gerade gegenwärtig das Institut für pazifische Beziehungen, das von Bürgern Hawai's und der glühenden Begeisterung der Christlichen Vereinigung junger Männer in den pazifischen Anliegestaaten ins Leben gerufen und das am 1. Juli ds. Js. mit einer Konferenz von Vertretern aus sieben Staaten des Stillen Ozeans eröffnet wurde. Japan war durch 19 Delegierte, besonders aus wissenschaftlichen und Erziehungskreisen vertreten; an ihrer Spitze stand der frühere Unterrichtsminister Dr. Sawayanagi, während die amerikanische Abordnung von mehr als 20 Vertretern durch den Präsidenten Wilbur von der Leland Stanford-Universität geführt wurde. Man will das Institut zu einem permanenten „clearing house" für einen dauernden Austausch panpazifischer Ideen machen. Nicht die Regierungen, sondern die Völker sollen sich hier eine Anstalt schaffen, in der sie sich versammeln können, um Tatsachen, betreffend Rassefragen und sonst gemeinsame Probleme der allgemeinen Kenntnis und Forschung zugänglich zu machen. Auch am politischen Institut in Williamstown haben sich Japaner wie Dr. Fujisawa und Yusuke Tsurumi bemüht, das Verständnis des japanisch-amerikanischen Verhältnisses zu fördern.

4. Probleme des kulturellen Gegensatzes: Verschiedenheit der Sozial- und Staatskonstruktionen

Der große Problemenkomplex, der sich aus dem Gegensatz Rußlands als ausgesprochen kontinentaler Macht zu Japan als Inselstaat ergibt, braucht an dieser Stelle nicht erörtert zu werden, an der andere zu diesem Thema bereits zu Worte gekommen sind. Zudem ist von Haushofer in seinem Buche „Geopolitik des Pazifischen Ozeans" (Berlin-Grunewald, Vowinckel-Verlag, 1924) in Fortführung der Ideen F. Ratzels dazu grundlegend Stellung genommen worden. Dagegen sind die Probleme des kulturellen und geistigen Gegensatzes

zwischen beiden Ländern, die für ihr künftiges Verhältnis von Bedeutung werden können, in diesen Blättern noch nicht zur Diskussion gekommen. Als Wichtigstes soll die Verschiedenheit der Staatskonstruktionen sowie der Sozial- und Wirtschaftsordnung behandelt werden. Die Union als Staatenbund sozialistischer Sowjetrepubliken ist in ihren Grundlagen und Prinzipien dem Leser bekannt. Auch ist im 5. Heft dieser Zeitschrift S. 277 ff. von Richard Pohle in seinem Aufsatz „Die politischen Zustandsänderungen im russischen Reich seit 1914" das Wesentliche darüber gesagt. Die russischen Verhältnisse können demnach als bekannt vorausgesetzt werden.

a) Der japanische Staat und seine Kaiserherrschaft

Japan ist seinem Staatsrechte nach eine konstitutionelle Monarchie, die besonders in seiner Verfassung der ehemaligen preußischen sehr ähnlich gebildet ist. Das ist aber nur eine formale Ähnlichkeit. Praktisch wirkt sich das Verfassungsleben demokratischer oder auch oligarchisch-bureaukratischer aus, je nach Zeiten und Umständen. Jedenfalls ist die Ausübung der dem Monarchen rechtlich zustehenden Gewalt fast niemals im Sinne des preußischen Beispiels erfolgt; vielmehr ist es gerade die unpolitische und den Staat lediglich repräsentierende Stellung der japanischen Kaiser, die sich mit der Inhaberschaft der obersten Staatsgewalt begnügen. Eine persönliche Einmischung in politische Tagesfragen seitens des Thrones ist — in der Neuzeit wenigstens — so gut wie unbekannt. Die Stellung des japanischen Kaisers ist aber nicht nur eine staatsrechtliche, sondern auch eine „kultische" — „religiöse" wäre (jedenfalls ohne ausführliche Erläuterungen) zuviel gesagt —. Und zwar durch den im Artikel I der Verfassung festgelegten Ewigkeitsbegriff und den im Artikel III formulierten Heiligkeitsbegriff. Der Ewigkeitsbegriff ist nicht etwa demjenigen ähnlich, den wir im abendländischen Völkerrecht finden, wenn zwei Parteien einen „ewigen Bund" schließen. Die Verfassung sagt: „Das japanische Reich wird beherrscht und regiert von einer in alle Ewigkeit ununterbrochenen Linie von Kaisern." Die Linie und die Herrschaft der Kaiser ist von Ewigkeit zu Ewigkeit, also nicht nur im Sinne des abendländischen Völkerrechtes auf die Zukunft bezogen, sondern auch von der Vergangenheit her. Nur das kaiserliche Geschlecht, das sich nach japanischer Anschauung auch durch Adoption rechtsgültig fortgepflanzt hat, ist zur Herrschaft über das Reich legitimiert. Den Japanern gilt ihre Herrscherfamilie als die älteste in der Welt. Der Kaiser, tenno heika, ist nach Anschauung des Shintokultes der oberste Priester der Nation und ist heilig. Nicht etwa nur in der Bedeutung unseres staatsrechtlichen Begriffes „sakrosankt", sondern heilig auch im Sinne eines Kultus, eben des Shintokultus, eines einfachen Natur-, Helden-, Ahnen- und Sonnenkultus, der sich stets

neben den hochkultivierten Formen des Buddhismus erhalten hat, seit der Restauration des Kaisertums im Jahre 1868 mit amtlicher Unterstützung neu belebt wurde und heute als der Staatskult gilt, dessen national einigende Kraft stark, und dessen Handlungen gerade in ihrer primitiven Einfachheit auch auf den Fremden tiefen Eindruck machen. Die Bestimmung des Artikels III der Verfassung „der Kaiser ist heilig und unverletzlich" wurde vom Fürsten Ito, dem geistigen Vater der Verfassung, in seinem Kommentare so erklärt: „Der heilige Thron wurde errichtet zu der Zeit, als Himmel und Erde sich trennten. Der Kaiser ist Himmelsentsprossener, göttlich und heilig; er ragt über alle seine Untertanen hinaus. Er muß Verehrung erfahren und ist unersetzlich". Die Stellung des Kaisers ist also nicht nur eine staatsrechtliche und staatspolitische, sondern auch eine kultisch-sakrale, die in der Ahnenverehrung des Shintoismus ihre Begründung hat und in den ältesten Chroniken der Japaner, dem Kojiki und Nihongi, ihre historischen Belege sieht. Wie sich ferner mit der Idee des shintoistischen Kaisertums diejenige völkischer Auserwähltheit verbinden kann, wie sich beide zu einem kultischen Staatsdogma formen, das Arbeit und Lebensführung der Nation sehr wesentlich bestimmen, habe ich ausführlich in meiner „Eigenart der japanischen Staatskultur" (Leipzig 1925) dargetan. So kultisch gebildet aber auch das japanische Kaisertum sein mag, so würde man doch eine ganz falsche Vorstellung davon haben, wenn man den Schluß ziehen wollte, es sei dadurch Fortschritt und Entwicklung gehemmt. Erstens beweist die Geschichte der letzten 60 Jahre das gerade Gegenteil, und zweitens wurde ja schon eingangs gesagt, daß dieses legitim-dynastische und sakral-monarchistische Kaisertum in der ganzen Würde jahrtausendlanger Majestät sich von den tatsächlichen Geschäften des Staates fernhält, in sich aber die heiligen Gefühle geschichtlicher Bewunderung und kultischer Verehrung der gesamten Nation kristallisiert. Die „Staatskörperschaft" — ein ganz neuer Begriff der japanischen Gesetzgebung aus der Gesetzgebungsperiode des Winters 1924/25 ist unveränderlich; die „Form der Regierung des Staates" unterliegt dem Wandel der Zeiten. (Es handelt sich um die beiden Begriffe „Kokutai" und „Kokusei", die gelegentlich der langen Diskussionen über das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens, ausführlich definiert und seitens der Minister authentisch interpretiert wurden.) Die japanische Staatskonstruktion steht in einem geistigen und kultischen Gegensatz zur Räterepublik.

b) Die japanische Sozialordnung

Die Familienordnung der Japaner regelt sich nach den Anschauungen des Konfuzianismus. Die Familienverfassung mit ihrer patria potestas, dem Familienrate, der konventionellen Vermählungsart (im Gegensatz zur abend-

ländischen Wahlehe), der Verehrung der Familienahnen, meist in buddhistischer Form, und der einheimischen Heroen und Götter nach Shintoart, ist die Grundlage der gesellschaftlichen Struktur, von der gesagt werden muß, daß sie bei aller Okzidentalisierung des Landes und seiner Kultur so gut wie nicht verändert, höchstens ganz leise aufgelockert wurde; so z. B. seitens des fortschrittlichen Gesetzgebers in seinen Entwürfen zu einer Reform des Familienrechtes, in denen vorgeschlagen wird, daß die Adoption, die ja zum Teil künftiger Ehe mit der Erbtochter wegen vorgenommen, aber oft sehr eigennützig von den den Adoptionsvertrag schließenden elterlichen Parteien vollzogen wird, gerichtlich entschieden werden kann. Ferner hat Ende Mai d. Js. eine besondere Kommission zur Prüfung des Eherechtes folgende Reformen vorgeschlagen: Während nach dem geltenden Recht nur ein Mann nach Vollendung des 30. und eine Frau nach Vollendung des 25. Jahres ohne elterliche Zustimmung heiraten können, soll die elterliche Zustimmung ohne jede Rücksicht auf das Alter der Heiratenden zwar Geltung haben; aber der eventuelle Widerspruch der Eltern muß vernünftige Gründe aufweisen. Um nun den gegebenenfalls eintretenden Streitfällen eine unparteiische Entscheidung zu verschaffen, sollen gerichtsseits besondere Familienkammern geschaffen werden. Es sind die nämlichen, die auch in Streitfällen bei Adoption anzurufen sind. Erwähnen wir noch, daß der moderne Gesetzgeber in der neuen Strafprozeßordnung vom 1. Januar 1924 bestimmt, daß Strafanzeige gegen Aszendenten nicht angenommen wird, daß also der Staat elterliche und großelterliche Autorität mit den äußersten Mitteln stützt, so darf man wohl behaupten, daß die japanische Familienverfassung mit den Tendenzen des Kommunismus nicht vereinbar ist. Andererseits ist nicht zu vergessen, daß die japanische Ehe leicht zu scheiden ist, daß tatsächlich beinahe 10 % aller Ehen geschieden werden, und daß die nichtgesetzlichen, tatsächlich aber ehelichen Verbindungen in großen Städten und Industriezentren zahlreich sind. Später werden sie, besonders wenn Kinder vorhanden sind, meistens legalisiert. Größter Gegensatz und große Ähnlichkeit mit manchen russischen Verhältnissen! Die Familienverfassung Japans ähnelt der chinesischen bis auf einen Punkt: Über kindliche Pietät und Familienhauptsgewalt geht in Japan die „Lehnstreue" dem Kaiser gegenüber, ein feudalistisch gefärbter Begriff, der demjenigen der mittelalterlichen Gefolgschaftstreue nicht etwa nur nachgebildet, sondern diesem, der ja in der Mitte des 19. Jahrhunderts noch in voller Blüte stand, unter Vernichtung aller feudalistischen Zwischengewalten als allein organisch weiterwachsend verblieben ist. Denn auch im Lehnsstaatsystem der Minamoto, Hojo, Ashikaga und Tokugawa, d. h. vom 11. bis 19. Jahrhundert, ist der Kaiser, so bedeutungslos und verarmt seine Hofhaltung in der Zurückgezogenheit in Kyoto auch zeitweise gewesen sein mag

doch der Theorie nach stets der Obereigentümer des Staates und der oberste Lehnsherr geblieben.

c) Die japanische Wirtschaftsordnung: Neigung zu Gesellschafts- und Staatsunternehmen

Durch Artikel 27 der Verfassung ist das Privateigentum der Untertanen garantiert; und es braucht nicht weiter ausgeführt zu werden, daß Japan nach der geltenden Sozial- und Wirtschaftsordnung im Sinne der Marxistischen Terminologie ein bourgeoiser und kapitalistischer Staat ist. Mit dieser Feststellung nämlich ist der Gegensatz zur Union der sozialistischen Sowjetrepubliken auf diesem Gebiete erwähnt, aber ja auch bekannt. Andererseits ist vielleicht weniger bekannt, daß im Jahre 1919, also vor dem Erdbeben, nach einer von der Regierung für den Völkerbund ausgearbeiteten Aufstellung über das Nationalvermögen das öffentlich-rechtliche Vermögen 12 517 Yen-Millionen gegen 73 560 Yen-Millionen Privatvermögen betrug. Ferner besitzt der Staat Tabak-, Salz- und Kamphermonopol und ist gegenwärtig auf der Suche nach einem neuen: das Bier wird vermutlich sein Schicksal haben, da der Aufkauf der Sakebrauereien zu viel Kapital erfordert.

Der Japaner ist erst durch eine kurze individualistische Periode hindurchgegangen, die bei den west- und mitteleuropäischen Völkern schon mit Renaissance und Humanismus einsetzte. Feudalistische und genossenschaftliche Bindungen des gesellschaftlichen Lebens sind in Japan auch heute noch sehr stark und beeinflussen daher auch die individuelle wirtschaftliche Entwicklung und individualistische Begabung. Ist es dann verwunderlich, daß im Wirtschaftsleben die Handelsgesellschaft, besonders die Aktiengesellschaft hervortritt? So erklärt sich auch die feudalistisch-autoritäre Stellung des Staates in den kolonialen Unternehmungen jeder Art, sein starker kapitaler Anteil am Vermögen der Südmandschurischen Eisenbahngesellschaft und seine Stellung in der Frage der Subsidien für die Handelsschiffahrt. Nippon Yusen Kaisha, Osaka Shosen Kaisha, Tokyo Kisen Kaisha, die drei führenden Schiffahrtsgesellschaften, die in dem am 31. März 1932 endigenden Geschäftsjahr 15,10 und 5 % Dividende ausschütteten, beziehen ebenso Subsidien wie die zahlreichen kleineren Linien, die in der Südsee, der Südchinaküste, der westlichen Koreaküste, der Dairen-Shanghai-Nordchina- und Hokkaidofahrt interessiert sind. Dazu kommen andere staatliche Unternehmungen, Stahlwerke und Arsenale. Nimmt man nun die großen Staatsunternehmungen wie Reichseisenbahn, Reichspost sowie die drei Monopole hinzu, so ist man sicher zu der Behauptung berechtigt, daß eine Abneigung gegen Staatsunternehmen in Japan nicht besteht. Die eigenartige Vergesellschaftungsneigung — zunächst aus Mangel an individualistischen Strebungen und der Fortexistenz eines ge-

wissen mittelalterlichen Genossenschaftssinnes erklärbar —, verbunden mit dem so machtvoll ausgeprägten autoritären Staatswillen, ist doch geeignet, den Glauben zu erwecken, daß, wie Japan auf manchen anderen Gebieten durch geschickte Rezeptionsmaßnahmen gewisse Stufen, die wir Westländer mühsam emporgestiegen sind, flugs überspringen konnte, es vielleicht auch in wirtschaftlich-sozialer Hinsicht schneller zu moderneren Formen kommen kann, als Westeuropa. Und auf diesem Gebiete könnte die russische Beeinflussung leicht und bald einsetzen. Sozialistische Neigungen im sittlichen Sinne schlagen ja zunächst einmal in den Herzen aller der Hunderte von Millionen Menschen, deren Sozialsystem von den Grundsätzen des Konfuzius geregelt wird. Das harmonische Verhältnis des Oberen zum Unteren ist die Grundlage aller gesellschaftlichen Ordnung, zwischen Mann und Frau, Eltern und Kindern, Herrscher und Volk, Himmel und Erde. Stets ist der Obere für die friedliche Gestaltung seines Verhältnisses zum Unteren verantwortlich. Im weiteren ist es dann die Lehre des Mencius gewesen, die die sittliche Berechtigung der Revolution insofern ausgesprochen hat, als er sagte, der Kaiser (Chinas) sei dann nicht mehr der Himmelsohn und sei von der Gnade der Götter verlassen, wenn im Volke Plagen, Not, Unruhen und Zwietracht andauern. Dann sei das Volk berechtigt, sich zu erheben und einen anderen Auserwählten des Himmels auf den Thron zu setzen. So lösten sich auch tatsächlich Dynastien in China ab, zwar nicht alle aus diesem revolutionären Motiv. Dieses aber ist es letzten Endes, das einen Sun Yat sen, der selbst eine große Revolution gemacht hatte, so verehrungsvoll nach Moskau blicken ließ. In diesem revolutionären Motiv — nicht in wirtschaftlich-kommunistischen Idealen — liegen starke sittliche Gemeinschaften zwischen Bolschewik und den Jung-Chinesen Suns. Des Mencius Revolutionsethik hat bei der shintoistischen und legitim-dynastischen Verfassung der japanischen Monarchie keine Bedeutung für das Inselreich gewinnen können. Aber die ganze auf öffentliche und menschenwürdige Harmonie gerichtete Denkungsart der Chinesen gilt auch in Japan ohne Ausnahme.

Bei der die Familie überragenden Stellung des japanischen Staates ist es nicht verwunderlich, staatssozialistische Tendenzen vorzufinden. Die geplante Ausbeutung der Ölfelder in Sachalin wird zwar an einen Bund der großen Firmen Mitsui, Okura, Shibuzawa, Sumitomo und Asano Bussan Kaisha gegeben werden, die Regierung sichert sich aber auch in dieser neuen Gesellschaft ihren Anteil, außerdem hat sich die Admiralität bereit erklärt, alles in Nordsachalin gewonnene Petroleum zu übernehmen. Die russischen Außenhandelsstellen werden die Errichtung noch mancher ähnlich organisierten Gesellschaft zur Ausbeutung der Kohlenfelder und der Holzbestände auf dem Festlande und der Fischereigründe erheischen. Diese Organisationen werden

unter Führung der japanischen Regierung und unter Einschuß öffentlicher Mittel rasch und willig zustande kommen. Auf diesem Gebiete zwischenstaatlicher Wirtschaft werden sich Rußland und Japan schnell und für manchen überraschend tief beinflussen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Union "backsliding", indem sie sich vorbereitet, nicht nur die Eröffnung von Privatindustrien wieder zu gestatten, sondern auch die Einstellung von Landarbeitern zu genehmigen, Privatgeschäfte zu erlauben, im ganzen: die private Initiative mit lockenderen Aussichten auf persönlichen Gewinn wieder in beschränktem und kontrolliertem Ausmaße zuzulassen. Je mehr sich die Union von den utopischen Forderungen des strengen kommunistischen Programms lossagt — wenigstens in praxi—, desto leichter wird sich das Verhältnis zur japanischen, die russischen Hilfsquellen ausbeutenden Wirtschaft gestalten. Andererseits wird sich das japanische Kapital, gerade der russischen Wirtschaft gegenüber, in großen, unter staatlicher oder mit staatlicher Autorität begründeten oder von ihr geführten Außenhandelsgesellschaften gern zusammenschließen und so immer mehr in die Tendenz einer staatskapitalistischen Entwicklung einmünden.

In diesen Zukunftsfragen ökonomischer Art ist man gar nicht engherzig.

d) Die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins

So ist in den ersten Tagen des Juni d. Js. zwischen der japanischen Regierung und Vertretern der Geschäftswelt betreffend die Ausbeutung der Öl- und Kohlenfelder Sachalins vereinbart worden, daß die „Sachalin-Ölgesellschaft", die mit einem Kapital von 10 000 000 Yen begründet wird, zunächst von der Regierung für 730 000 Yen die bestehenden Anlagen übernimmt, 200 000 Aktien, die „registriert" sind zu je 50 Yen, ausgibt, daß alle Unternehmungen der Gesellschaft eine Lizenz der Regierung nötig haben und daß Änderungen im Statut der Gesellschaft oder eventuelle Verschmelzungen der Zustimmung der Behörde bedürfen, die ein Aufsichtsrecht über die Geschäftsführung behält. Die Kohlenminen werden von der Nordsachalin-Gesellschaft (North Saghalin Development Company Ltd.) ausgebeutet, und zwar mit in Aussicht gestellter Unterstützung der Regierung für den Fall, daß sie keinen Erfolg haben sollte. Diese Gesellschaft wird in derselben Weise wie die Sachalin-Ölgesellschaft kapitalisiert; ebenso gelten für sie die Bestimmungen der Sachalin-Ölgesellschaft hinsichtlich der staatlichen Lizenzen, einer Änderung des Gesellschaftsstatuts und der Aufsicht des Staates über ihre Geschäfte. Beide Unternehmungen müssen bis zum 15. November d. Js. organisiert sein. Durch Erlaß einer kaiserlichen Verordnung wird diesen eigenartigen, unter Staatsaufsicht stehenden Gesellschaften die rechtliche Basis geschaffen werden. Schließlich haben die Gesellschaften, ehe sie an die Ausbeutung der Kon-

zessionen gehen, eine Übereinstimmung mit Sowjetrußland herbeizuführen. Sie haben zu diesem Zwecke Vertreter nach Moskau entsandt, die von der Regierung geführt sind. So kann man sagen, ist es das eigentümliche Außenhandelssystem Rußlands, das Japan einen bedeutenden Schritt weiter auf der Bahn „staatlicher Beteiligung“ an wirtschaftlichen Privatunternehmungen hat machen lassen. Für das asiatische Festland und die Fischereigründe werden sich, wie gesagt, noch größere Ausmaße bieten.

5. Bolschewistische Propaganda. Artikel V des Vertrages und Shidehara's Erklärung

Wie verhält sich nun der japanische Staat gegen den Kommunismus, der sich gegen die oben beschriebene legitim-dynastische und sakral-monarchistische Grundverfassung des Staates wenden könnte? Weil die republikanische Staatsform ein Programmpunkt der Kommunisten ist, deshalb hat sich Japan vertraglich gegen derartige Propaganda gesichert. Auch syndikalistische Gewaltmaßnahmen von Werkvereinen oder gewaltsame Machtergreifung durch das Proletariat im kommunistisch-bolschewistischen Sinne zu propagieren, ist vertragsmäßig der Union untersagt, wie die entsprechende Gegenpropaganda Japans in Rußland. Artikel V des Haupttextes des Vertrages lautet nämlich: Die hohen vertragschließenden versichern hiermit feierlich ihren Wunsch und ihre Absicht, in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben, unter allen Umständen das unzweifelhafte Recht eines Staates, nämlich *sein* Leben unter *seiner* Gesetzgebung nach *seinem* Wunsche zu gestalten, zu respektieren, ferner alle Personen, die in irgend einem Dienstverhältnis zu ihm stehen, oder alle Organisationen, die irgend eine offizielle Unterstützung von ihm beziehen, von jedem Akt zurückzuhalten, der, sei es offen oder verdeckt, darauf hinzielt, in irgend einer Weise die Ordnung und Sicherheit in irgend einem Teile der Staatsgebiete Japans oder der Union der sozialistischen Sowjetrepubliken zu gefährden. „Ferner wird zugestanden, daß keine der vertragschließenden Parteien auf den Gebieten, die unter ihrer Gesetzgebungsgewalt stehen, das Bestehen a) von Gruppen oder Organisationen dulden wird, die behaupten, die Regierung für irgend einen Teil des Staatsgebietes der anderen Partei zu sein, oder b) die Anwesenheit von Untertanen und Bürgern dulden wird, denen nachgewiesen wird, daß sie tatsächlich für solche Organisationen und Gruppen politische Tätigkeit betreiben.“

An dem gleichen Tage, an dem der Vertrag in Kraft trat (am 26. Februar 1925) und der Text veröffentlicht wurde, gab der auswärtige Minister Japans, Baron Shidehara, eine bedeutsame Erklärung an die Presse ab, die ausdrücklich auf den angeführten „Propagandaparagraphen“ des Vertrages Bezug nimmt. Er sagte diesbezüglich: „Wege und Mittel, einen freundschaftlichen und har-

monischen Verkehr zwischen diesen Nationen zu sichern und eine Lage zu schaffen, die eine innigere Verbindung darstellt, sind in den Bestimmungen des Artikels V genannten Vertrages enthalten, des Artikels, der den Kernpunkt der gegenwärtigen Übereinkunft darstellt. Kurz, die Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zu pflegen und die eigenen Rechte des Anderen, in Freiheit sein Leben innerhalb der Shpäre seiner eigenen Jurisdiktion zu gestalten, getreulich zu achten, das sind Punkte von grundlegender Bedeutung für die Beziehungen zwischen Japan und Rußland . . . ."

6. Das Gesetz zur Bekämpfung „gefährlicher Gedanken", seine Beziehung zu Artikel V des Vertrages, zum neuen Wahlgesetz und zur Politik der geplanten „proletarischen Parteien".

Aber nicht nur durch diese völkerrechtliche Bestimmung des Artikels V des Vertrages, nicht nur durch die Eröffnung des zuständigen Ministers an die Presse hat der japanische Staat versucht, seine Eigenart shintoistischer Staatskultur gegen zerstörende Propaganda einer in diesem Punkte fundamental anders gearteten Welt sicherzustellen, sondern gleichzeitig hat er auf dem Wege innerstaatlicher Gesetzgebung auf energische Mittel zur Abwehr gesonnen, und zwar in dem Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens. Die englische Presse nannte es „the dangerous thoughts bill", ein Name, der dem entsprechenden Gesetzentwurfe bei seiner ersten Einbringung ins Parlament vor einigen Jahren offiziell beigelegt war, der aber in der diesjährigen Frühjahrssession der veränderten Form des Entwurfes (und wohl auch anderer Gründe wegen) in den erstgenannten Titel umgewandelt wurde.

Da dieses Gesetz zugleich mit der in diesem Frühjahr ebenfalls angenommenen Wahlrechtsvorlage, die die Zahl der Wählerschaft von drei auf dreizehn Millionen zu heben beabsichtigt, das Parlament beschäftigte, so hat man weiterhin behauptet, dieses Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens sei seitens der Regierung eine Bedingung für die Gewährung des allgemeinen Wahlrechts gewesen. Auf der einen Seite sollten zehn Millionen Männer mehr als bisher mit dem Wahlrecht ausgestattet werden, auf der anderen Seite hinwiederum wollte sich die Regierung eine gewisse Kontrolle der öffentlichen Diskussionen und der mit jedem Wahlkampf verbundenen Agitationen vorbehalten. Da zudem durch das neue Wahlrecht die äußeren Bedingungen für die Begründung einer Arbeiter- oder (wie mehr ideologische Köpfe sagen) „Proletarierpartei" gegeben sind, so schien es der Regierung nicht unangebracht, für alle Fälle mit Gesetzmaßregeln versehen zu sein, die kurz und schmerzlos Angriffe auf die Grundlagen des Staates (die Staatskörperschaft „Kokutai") zunichte zu machen geeignet sind. Es wäre also falsch, wenn

man behaupten wollte, der japanische Gesetzgeber habe sich bei dem Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens lediglich durch die Motive einer zu erwartenden Propaganda russischer (und anderer auswärtiger) Kommunisten bestimmen lassen. An dieser Stelle mag es von Interesse sein, zu hören, welches die Hauptprogrammpunkte der neuen Arbeiterpartei sein werden. Am 18. Juli haben im Osaka-Kobe-Bezirk die Begründungsversammlungen der „Kansai Minseito" (Volkspartei Westjapans) stattgefunden. Die Leitsätze sind folgende:

1) Wir verlangen vom proletarischen Standpunkte aus eine Beseitigung aller wirtschaftlichen, politischen und sozialen Übel.
2) Wir fordern volles Recht auf Arbeit, Lebensexistenz und das Recht der Vereinsgründung.
3) Wir fordern eine Reform der Lasten, die auf Land, Produktion und Verteilung liegen.
4) Wir fordern eine Reform des Völkerbundes zwecks Herbeiführung eines wahren Weltfriedens.
5) Wir streben die Vernichtung der gegenwärtigen politischen Parteien an und wollen in dieser Hinsicht in Gemeinschaft mit den anderen proletarischen Parteien im ganzen Lande vorgehen.

Bezüglich der „russischen Propaganda-Angst" ist übrigens folgender Fall lehrreich. Der Abgeordnete Dr. Kiyose, ein Angehöriger des liberalen und demokratischen Kakushinklubs, zwang in der Kommissionssitzung am 6. März d. Js. den Innenminister Wakatsuki, eine Rußland betreffende Erklärung abzugeben. Einige Tage vorher hatte nämlich Kawasaki, Chef des Polizeibüros des Ministeriums des Innern, behauptet, hinter der Opposition einiger Abgeordneten gegen das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens stehe Rußland. Wakatsuki führte aus: „Bezüglich der Feststellung, die Herr Kawasaki in der Kommissionssitzung am 3. März gemacht hat, wünsche ich festzustellen, daß die Polizei in den Besitz eines diesbezüglichen Berichtes gelangt ist. Ich teile die Ansicht des Herrn Kawasaki *nicht* und *ziehe* daher seine Feststellungen *zurück*."

Das sollte vermutlich eine objektive Feststellung gegenüber dem amtlichen Rußland sein, wohl nicht nur ein Akt der Courtoisie! Jedenfalls ist es offenbar, daß sich das Gesetz zur Erhaltung des inneren Friedens allgemein gegen kommunistische und anarchistische Propaganda wendet. Angriffe auf die Grundlagen der Verfassung des Shinto-Reiches aus kommunistischen und anarchistischen oder auch sozialistisch-republikanischen Motiven und Angriffe auf die Privateigentumsordnung sind die hauptsächlich unter Strafe gestellten Delikte.

Es ist in Verbindung mit dem oben besprochenen Artikel V des Vertrages geboten, von dem Inhalt des Gesetzes folgendes zur Kenntnis zu bringen.

Artikel I sagt u. a.: Jeder, der eine Gesellschaft organisiert zu dem Zwecke, die Herrschaftsform, die durch die Verfassung garantiert ist, durch Wechsel der Staatsform (Kokutai) zu anderen ..... oder jeder, der einer solchen Gesellschaft beitritt, soll mit Gefängnis oder Zuchthaus nicht über 7 Jahre bestraft werden. Artikel II verbietet Versammlungen, die den im Artikel I angeführten Zwecken dienen. Artikel IV behandelt die eigentlich bezahlte Propaganda. Artikel V erklärt, daß das Gesetz sich auch auf Vergehen bezieht, die außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes begangen sind, d. h. es ist auch auf im Ausland begangene Vergehen anwendbar. Gerade diese Bestimmung zeigt, wie weitreichend man die shintoistisch-sakralen Grundlagen des Kaisertums zu sichern bestrebt ist.

7. Die Radikalisierung der jungen Generation Japans und die Geburt des Persönlichkeitssinnes aus wirtschaftlichem Zwang.

Nun ist es bekannt, daß die geistige Lebhaftigkeit der Japaner und ihr Sinn für Neuerungen gerade seit den Jahren des Krieges sich mehr und mehr auch den radikalen Ideen zugewandt hat. Daß man seitens der Regierung ernste Befürchtungen besonders hinsichtlich der studierenden Jugend hegt, beweist folgendes Beispiel. Gelegentlich eines Examens der juristischen Fakultät der Kaiserlichen Universität in Tokio war den Studenten die Aufgabe gestellt worden, aus der deutschen Ausgabe des kommunistischen Manifestes ins Japanische zu übersetzen. Da aber in Japan die Veröffentlichung einer Übersetzung des kommunistischen Manifestes verboten ist, hielt es die Behörde für geboten, den Professoren einen Fingerzeig zu geben, daß derartige Aufgaben unerwünscht seien. Um übrigens irrtümlich Auffassungen, betreffend die Freiheit der wirtschaftlichen Forschung, zu vermeiden, sei erwähnt, daß zum Studium der soziologischen Fragen — also nicht zu Propagandazwecken! — alle fremdsprachlichen Originale benutzt werden können. Der öffentliche buchhändlerische Vertrieb derartiger fremder Bücher, wenn diskret vorgenommen, ist meistens — einige Ausnahmen existieren — geduldet worden.

Es ist nun einmal unvermeidlich, daß, je vollkommener Japan sich das westländische Erziehungsprinzip aneignet, desto größer auch der Geltungsbereich der westländisch-sozial gearteten Kulturfaktoren wird. Diese wieder, im Verein mit den den abendländischen analogen Wirtschaftskrisen, müssen sich mutatis mutandis als uns aus eigener geschichtlicher Vergangenheit wohl bekannte Reize auf das Denken besonders der eindrucksfähigen jungen Generation und der wirtschaftlich Schwachen auswirken. Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß, abgesehen vom national eigenartig gebildeten Staatsideale, ein Fehlen idealistischen Denkens immer fühlbarer wird. Die Ungunst der nunmehr fünf Jahre währenden wirtschaftlichen Depression hat im ökonomischen

Wettkampf eine individuelle Rücksichtslosigkeit erzeugt, die in den mittleren Jahren der Meijizeit (1868—1912) noch undenkbar gewesen wäre. Der Kampf ums persönliche Dasein hat schon so stark eingesetzt, daß vielfach der früher in allen Fällen schützende Verband der Familie sich nicht mehr zu Hülfeleistung an ihr notleidendes Einzelmitglied aufraffen kann, weil auch die anderen Glieder „des Hauses“ oft selbst nichts zur Unterstützung beizusteuern haben. Freilich kommt man, auch in den untersten Klassen, schließlich immer noch mal „wo“ unter. Ein Schlafplatz auf einer Matte und einige Schalen Reis lassen sich meistens noch finden. Die Anspruchslosigkeit ist bewundernswert! Jedenfalls ist die Lage so, daß gerade die junge Generation, sei sie an der Maschine, im Büro oder im Hörsal tätig, viel bestimmter und bewußter als die ältere ihren *persönlichen* Vorteil sucht. Natürlich gibt es Ausnahmen, aber der individualistische Egoist ist im besten Werden. Er ist nicht notwendig unmoralisch, aber selbstsüchtiger als es den alten Moralisten strenger konfuzianischer Observanz erlaubt zu sein scheint. Mögen die den Persönlichkeitssinn erweckenden ungünstigen wirtschaftlichen Umstande zu beklagen sein, so ist doch, ebenso wie im Okzident, das Erwachen zum Selbstbewußtsein auch ein Prozeß, der aktivere und verantwortungsvollere „Individuen“ schaffen wird. An solchen aber leidet das gegenwärtige Japan — nach eigenem und fremdem Urteil — am meisten Mangel. Die Arbeiterbewegung hat ebenfalls nicht wenig dazu beigetragen, der modernen Geistesrichtung sehr materialistische Tendenzen zu geben. Der marxistische Sozialismus ist, wie sich die Osaka Mainichi in ihrem Leitartikel vom 15. Mai d. Js. ausdrückte, ein sehr faszienierender Gegenstand für Studenten geworden. Nur habe er leider dazu verführt, an erster Stelle nach den *Feinden* der eigenen *persönlichen* Wohlfahrt Ausschau zu halten und eine *kampfgemäße Einstellung einzunehmen.*

8. Shintoistisches Kaisertum und Bolschewismus

So unzufrieden aber auch zahlreiche Gemüter sein mögen, so große Fortschritte auch die sozialistische Bewegung gemacht hat und jedenfalls als Arbeiterbewegung nach dem Zustandekommen des neuen Wahlgesetzes machen wird, das, wie erwähnt, zweifellos eine „labour party“ oder eine proletarische Partei bringen wird, so wird doch durch diese rapide Demokratisierung, teilweise sogar Radikalisierung, das Verhältnis des japanischen Untertanen zum shintoistischen Staatskult nur insofern berührt, als diese kultischen Vorstellungen nicht notwendig zerstört, sondern nur modern ausgedeutet werden. Die Kommunisten und Anarchisten, die sich nur in geheimen Bünden halten können und scharf überwacht werden, kommen zurzeit ernstlich noch nicht in Betracht. Seitens der Sozialisten ist der im Abendlande für diese als Pro-

ramm geltende Punkt der Republikanisierung, soweit ich weiß, öffentlich ie als Forderung aufgestellt worden. Das sakral-shintoistische Kaisertum ist eine politische Klassenmonarchie, sondern eine kultisch repräsentative Staats-errschaft, die zwar Träger, aber nicht Ausüber der obersten Gewalt ist. Die Regierung stellt das praktische Regime dar. Ihr gilt Gefolgschaft oder Kampf. —

Fassen wir zusammen: eine Bolschewisierung Japans bei normaler Weiter-ntwicklung — selbst im rapiden Tempo der Gegenwart — kann kein nahes Ziel der kommunistischen Politik sein. Dagegen dürften manche Neu-chöpfungen des russischen Staatskapitalismus dem öffentlich rechtlichen Sinn er Japaner und ihren staatskapitalistischen Neigungen gegebenenfalls ver-eißungsvoll erscheinen, um auch andere Betriebe —, als Eisenbahn, Post nd Monopole in eigene Regie zu nehmen. Die Interessen des Staates an er Südmandschurischen Eisenbahn, in Kolonialgesellschaften und sein Ver-ältnis zu den Schiffahrtslinien wurden oben angeführt. Die künftigen Unter-ehmungen in Sachalin zeigen ein ähnliches Gesicht.

9. Angelsächsische Gegenmotive

In dem ganzen Fragenkomplex der möglichen kommunistischen und staats-apitalistischen Beeinflussung Japans durch Rußland sei aber nicht vergessen, aß das Inselland den amerikanischen Einflüssen noch viel empfänglicher egenübersteht. Dazu kommt der aufs praktische gerichtete Sinn der Japaner, ie bei der Auswahl der zu übernehmenden Kulturgüter erstens niemals ein-eitig vorgegangen sind, sondern bisher wenigstens in den meisten Fällen mit iemlich sicherem Instinkt das ihnen Zusagende auswahlsweise aus den ver-chiedenen Kulturkreisen zusammenstellten und zweitens das zu übernehmende Kulturgut mit einheimischen Beständen mischten oder nach eigenen, uns zwar icht immer verständlichen Eingebungen umformten. So steht einem be-eutenden Teile der publizistischen Öffentlichkeit die großartige Kooperation wischen Kapital und Arbeit in Amerika als verlockendes Beispiel vor Augen. Der Arbeiter als Aktionär und die Arbeiterbanken mit ihren schon riesen-aften Kapitalien sind Institutionen, die besonders der Kychokai, dem Verein, er eine friedliche Zusammenarbeit von Kapital und Arbeit erstrebt, als be-chtenswerte Nachahmungen oder wenigstens sehr berücksichtigenswerte Faktoren für ihr Programm erscheinen. Auch die durchaus praktische Ein-tellung der labour party Englands gilt zahlreichen sozialistischen Köpfen als Muster, wie denn überhaupt englische Einrichtungen schon aus zahlreichen Ähnlichkeiten der insularen Bildung sich als receptionswürdig darstellen. Und berdies, um noch die russische „Unionspolitik“ zu erwähnen, weiß man in apan ganz genau, daß diese nur eine andere Form von Imperialismus dar-

stellt, der zwar mit neuen Mitteln arbeitet, aber sehr bewußt den alten We[illegible] der Expansion wieder beschritten hat.

Der Vertrag hat aus beiden Nachbarn noch keine innigen Freunde gemach[illegible]

10. Der russische Neuimperialismus

Vermutlich wird der kulturelle Gegensatz zwischen Japan und Rußlan[illegible] der durch die Verschiedenheit der Staatskonstruktionen und der wirtschaf[illegible] lichen Ordnung gegeben ist, den weiteren Ausbau des gegenwärtigen Ve[illegible] hältnisses nicht stören. Denn diese Probleme des Gegensatzes enthalten so[illegible] wohl für die Gegenwart wie auch für eine normal verlaufende Zukunft kei[illegible] Motive, die sich praktisch für die andere Partei ungünstig auswirken müßte[illegible] Unterdessen haben sich aber schon Widersprüche in den wechselseitige[illegible] Interessen der Politik geltend gemacht; sie sind strategischer und wirtschaf[illegible] licher Art. Mit Japans Einverständnis sollte die südmandschurische Eisen[illegible] bahn dem japanfreundlichen, Rußland aber nicht immer wohlgesinnten Gener[illegible] Changtsolin eine Parallelstrecke zur ostchinesischen Bahn von Tsitsihar nac[illegible] Taonanfu bauen. Rußland fürchtet nun, ganz abgesehen von der militär[illegible] schen Bedeutung der Bahn als Vorstoßweg für chinesische, beziehungswei[illegible] japanische Truppen, daß dieser Seitenweg den Fracht- und Personenverke[illegible] über die südmandschurische Bahn nach dem japanischen Dalny ableiten könn[illegible] vielmehr will es die Strecke nach Wladiwostok möglichst rentabel gestalte[illegible] und den Hafen selbst wieder zur Entwicklung bringen. Ferner ist se[illegible] wesentlich Rußlands Stellung zu China; hochinteressant ist deshalb seine offen[illegible] durch den Pekinger Botschafter Karahan ausgesprochene (daher auch amtli[illegible] unzweifelhafte) Sympathie für die von Studenten, Handelskammern sow[illegible] streikenden Angestellten, Arbeitern, Schauerleuten und Kulis durchgeführ[illegible] und von großem Schwung getragene Bewegung Jungchinas gegen de[illegible] Imperialismus besonders Englands und Japans — seit Ende Mai dieses Jahr[illegible] besonders in Shanghai und allen anderen bedeutenden Städten Chinas; [illegible] kommt die Sowjetunion zu Japan in ein eigentümliches Verhältnis. Hie[illegible] auf chinesischem Boden treffen sich die Ideen Sun Yatsen's mit denen Leni[illegible] zum Abwehrkampf gegen den wirtschaftlichen und kolonialen Imperialism[illegible] der alten Großmächte.

FRANZ KÜHN: DIE VERTEILUNG DER GEMEINDEN IM SIEDLUNGSGEBIET ARGENTINIENS

Eine geopolitische Analyse

Die Besiedelung Argentiniens ist, genau so wie seine gesamte historische und ökonomische Entwicklung, in drei Phasen vor sich gegangen: 1. als Neulandbesiedelung, getragen von der Eroberungssucht der „Conquista" — 2. langsam und fast stagnierend unter der wirtschaftlich hemmenden spanischen Kolonialherrschaft und noch in den ersten Jahrzehnten der durch innere Wirren fortwährend beunruhigten Unabhängigkeit — 3. als ein plötzlich neutreibender, kräftiger Schößling aus halberstorbener Wurzel, der seine Nahrung zog aus der Einwanderung, und dessen Wachstum die Eisenbahnen beförderten (etwa seit 1860).

Die ersten europäischen Niederlassungen im La Plata-Gebiet (Fort Sancti Spiritus an der Carcarañá-Mündung, nördlich von dem heutigen Rosario, 1527, und Buenos Aires, erstmalige Gründung 1535) hatten nur kurzen Bestand — nach ein paar Jahren zeugten nur noch Ruinen von ihnen. Die endgültige Festsetzung der Spanier im heutigen Argentinien erfolgte nicht mehr unmittelbar von Europa aus, sondern wurde von drei südamerikanischen Stützpunkten aus in die Wege geleitet: von Perú, Chile und Asunción aus. Und zwar entstanden die ersten Niederlassungen nunmehr im Inneren (Nordwesten und Westen) und nicht im La Plata-Gebiet.

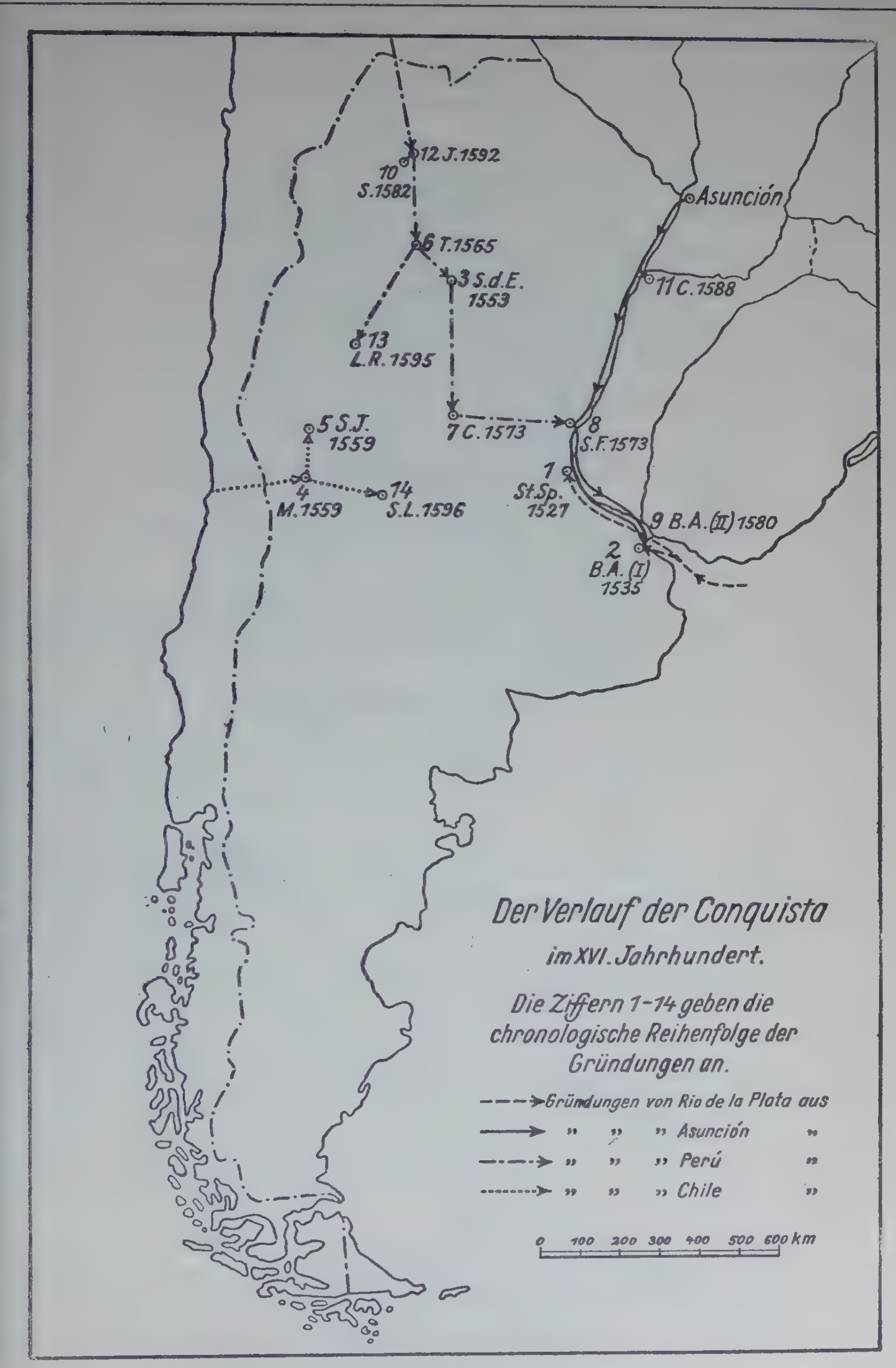
Die chronologische Reihenfolge der Gründungen ist folgende: (vgl. Karte I) 1553 Santiago del Estero, 1559 Mendoza und San Juan, 1565 Tucumán[1]), 1573 Córdoba. Diese letzte Jahreszahl ist von besonderer geschichtlicher Bedeutung, denn nach Gründung von Córdoba zogen die Conquistadoren weiter nach Osten zum Paraná und trafen dort auf das im gleichen Jahre von Asunción aus gegründete Santa Fe, so daß damit zum ersten Male die Verbindung zwischen dem La Plata-Gebiet und seinem Hinterland hergestellt war.[2]) Noch im XVI. Jahrhundert erfolgten ferner die Gründungen von: Buenos Aires 1580 (zweite definitive Ansiedelung), Salta 1582, Corrientes 1588, Jujuy 1592, La Rioja 1595 und San Luis 1596, so daß von den heutigen 14 Provinzialhauptstädten elf aus dem XVI. Jahrhundert stammen, die fehlenden drei entstanden in langen Zwischenräumen: Catamarca 1683, Paraná 1730 und La Plata, die Hauptstadt der Provinz Buenos Aires, als rein künstliche administrative Gründung erst 1882.

Die ursprüngliche, punktförmige Besiedelung des Landes spiegelt sich auch heute noch im Bilde der Dichtekarte wieder, denn die alten Gründungen sind z. T. noch bedeutende Konzentrationspunkte der Bevölkerung des Inneren — aber das Gesamtbild ist von Grund aus verändert, denn der wirtschaftliche Schwerpunkt und damit die Menschenansammlung ist an den La Plata gerückt, während die ursprünglichen Niederlassungen aus dem XVI. Jahrhundert großenteils ihre Bedeutung verloren haben und, trotzdem sie Hauptstädte von Provinzen sind, atrophischen Kleinstadtcharakter zeigen, wie z. B. San Luis (15 000 E.), La Rioja (8 200 E.), Catamarca (13 000 E.), Jujuy (7 600 E.). Diese Wandlung beginnt mit der Einwanderung und der Erschließung der Pampa durch die Eisenbahnen.

Es lohnt sich, einmal die heutige Verteilung der kommunalen Siedelungen in Argentinien näher zu betrachten, da ein solches Studium einen guten Überblick über die so überaus ungleichmäßige Verdichtung der Bevölkerung zu geben vermag, die einen der wichtigsten und für die Weiterentwicklung des Landes bedeutsamsten Züge in der Geopolitik Argentiniens darstellt, wobei auch unschwer die anthropogeographischen Ursachen dieses Zustandes erkannt werden können.

Zunächst mögen einige Bemerkungen über argentinische Dichtestatistik hier Platz finden. Die errechnete Dichteziffer für das Land i. G. (rund 3) hat für eine geopolitische Betrachtung keinen Wert, denn in Wirklichkeit besteht das gerade Gegenteil von auch nur annähernd gleichmäßiger Verteilung der Bevölkerung. Aber auch die geläufigen argentinischen Dichtekarten, wie sie z. B. auch im letzten offiziellen Zensuswerk (1914)[3]) erschienen sind, erleichtern keineswegs die Vorstellung von den realen Verhältnissen, denn sie bringen nur die für die einzelnen Provinzen und Territorien errechneten Dichtezahlen graphisch zur Darstellung, ohne auf die tatsächliche örtliche Verteilung Rücksicht zu nehmen. Jede dieser administrativen Einheiten ist da gleichmäßig in der ganzen Fläche mit der entsprechenden Dichtesignatur überdeckt (vgl. Karte II); vom kartographischen Standpunkt aus ist eine solche Darstellung natürlich verfehlt, man lernt aus ihr nichts über die tatsächliche lokale Verteilung.

Diese Lücke in der statistischen Kartographie Argentiniens wird aber, wenn auch nicht ganz sachgemäß, ausgefüllt durch eine Karte, die in dem, im Auslande wohl ziemlich unbekannten „Atlas Sanitario Argentino" von Dr. J. Penna und Ing. A. Restagnio (Ministerio del Interior, Departamento Nacional de Higiene, Buenos Aires 1916[4]) vorhanden ist, wo man unter Nr. 14 eine „Carta de la Edifi-Cacion Comunal" findet, die mir als Grundlage der hier wiedergegebenen Dichtekarte der Gemeinden (Karte III) gedient hat. Da die ländliche Bevölkerung in Argentinien überall sehr dünn gesäet ist, sogar noch


12 J.1592
10
S.1582
6 T.1565
3 S.d.E.
1553
13
L.R.1595
5 S.J.
1559
7 C.1573
8
S.F.1573
4
M.1559
14
S.L.1596
1
St.Sp.
1527
9 B.A.(II) 1580
2
B.A.(I)
1535
Asunción
11 C.1588
Der Verlauf der Conquista
im XVI. Jahrhundert.
Die Ziffern 1-14 geben die chronologische Reihenfolge der Gründungen an.
Gründungen von Rio de la Plata aus
" " " Asunción "
" " " Perú "
" " " Chile "
0 100 200 300 400 500 600 km

in dem Hauptwohngebiet der Pampa (s. w. u.), ist die Darstellung der Dichte der Gemeinden vorläufig das einzige Mittel, um die Verteilung der Bevölkerung graphisch zum Ausdruck zu bringen.

Aber erst die folgenden statistischen Angaben[5]) geben der Karte ihren Inhalt:

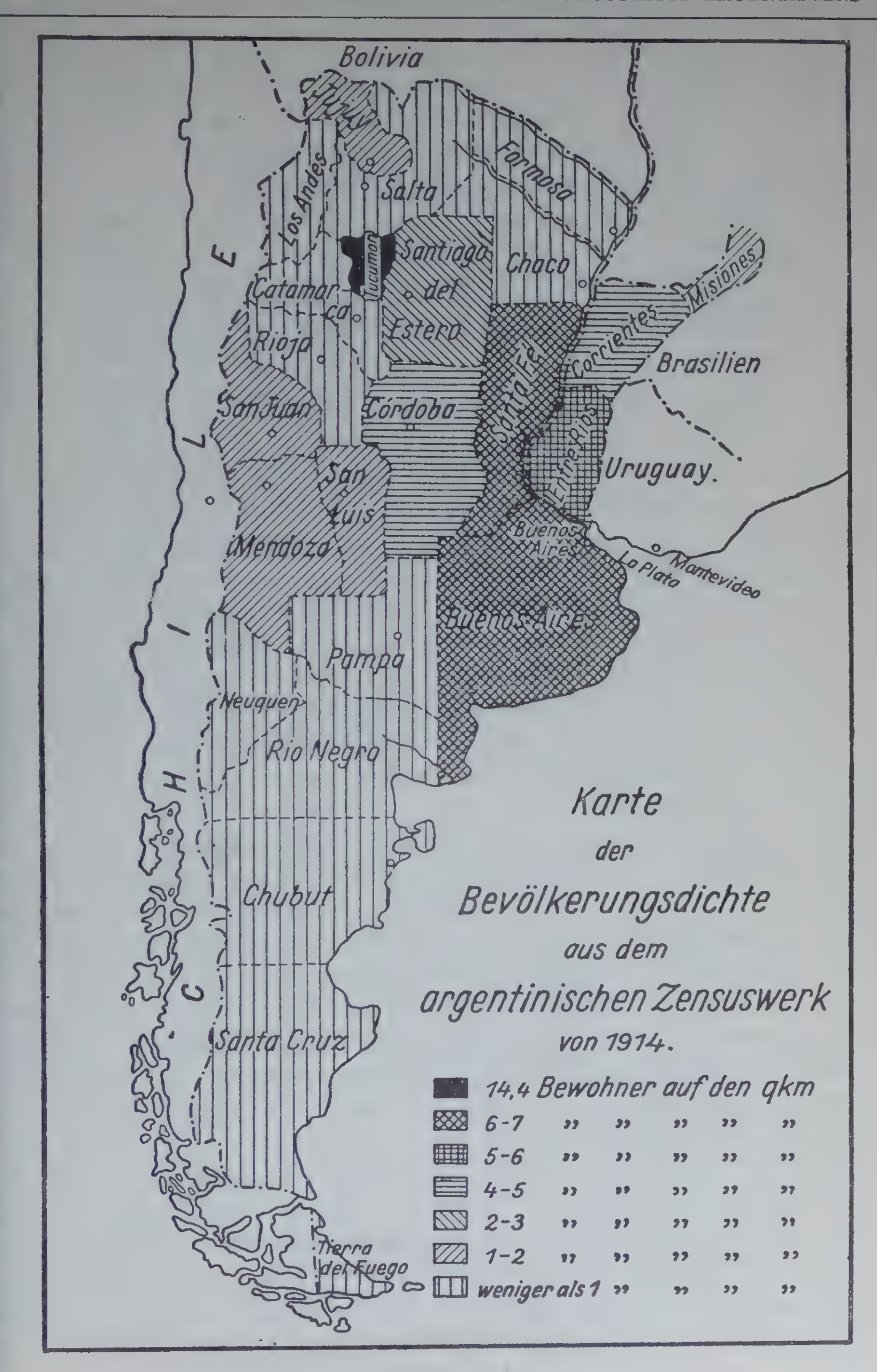
1. Gesamtzahl der Bewohner Argentiniens (31. XII. 1923) ca. 9 Millionen, davon ländliche Bevölkerung 42 % oder 3,8 Millionen, städtische Bevölkerung 58 % oder 5,2 Millionen
2. Der Zensus von 1914 zählt 332 städtische Siedelungen von mehr als 2000 E. auf mit insgesamt 5 Millionen E.
3. Von diesen 5 Millionen beherbergen

Buenos Aires . .	2 300 000	
Rosario	300 000	
La Plata	140 000	
Avellaneda . . .	140 000	(Industrieort dicht bei Buenos Aires)
Córdoba	120 000	
Tucumán	100 000	(allein außerhalb der Pampa gelegen)
Summa	3 100 000	

   d. h. also: in den sechs Großstädten lebt ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Landes; die restierenden 326 Städte besitzen zusammen nur 1,9 Millionen Einwohner
4. Von den genannten 332 größeren Gemeinden liegen 232 im Pampagebiet, 100 im ganzen übrigen Lande; würde man sie über die entsprechenden Landflächen gleichmäßig verteilen, so käme im ersten Falle eine Ortschaft auf je 2500 qkm, im letzteren dagegen auf je 25000 qkm!

In der Pampa, dem Hauptwirtschaftsgebiet Argentiniens, das rund ein Fünftel des Gesamtareales bedeckt, leben 75 % der Landesbewohner oder rund 6,6 Millionen, von denen aber 3 Millionen allein in den fünf Großstädten konzentriert sind. Dazu kommt noch eine städtische Bevölkerung von über 200 kleineren Städten, so daß für die eigentliche Landbevölkerung höchstens 3,5 Millionen verbleiben, das macht auf 600 000 qkm eine Durchschnittsdichte von nur 5,8 aus. Also auch dieses reiche Produktionsgebiet ist noch leer! Aus dieser Tatsache ist zu schließen, daß die Einwanderung i. g. schwach gewesen ist — eine Folge der ungesunden Verhältnisse im Landbesitz, des heute anachronistisch anmutenden, antisozialen Fortbestehens der Latifundien in diesem Teile des Landes, wie ich dies bereits an anderen Stellen erörtert habe.[6])

Und in der Tat ist der Rückstrom der wirtschaftlich nicht auf ihre Rechnung gekommenen Einwanderer stets so groß gewesen, daß der Überschuß der dem Lande verbliebenen Einwanderer erstaunlich gering ist für ein solches, auf diesen Zustrom von außen angewiesenes und dafür prädestiniertes


Bolivia
Jujuy
Los Andes
Salta
Formosa
Chaco
Tucuman
Santiago del Estero
Catamarca
Rioja
Misiones
Corrientes
Santa Fé
Brasilien
San Juan
Córdoba
Entre Rios
Uruguay.
San Luis
Mendoza
Buenos Aires
La Plata
Montevideo
Buenos Aires
Pampa
Neuquen
Rio Negro
Chubut
Santa Cruz
Tierra del Fuego
C H I L E
Karte der Bevölkerungsdichte aus dem argentinischen Zensuswerk von 1914.
14,4 Bewohner auf den qkm
6-7 " " " " "
5-6 " " " " "
4-5 " " " " "
2-3 " " " " "
1-2 " " " " "
weniger als 1 " " " "

Land. Dies zeigt deutlich die jüngst veröffentlichte Statistik,[7]) die manche argentinischen Illusionen zerstören muß. Aus diesen Aufstellungen geht nämlich hervor, daß in dem Zeitraum von 1857 bis 1924, also in 67 Jahren, nicht einmal ganz drei Millionen Einwanderer dem Lande verblieben sind. Die betreffenden Zahlen sind folgende:

Zeitraum	Einwanderer	Rückwanderer	Überschuß
1857—1860	20 000	8 900	11 100
1861—1870	159 570	82 976	76 594
1871—1880	260 885	175 763	85 122
1881—1890	841 122	203 455	637 667
1891—1900	648 326	328 444	319 882
1901—1910	1 764 103	643 881	1 120 222
1911—1920	1 204 919	935 825	271 094
1921—1924	582 351	183 546	398 805
	5 481 276	2 562 790 (!)	2 920 486

d. h. also, ungefähr die Hälfte aller Einwanderer ist wieder abgezogen!

Es ist heute, wo Argentinien als Auswanderungsziel für Deutsche mit an erster Stelle steht, ganz besonders notwendig, sich eine solche Tatsache gegenwärtig zu halten, die geeignet ist, nachdenklich zu stimmen.

Immerhin hat aber der Zustrom von beinahe 3 Millionen Arbeitskräften genügt, im Zeitraum eines halben Jahrhunderts das Bild der Besiedelung und Wirtschaft Argentiniens vollkommen zu verändern und zwar ganz einseitig zugunsten des Pampagebietes. Hier ist die nicht argentinische Bevölkerung fast ausschließlich versammelt, denn es wohnen in der Pampa 87 % der Fremden, fast 2 Millionen.

Hand in Hand mit der Einwanderung arbeiteten die englischen Eisenbahnen an der Erschließung und Kolonisierung des weiten, menschenleeren Pampagebietes; ihnen ist vor allem die Entstehung der Ortschaften zu verdanken. Ganz im Gegensatz zu Europa suchten hier im Neuland die Bahnen nicht Verbindungen zwischen wichtigen Plätzen herzustellen — diese gab es ja nicht —, sondern die Schienenwege wurden von Buenos Aires strahlenförmig ins Innere vorgeschoben als Vorbedingung für die Kultivierung und Vorläufer der Kultur in der Wildnis. An diesen Lebensadern inmitten der weiten Einöde entstanden allmählich aus Haltestellen und Bahnarbeiterlagern die Kampstädtchen.[8])

So zeigt die Karte auch im Pampagebiet neben der Zone regionaler Verdichtung am Litoral von Buenos Aires bis Santa Fe noch deutlich Streifen linearer Verdichtung der Siedelungen; und außerhalb der Pampa ist die lineare Anordnung der Gemeinden an den Verbindungswegen mit den alten Bevölkerungszentren des Inneren die Regel. Außerhalb dieser Linien sind die (stets unbedeutenden) Kommunalsiedelungen äußerst dünn gesäet oder fehlen über


Jujuy
Salta
Tucuman
Catamarca
La Rioja
Santiago d. Estero
Córdoba
S. Juan
Mendoza
S. Luis
Corrientes
Rosario
Pergamino
Buenos Aires
Bahia Blanca
Rio Negro-Tal
Chubut
Cº Rivadavia
Dichtigkeit der Gemeinde-Siedlungen in Argentinien.
0 100 200 300 400 500 km
Die Entfernung der Gemeinden untereinander beträgt:
weniger als 5 km
zwischen 5 u. 10 km
„ „ 10 u. 15 km
„ „ 15 u. 25 km
mehr als 25 km

haupt. Im Inneren treffen wir rein lokale Verdichtung von Ortschaften, um die alten Gründungen, in größerem Maßstabe aber nur um Córdoba, Mendoza und Tucumán.

Alle diese alten Siedelungen des Westens und Nordwestens (mit Ausnahme von Santiago del Estero) besitzen eine gleiche ökologische Lage: sie liegen am Gebirgsfuße am Ausgange von Tälern und bilden Bewässerungsoasen inmitten von Ödländereien (Mendoza, San Juan, La Rioja, Catamarca, Tucumán, San Luis, Córdoba) oder ihre Lage ist an die alten Handelsstraßen nach den Bergbaudistrikten von Nordchile, Bolivia, Perú geknüpft (Salta, Jujuy). Erst durch die Eisenbahnen sind sie in Verbindung mit dem La Plata-Gebiet getreten, während vorher unbequeme Reisen von wochenlanger Dauer notwendig waren[9]) — aber auch heute noch ist Bevölkerung und Leben dort im Inneren recht verschieden von dem der völlig europäisierten Großstädte des Litorals; dort herrscht noch der echte „Criollo“, dort fließt das Leben noch heute unter den Stichworten „mañana“ („morgen“) und „paciencia“ dahin, gänzlich fern dem Weltgetriebe.

Eine Ausnahme bilden nur Tucumán und Mendoza, die ein reges Leben zeigen, da sie die Mittelpunkte bedeutender Industrien sind. Die Zuckerindustrie um Tucumán beutet 100 000 ha Rohrpflanzungen aus und die 30 großen Fabriken erzeugen jährlich im Durchschnitt 150 000 t Zucker; Mendoza besitzt ein Weinland von ca. 80 000 ha; über 1000 Keltereien erzeugen fast 4 Millionen Liter Wein im Jahre. Im Kartenbilde erkennt man deutlich die Verdichtung der Ortschaften um diese Industriezentren; sie sind auch die einzigen Stellen des Binnenlandes, wo auch noch Europäer einen nennenswerten Prozentsatz unter der einheimischen Bevölkerung bilden (in Mendoza 32 %, in Tucumán 10 %). Weit im Inneren von Südamerika, durch unbewohnte Wildnis vom argentinischen Wirtschaftszentrum am Rio de la Plata getrennt (Mendoza 1046, Tucumán 1150 km Bahnstrecke von Buenos Aires), haben von allen den alten Gründungen der Conquista nur diese zwei Punkte in der modernen Zeit eigenes Leben und wirtschaftliche Bedeutung zu gewinnen vermocht, dank der besonderen, für das Land so wichtigen Industrien, die dem Unternehmungsgeist und der Energie der Ausländer ihre Blüte verdanken. Tucumán besitzt sogar eine kleine Universität, Mendoza hat einen lebhaften Geschäftsverkehr, viele Banken, darunter auch eine deutsche, sowie eine deutsche Schule.

Sonst hat von den alten Gründungen nur noch Córdoba eine besondere Bedeutung gehabt als das ehemalige Kulturzentrum des Landes. Hier besteht die älteste Landesuniversität, die von den Jesuiten schon 1622 ins Leben gerufen wurde (heute freilich viel unbedeutender ist als die von Buenos Aires); hier befand sich das erste astronomische Observatorium und die erste meteo-

rologische Beobachtungsstation. Für uns Deutsche bewahrt Córdoba aber noch eine besondere Bedeutung durch die dort 1873 gegründete Academia Nacional de Ciencias, die jahrzehntelang eine Wirkungsstätte deutscher Wissenschaft war, wo Gelehrte wie Stelzner, Kurtz, Gebrüder Doering, Lorentz, Hieronymus, Brackebusch, Bodenbender eine fruchtbare Tätigkeit entfaltet haben, die den Beginn der neueren wissenschaftlichen Erforschung Argentiniens kennzeichnet.

Scharf hebt sich auf der Karte der Norden des Landes vom Süden ab. Ganz Patagonien ist ein ungeheuer großes leeres Landgebiet, in welchem außer einigen kleinen Küstenplätzen Ortschaften fast gänzlich fehlen. Nur in den Tälern des Rio Negro und am unteren Chubut haben sich auf Grund der Bewässerung kleine Ortschaften bilden können. Neuerdings ist auf dem Ölfeld von Comodoro Rivadavia eine Industriesiedelung entstanden. Sonst ist Patagonien ein Gebiet weit verstreuter Schaffarmen. Die allgemeine Dichteziffer für dies große Landgebiet beträgt nur etwa 0,1.

Patagonien als Siedelungsgebiet ist junges Neuland, denn erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts entwickelte sich die extensive Schafzucht dort in größerem Maßstabe; da es nur auf dem Seewege mit dem alten Argentinien des Nordens in Verbindung steht, könnte man es fast als Kolonie bezeichnen. Und Leben und Menschen sind dort kolonial angehaucht, kosmopolitisch, jedenfalls nicht argentinisch. Das Meer liegt ja zwischen Argentinien und Patagonien, und die politische Zugehörigkeit allein hat bei der Seefremdheit des echten Criollo nicht auch die nationale Angliederung und Durchdringung bewirkt.

So zerfällt der Staat Argentinien geopolitisch in drei verschiedene Wesen: Die Pampa, das Herz des Staates — den Westen und Nordwesten, zu dessen historischen Siedelungszentren die Adern des Verkehrs führen — und schließlich Patagonien, das Neuland des Südens, ohne Verbindung mit dem Bahnnetz des Nordens, das seiner Erschließung durch Stichbahnen von der Küste aus noch harrt — nur die Anfänge solcher sind vorhanden. Eine Sonderstellung nimmt noch das argentinische Mesopotamien ein, die Landschaften zwischen den Strömen Paraná und Uruguay. Hier macht sich die Trennung von der Pampa deutlich bemerkbar, die durch den gewaltigen Paranástrom und sein ausgedehntes Deltagebiet im Süden bewirkt wird. Trotzdem die natürlichen wirtschaftlichen Bedingungen im Süden die gleichen sind wie in der Pampa, hat sich doch jenseits des Paraná keine Großstadt entwickeln können, es gibt dort kein bedeutendes Handels- und Verkehrszentrum mit Verdichtung von Gemeinden. Ein Vergleich zwischen Santa Fe und der gegenüberliegenden Hauptstadt Paraná der Provinz Entre Rios beleuchtet gut die Verschiedenheit der beiden Seiten des Stromes: Santa Fe ist Überseehafen mit lebhaftem

Schiffsverkehr[10]) und drei Bahnlinien gehen von ihm aus, täglich kann man nach Buenos Aires fahren (Fahrzeit im Schnellzug 10 Std.); Paraná dient nur der Flußschiffahrt, sein Hafen besitzt kein Bahngeleise. Die Bahnverbindung nach Buenos Aires ist nur dreimal wöchentlich vorhanden und dauert 26 Stunden (mit Trajekt über den unteren Paraná zwischen Ibicuy und Zárate).

Ohne Zweifel stellt die moderne Entwickelung Argentiniens ein der lehrreichsten Beispiele geopolitischer Umwälzungen dar. Die Pampa war ja ursprünglich nichts anderes als ein Durchgangsland von Spanien zu den metallreichen Andenländern Chile, Bolivia und Perú, auf den Wegen über San Luis —Mendoza und über Córdoba—Santiago del Estero—Tucumán—Salta oder Jujuy und als solches zunächst keiner Explotation gewürdigt. Damals lag der wirtschaftliche Schwerpunkt im Inneren, nämlich in den „Encomiendas" und „Mercedes reales" bei den alten Siedelungen (Herrschaft und Einkünfte aus der indianischen Bevölkerung; „merced real" = königliche Belohnung). Erst nachdem dem Raubbau an Edelmetallen und Sklavenarbeit die produktive Besitzergreifung des Bodens gefolgt war, begann mit Riesenschritten der wirtschaftliche Aufschwung und die Verlegung des Schwerpunktes in das Litoralgebiet, während gleichzeitig die meisten der alten Städte des Inneren zu bedeutungslosen Provinzialstädten herabsanken. Aber noch kann man auf der Karte der Siedelungsdichte die alten Verkehrsbeziehungen erkennen, denn an diesen wichtigen Wegen der Kolonialzeit entlang, denen heute die Eisenbahnen des Inneren folgen, ziehen sich Streifen dichterer Siedelung hin. Neben der alten Straße Buenos Aires—Córdoba—Tucumán, die (bei Nr. 8 der Karte) die große unbewohnte Salzwüste der Salinas Grandes quert, hat sich seit dem Bestehen der kürzeren Verbindung Buenos Aires—Rosario—Santiago—Tucumán ein neuer Siedelungsstreifen gebildet an den beiden parallelen Linien der argentinischen Zentralbahn und der Staatsbahn.

Werfen wir zum Schluß noch einen Blick auf die überaus ausgedehnten Landesteile, die auf der Karte weiß geblieben sind, in denen also Gemeinden nur sehr weitläufig verteilt sind oder überhaupt fehlen, und fragen wir uns nach den Ursachen dieser Leere, so finden wir diese in den ungünstigen natürlichen Bedingungen, die einer dichteren Besiedelung feindlich sind, wie Hochgebirge, Wasserarmut, Salzpfannen, Urwald, Sumpfgebiete. Wir können folgende siedelungsfeindliche Regionen unterscheiden, die höchstens weit verstreute Einzelsiedelungen und fast gar keine Gemeinden aufweisen (nach den in der Karte eingetragenen Nummern aufgezählt):

1. das Delta des Paraná (niedriges, periodischen Überschwemmungen ausgesetztes Land)
2. mesopotamisches Buschwaldgebiet

3. niedriges Westufer des Paraná, versumpft und Überschwemmungen ausgesetzt
4. Gebiet der Lagunen und Sümpfe in Corrientes (Laguna Iberá usw.)
5. Urwald von Misiones
6. Chaco (unbewohntes Waldgebiet mit Wassermangel)
7. Gebiet des dichten „Monte"-Buschwaldes, mit Wassermangel)
8. Salzpfanne der Salinas Grandes
9. innere, wasserlose Pampa und Wüstengebirge der pampinen Sierren
10. Puna de Atacama (Hochgebirgswüste)
11. Hochgebirge
12. Wüsten- und Halbwüstengebiet der Kontinentaldünen
13. Trockengebiet der patagonischen Mesetas.

Die geopolitischen Zusammenhänge treten also im Siedelungsbilde Argentiniens mit großer Deutlichkeit hervor; die Karte der Gemeindedichtigkeit bietet ein wesentliches Hilfsmittel für die Erkenntnis der Unausgeglichenheit in der Besitzergreifung des Bodens und für die kritische Beurteilung der oft utopischen Ansichten über die Bevölkerungskapazität des Landes. Die Landflucht[11]), die sich in dem hypertrophischen Anwachsen weniger Großstädte zeigt, einerseits, und andrerseits die übermäßig großen Zahlen der Rückwanderung geben ernste Fingerzeige für die akute Notwendigkeit der Lösung des Problems der Agrarfrage, d. h. der gesetzlichen Regelung der ländlichen Besitzverhältnisse. Erst wenn die Latifundien im Pampagebiet verschwunden sein werden, wird Argentinien tatsächlich ein Land für intensive Einwanderung werden können, dann erst wird es imstande sein können, den von der Natur prädestinierten großen Wohnraum der Pampa auch wirklich zu bevölkern. Ehe dort die ländliche Bevölkerung statt der heutigen Dichteziffer von knapp 6 auf den Quadratkilometer eine solche von 30 erreichen wird, d. h. ehe die ländliche Bevölkerung des Pampagebietes auf ca. 18 Millionen angewachsen sein wird, werden aber viele Jahrzehnte vergehen, die Erschließung der heute noch beinahe ungenutzten großen Landflächen (Rodungen, Wasserversorgung, Entwässerung, Verkehrswege usw.) ist demnach für Argentinien eine Frage ferner Zukunft. Die Gegenwart erheischt aber dringend die rationelle Aufteilung der übermäßig großen Latifundien. So lange die heute im Ackerbau herrschenden Pachtungen ohne eigenen Grund und Boden weiter bestehen, so lange wird es Argentinien nicht gelingen, eine große, dem Lande verbleibende Einwanderung anzuziehen.

Paraná, Juli 1925.

Anmerkungen

1) Wer einen Einblick in diese abenteuerlichen Eroberungszüge gewinnen will, wird mit Genuß das vorzügliche Buch von Ricardo James Freyre: „Historia del descubrimiento de Tucumán" lesen (Publicaciones de la Universidad de Tucumán. Buenos Aires 1916).

2) Danach ist die Darstellung in Sievers, Süd- und Mittelamerika zu korrigieren.

3) Tercer Censo Nacional levantado el 1. de Junio de 1914. Buenos Aires 1916 (10 Bände). Vgl. meine Besprechungen darüber in Ztschr. Ges. f. Erdk. Berlin, 1919, S. 445—450, und in Ztschr. Deutsch. Wiss. Vereins Buenos Aires 1918, S. 293—301.

4) Angezeigt von O. Quelle in Ibero-Amerik. Archiv, Bonn, I, 1925, S. 180—181.

5) Nach dem zitierten Zensus, mit einigen Ergänzungen nach neueren Daten.

6) Vgl. F. Kühn: Daten zur Wirtschaftsgeographie Argentiniens in Weltwirtsch. Archiv XVIII, 1922, S. 23 ff.; Ders: Physiognomie argentinischer Wirtschaftslandschaften in Perterm. Geogr. Mitt. 1924, S. 224 ff., wo weitere Literatur über dies Problem zu finden ist.

7) Seitens der Dirección General die Jumigración (Ministerio de Agricultura) Buenos Aires 1925.

8) Vgl. R. Grossmann: Die Entwickelung des Verkehrs in Argentinien und ihre Wirkungen auf die Volksbildung in Mitt. Geogr. Ges. Hamburg, XXXVI, 1924, S. 251.

9) Vgl. die Schilderungen von Andrews, Mantegazza, v. Tschudy, Burmeister u. a.

10) In der in Note 6 angeführten Studie im Weltwirtsch. Archiv habe ich den Hafen von Santa Fe eingehender behandelt (a. a. O. S. 5*).

11) Von 1895—1914 hat die Landbevölkerung um 13 % abgenommen (Zensus v. 1914).

VIKTOR NCSADSE:
DIE PETROLEUMPOLITIK DER WELT UND DAS SCHICKSAL KAUKASIENS I

Wir bringen diesen Aufsatz eines Georgiers, der ehemals Herausgeber der Tifliser Zeitung „Ssaqarthwelos Respublike“ war, mit besonderer Genugtuung. Er zeigt, wie sich die Politik der ganzen Welt um die natürliche Ausstattung eines einzigen kleinen Erdraumes dreht, und wie dieser Erdraum eben um seiner Bodenschätze willen vergewaltigt wird. Und wo könnten die Verzweiflungsschreie eines vaterlandsliebenden Mannes und das bittere Unrecht, das seine Heimat betroffen hat, mehr Verständnis finden als in Deutschland! Schicksalsgemeinschaft verbindet!

Lautensach.

I.

In seinem imperialistischen Ausdehnungsdrang nach dem Süden kam Rußand am Anfang des 18. Jahrhunderts zu einem ersten Zusammenstoß mit den Völkern Kaukasiens. 1723 besetzten die Truppen Peters des Großen Baku, ınd waren sehr erstaunt, als sie die brennenden Petroleumquellen sahen. Der Stab berichtete über diese überraschende Erscheinung, und Peter der Große schrieb als Antwort an General Matjuschin: „Senden Sie, wenn möglich, 10 000 Pud Petroleum, und finden Sie einen Spezialisten!“ Die russischen Truppen wurden jedoch gezwungen, diesen ersten Versuch der Eroberung des Kaukasus wieder aufzugeben. Erst nachdem der König Heraklius II. von Georgien mit der Kaiserin Katharina II. von Rußland 1783 einen Bündnisvertrag abgeschlossen hatte, wurde es den Russen möglich, in Kaukasien Fuß zu fassen. Durch diesen Bündnisvertrag wurde Persien beunruhigt, und der allmächtige Agha-Mahmad-Khan besetzte für kurze Zeit Tiflis, Georgiens Hauptstadt, und verheerte das Land (1795). Infolgedessen erklärte Rußland als Beschützer Georgiens an Persien 1797 den Krieg. Russische Truppen besetzten Baku ein zweites Mal, aber nach Katharinas Tode verließen sie es erneut. Nach dem Manifest Alexanders I. im Jahre 1801 wurde das Bündnis Georgien-Rußland abgeschafft und Georgien annektiert. Seit dieser listigen und treulosen Aneignung Georgiens hat Rußland diesen Staat zu einer strategischen Basis gemacht und von hier aus den ganzen Kaukasus erobert (1801 bis 1860). Von hier aus hat es auch zwischen 1804 und 1828 die kaukasischen Petroleumgebiete besetzt und die dort vorhandenen kleinen Königreiche vernichtet. Damals handelte es sich noch nicht um einen Krieg der Petroleumländer wegen, vielmehr war es das Streben Rußlands nach einem eisfreien Weltmeerhafen, der die russische Expansionspolitik über Persien nach dem

Persischen Golf trachten ließ. England aber beschützte Persien, und de russische Vormarsch mußte schließlich eingestellt werden. In Kaukasien blie Rußland jedoch und baute im Laufe der Zeit seine Macht dort aus. In de hundert Jahren, die seit der Bezwingung Kaukasiens vergangen sind, ist da russische Bemühen, die kaukasischen Völker, die Georgier, Armenier, Aserbeic schaner und Bergbewohner, zu vernichten oder zu russifizieren, von keinen Erfolg gekrönt gewesen. In scharfem Kampf gegen den russischen Imperialis mus haben diese Völker vielmehr zwar nicht ihre politische, wohl aber ihr nationale und kulturelle Selbständigkeit bewahrt, und als unter den Schläge der deutschen Heere das russische Imperium 1917 zerfiel, haben die Völke Kaukasiens ihre Unabhängigkeit erklärt und für kurze Zeit ihre politische Selb ständigkeit zurückgewonnen. Seit diesem Jahre wird um den Besit Kaukasiens ein militärischer und diplomatischer Kampf von eine Vielseitigkeit und Schärfe geführt, wie er nur selten sonst auf de Erde in diesen Jahrzehnten höchster politischer Spannunge seinesgleichen findet. Was verursachte diesen Kampf? Warum läßt ma die Völker des Kaukasus nicht frei in Unabhängigkeit und Selbständigke leben?

II.

Kaukasien nannte man eine Perle in der Krone des Kaiserhauses Romanof Abgesehen davon, daß es in geopolitischer Hinsicht als Durchgangsland vo Europa nach Mittel- und Vorderasien, als hochwichtige strategische Basis, m welcher Rußland die Türkei und Persien bedroht, eine hohe Bedeutung ha ist es in wirtschaftlicher Beziehung ein unschätzbar reiches Land. Schon di Argonauten kamen nach Kolchis (Westgeorgien), um dort Gold zu gewinnen Die Geschichte kennt aber auch bereits im Altertum Bakus Ölfelder. Sch der Name Aserbeidschan ist bezeichnend, bedeutet er doch: Land des ewige Feuers. Die Religion des Feuers, der Kult Zarathustras, hat dort seine G burtsstätte gefunden. Baku war voll von Feuertempeln. Erst 624 hat de christliche König Heraklius von Byzanz Baku besetzt und die Feuertemp vernichten lassen. Auch als die Mohammedaner Baku eroberten, untersagte sie die Feueranbetung. Der Araber Massudi, der 950 gestorben ist, gibt eine ersten schriftlichen Bericht über Bakus Petroleumquellen. Später erwähn Marco Polo Baku und sagt: „Nach Mitternacht zu liegt Zorzania (das heutig Georgien). Dort findet man einen großen Brunnen mit Öl, so daß man vie Kamele damit beladen kann." Im Mittelalter war die Ölgewinnung ein ei trägliches Monopol des persischen Schahs. 1684 wurde Baku von Kämpfe 1784 von Förster, später von vielen Europäern besucht. Nachdem Rußlan Baku erobert hatte, erklärte es die Petroleumgebiete zum Kroneigentum u

monopolisierte die Gewinnung. Erst seit 1872 wurde das Petroleumland verpachtet.

Seither ist die gewaltige Entwicklung der Petroleumindustrie von Baku mit dem Namen der schwedischen Gebrüder Nobel verbunden. Diese waren die ersten, die die Petroleumgewinnung und -verarbeitung mit Hilfe amerikanischer Ingenieure wissenschaftlich organisierten (seit 1874). Sie zuerst ließen die Schiffe des Kaspischen Meeres mit Öl heizen, sie führten die Tankwagen für den Petroleumtransport ein und veranlaßten den Bau der Rohrleitung von Baku nach Batum, die Baku mit Europa verbindet. Seither haben die Europäer riesige Kapitalien in den Erdölfeldern angelegt und waren bis zum Weltkrieg deren finanzielle Beherrscher. Es gibt also fast keine russischen Petroleumfelder, keine russische Petroleumindustrie. Sämtliche sog. russischen Petroleumfelder, das von Baku, Emba, Grosny und Maikop, liegen im Gebiet der kaukasischen Völker und Turkestans, die ethnographisch mit den Russen nichts zu tun haben, und denen sie von rechtswegen gehören. Die Petroleumindustrie ist nicht von den Russen, sondern von den Ausländern entwickelt worden. Von 1886 bis 1916 hat allein das Bakugebiet etwa 12 592 Mill. Pud Petroleum geliefert, das Grosnygebiet 180 Mill. und Turkestan 121,1 Mill. In der „russischen" Gesamtgewinnung von 14 441 Mill. Pud steht also das Bakugebiet bei weitem an erster Stelle. Mit Recht sagt daher Dr. E. Blümer:

„Von Beginn der Ölindustrie bis heute (1922) haben die Vereinigten Staaten gegen zwei Drittel, Rußland ein Viertel der Weltproduktion gedeckt. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß das amerikanische Öl aus sehr zahlreichen Feldern stammt, die über weite Gebiete verteilt sind, während der russische Ertrag größtenteils von dem kleinen Fleck Erde auf der Halbinsel Apscheron herrührt. Ein Viertel der bisherigen Weltausbeute stammt von einer Fläche von 25 qkm in der Umgebung von Baku! Ein so kleines Gebiet war die Quelle solch unerhörten Reichtums."

Die folgenden Tabellen bestätigen diese Tatsache[1]):

Petroleumerzeugung im Kaukasus und in Turkestan (Mill. Pud)

Jahr	Baku	Grosny	Maikop	Emba	Fergana	Summe
1884	89,0	—	—	—	—	89,0
1890	226,0	—	—	—	—	226,0
1900	600,4	17,2	—	—	—	617,6
1910	501,8	57,0	0,6	—	1,0	560,4
1913	466,1	73,7	4,8	6,0	2,0	552,6
1916	476,9	102,7	2,0	15,5	1,5	598,6
1919—20	175,1	52,7	2,3	1,9	1,1	233,1
1922—23	212,8	91,7	—	8,1	—	312,6
1923—24	—	—	—	—	—	362,6
Febr. 1925	20,5	9,1	—	1,2	—	30,8

Prozentuale Beteiligung der Staaten an der Petroleum-Weltproduktion:

Jahr	U. S. A.	Kaukasien	Galizien	Mexiko	Rumänien
1870	90,7 %	3,5 %	—	—	1,5 %
1880	87,6 %	10,0 %	0,8 %	—	0,4 %
1890	59,9 %	37,4 %	0,9 %	—	0,5 %
1900	42,5 %	50,8 %	1,6 %	—	1,1 %
1905	62,6 %	25,5 %	2,7 %	0,1 %	2,1 %
1910	64,0 %	21,4 %	3,9 %	1,1 %	3,0 %
1915	66,7 %	16,0 %	1,0 %	7,7 %	2,8 %
1920	63,8 %	3,6 %	0,8 %	23,5 %	1,1 %
1923	71,9 %	3,8 %	—	14,7 %	1,1 %
1924	70,3 %	4,4 %	—	13,9 %	1,4 %

Aus diesen Tabellen ersehen wir, daß Kaukasien in der Petroleumweltförderung an zweiter Stelle stand, daß diese Produktion jedoch in den letzten Jahren stark sank, und daß Mexiko an seine Stelle getreten ist. Über den Grund dieses Rückgangs schreibt Professor Gröger:

„Nicht die geologischen Verhältnisse, sondern die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Kaukasusländer und die große Entfernung der Produktionsstätte vom Weltbedarf haben den dortigen Petroleumbergbau zurückgebracht!"

Als weiterer Grund kommt dazu in der Vorkriegszeit das eigentümliche Finanzgebahren der russischen Regierung, die bei ihrer Petroleumpreispolitik ausschließlich fiskalische Interessen, nicht die Interessen einer allgemeinen starken Entwicklung der Petroleumgewinnung in den Vordergrund stellte. Kamen doch im Jahre 1910 vom Durchschnittspreis für 1 Pud Petroleum (1 Rubel 69 Kopeken) nur 11,1 % auf die Förderungskosten, 35,5 % dagegen auf Akzisen, 20 % auf Transport und 32,5 % auf den Vermittlergewinn. So wurde in dem Wettbewerb mit dem amerikanischen Petroleum Baku geschlagen: „La lutte avec la Standard Oil Cy. n'était pas aisée pour les exportateurs russes . . . Le trust américain dominait le marché, et l'exportation russe, mêne à l'époque de son plus grand essor, avait un caractère complémentaire et ne faisait que couvrir le déficit de l'exportation americaine." (P. Apostol.)

Ich habe schon gesagt, daß die Petroleumindustrie Kaukasiens vor dem Weltkriege von ausländischem Kapital beherrscht war. Die Summe des in der kaukasischen Petroleumindustrie angelegten ausländischen Kapitals betrug wahrscheinlich 242,9 Mill. Rubel; das bedeutet 30 % des gesamten im Russischen Reiche angelegten ausländischen Kapitals. Dieses Petroleumkapital verteilt sich folgendermaßen:

Englisches Kapital	171,4	Mill. Rubel	—	71,5 %
Französisches „	55,1	„ „	—	20,2 %
Deutsches „	13,6	„ „	—	5,4 %
Belgisches „	6,8	„ „	—	2,9 %

Mehr als ein Drittel des in Rußland angelegten englischen Gesamtkapitals kam auf die Petroleumindustrie. Das entsprechende französische Kapital war nur zu 7 % in ihr enthalten.

III.

Als 1917 nach der russischen Revolution die russischen Truppen die kaukasische Front verlassen hatten, lag ganz Kaukasien offen vor der türkischen Armee. Am 18. Dezember 1917 hörte jede militärische Operation von russischer Seite auf, und die türkischen Truppen fingen ihren Vormarsch an. Im gleichen Monat begannen jedoch die Friedensverhandlungen zu Brest-Litowsk. Das „Transkaukasische Kommissariat", das von Deutschland zu diesen Verhandlungen eingeladen worden war, verzichtete darauf, an ihnen teilzunehmen, da es die bolschewistische Regierung in Moskau nicht anerkennen wollte. Als darauf die türkischen Truppen in Kaukasien einmarschierten, mußte das neugebildete transkaukasische Sejm am 16. Februar 1918 beschließen, zur Einleitung von Friedensverhandlungen mit der Türkei eine Delegation nach Trapezunt zu entsenden. Nachdem diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, besetzten die Türken Batum, Kars und andere Städte. Am 9. April 1918 erklärte dann Transkaukasien sich zur selbständigen Republik, und setzte die Friedensverhandlungen mit der Türkei fort. Die habsüchtigen und gierigen Forderungen der Türkei und ihre Intrigen mit den transkaukasischen Mohammedanern verhinderten jedoch auch jetzt den Abschluß des Friedens. Da die Delegation der Transkaukasischen Republik jedoch auch in sich zu keiner Einigung kommen konnte, erklärte Georgien am 26. Mai desselben Jahres seine Selbständigkeit und wandte sich hilfeflehend an Deutschland. Am folgenden Tage erklärten auch Aserbeidschan und Armenien ihre Selbständigkeit.

Deutschland ist der Bitte Georgiens nachgekommen. Es hat durch seine Truppen Georgien gegen die Türkei beschützt. Deutschland war aus strategischen und wirtschaftlichen Gründen an Kaukasien interessiert. Erich Ludendorff charakterisiert in seinem Schreiben vom 9. Juni 1918 an den Reichskanzler (Nr. R. 439 P.) die Ostpolitik folgendermaßen:

„In Georgien bietet sich die Gelegenheit . . . mit schwachen Streitkräften unsere Macht zu vervielfältigen: Wir müssen dort die georgische Armee organisieren. Dazu ist die Anerkennung des georgischen Staates und seine Inschutznahme unumgänglich nötig. Hierzu tritt als ethisches Moment der Umstand, daß Georgien ein christlicher Staat ist, dem wir seit langem große Hoffnungen gemacht haben. Die Anerkennung und Inschutznahme Georgiens durch Deutschland

wird zugleich das einzige Mittel sein, die begehrliche Türkei von Georgien fernzuhalten. Sonst werden die Schwierigkeiten dort nicht aufhören ... Haben wir in Georgien einen Stützpunkt, so ist zu hoffen, daß sich der Kaukasus nach und nach beruhigt, und daß wir von dort die uns so dringend notwendigen Rohstoffe beziehen können.

Ich darf besonders hervorheben, daß wir mit der Türkei daselbst werden rechnen und ihren Wünschen ein gewisses Entgegenkommen zeigen müssen. Die Bahn von Batum über Tiflis nach Djulfa ist für ihre Operationen von ausschlaggebender Bedeutung. Die Truppentransporte über diese Bahn müssen der Türkei sichergestellt sein. Auf Betrieb der Bahn Tiflis—Baku unter deutschem Einfluß können wir nicht verzichten. Dort müssen uns die Türken den Vorrang lassen ... Als Leitsatz müßte feststehen, daß die Türkei uns in der Wehrmacht Georgiens und in der Rohstoffversorgung aus dem Kaukasus nicht beengen darf. Ein Festsetzen der Türken an der Bahn Tiflis—Baku und die Besetzung von Baku, die zu einer Vernichtung der dortigen Ölindustrie führen würde, wäre daher eine uns feindliche Handlung ...“

Am 29. Juni 1918 sind die deutschen Truppen in Georgien erschienen. In seinen Kriegserinnerungen gibt Ludendorff den Plan, nach dem er im Kaukasus arbeiten wollte.

„Bei den Verhandlungen in Batum hatten sich die Vertreter der georgischen Republik an General v. Lossow gewandt und den Schutz des Deutschen Reiches erbeten. Wir hatten in den Jahren 1915 und 1916 mit georgischen Freischaren in Armenien gearbeitet, allerdings ohne Erfolg. Dabei waren wir in gewisse Fühlung mit einflußreichen Georgiern getreten. Ich konnte diese Beziehungen und jetzt die Bitte Georgiens um Schutz des Deutschen Reiches aus militärischen Gründen nur begrüßen. Sie boten uns eine Gelegenheit, unabhängig von der Türkei an die Rohstoffe des Kaukasus zu kommen und Einfluß auf den Betrieb der Eisenbahn über Tiflis zu gewinnen. Sie war für die Kriegführung in Nordpersien von ausschlaggebender Bedeutung und in deutsch beeinflußtem Betriebe leistungsfähiger als unter türkischer Mitwirkung. Endlich mußten wir versuchen, uns durch Aufstellung von georgischen Truppen zu stärken: Sie waren gegen England zu gebrauchen. Auch war nicht zu übersehen, welche Schwierigkeiten uns noch aus der Gegend des Kaukasus erwachsen würden. Ich befürwortete deswegen bei dem Reichskanzler eine Berücksichtigung der Wünsche Georgiens ... Bei der Besprechung in Spaa willigte der Reichskanzler in bezug auf unsere Politik in Georgien ein, daß als sein Vertreter Oberst v. Kreß, der von der Palästinafront nach Deutschland zurückgekehrt war, mit einer Schutzwache von 1—2 Kompagnien nach Tiflis ging. Es war nötig geworden, daß wir hier kräftig auftraten. Dies verlangte, ganz abgesehen von dem Wunsche nach militärischer Kräftigung aus jenem Gebiete, unsere Rohstoffversorgung. Daß wir uns darin nicht auf die Türkei verlassen konnten, hat ihr Verhalten in Batum von neuem bewiesen. Sie nahm alle vorgefundenen Bestände für sich in Anspruch. Auf Öl aus Baku konnten wir nur dann rechnen, wenn wir uns selbst halfen. Unser Betriebsstoffmangel in der Heimat, die ganzen Schwierigkeiten unserer Winterbeleuchtung mit ihren Nebenerscheinungen waren mir zu deutlich in Erinnerung. Nach dem Angriff der siebenten Armee waren nun auch die Betriebsstoffreserven des Heeres verbraucht; sie fehlten uns stark. Die ukrainischen Bahnen brauchten ebenfalls Öl. Die Ölgewinnung aus Rumänien war im Rahmen des Möglichen ganz außerordentlich gesteigert, trotzdem war an die Deckung der Fehlbestände nicht zu denken. Dies schien jetzt aus Transkaukasien, besonders aus Baku, möglich, wenn zugleich auch die Transportverhältnisse geregelt wurden. Der Feldeisenbahnchef hatte die Frage der Tankschiffe zu klären. Die Eisenbahn Batum—Tiflis—Baku, die viele Tankwagen vorrätig hatte, sollte von Oberst von Kreß im Einverständnis mit der Türkei in Betrieb genommen werden. Entscheidend war natürlich die Frage, wie wir nach Baku kamen. Die Rücksicht auf die Sowjetregierung verhinderte auch hier tatkräftiges und schnelles Handeln ...“

Diese Rücksicht Deutschlands auf Sowjetrußland wird nur dann klar, wenn wir uns die Lage in Baku 1918 vergegenwärtigen. Im März 1918 kam es in Baku zu einem Aufstand, durch den die Bolschewisten die Macht in der Stadt erhielten, obwohl sie von Moskau durch die dazwischenstehenden Weißgardisten völlig abgeschnitten waren. Nachdem, wie oben erwähnt, am 27. Mai 1918 die Fraktion der aserbeidschanischen nationalistischen Partei, die sog. Mussawaten, in der Stadt Gandscha die Unabhängigkeit Aserbeidschans erklärt hatten, bemühten sie sich, ihre Hauptstadt Baku von der Bolschewistenherrschaft zu befreien. In dieser herrschten die russischen Parteien, die Bolschewiki, die Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten. Die letzteren verlangten die Einladung der Engländer aus Nordpersien zum Schutze Bakus. Am 18. Juli wurde dieses Verlangen von den Bakuer Bolschewisten abgelehnt; aber bei einer nochmaligen Erörterung am 25. Juli beschloß das Bakuer Zentralsowjet mit 13 Stimmen Mehrheit, die Engländer um den Schutz Bakus zu bitten. Daraufhin haben die Engländer unter General Tompson Baku besetzt.

„Wir kamen dorthin," schreibt der englische General Malleson, „damals, als unsere Lage auf der Westfront kritisch wurde; Rußland ging unter; deutsche und türkische Truppen waren in Kaukasien, und sie hatten das bestimmte Ziel, Kaspien zu queren und in Zentralasien, besonders in Afghanistan, Aufstände hervorzurufen. Mein und des Generals Dunstervilles Ziel war, uns zwischen die deutsch-türkischen Truppen und Afghanistan zu stellen. Ich glaube, daß Seiner Majestät Regierung Recht gehabt hat, als sie einen solchen Marsch befahl, der . . . . . ganz mit Erfolg beendet wurde, da wir dem Feinde nicht gestatteten, nach Zentralasien zu kommen."

Und Archibald Moore sagt:

„Wir sind ein erstes Mal von Enseli durch Kaspien vorgedrungen, damit dem Feinde das Petroleum von Baku nicht in die Hände fallen sollte. . . . . ."

Nach General Malleson also war die Besetzung Bakus durch die Engländer von strategischen Interessen bestimmt. Vom Standpunkt des Politikers Moore aus ist sie durch das Baku-Petroleum verursacht worden. Beide haben recht.

Die Engländer verfügten in Baku jedoch nur über sehr schwache Kräfte und daher mußten sie sich zurückziehen; die Mussawaten besetzten im September 1918 Baku und gaben damit der Republik Aserbeidschan seine Hauptstadt. Während die Mussawaten mit Hilfe der Türken auf Baku marschierten, verhandelten die deutschen Vertreter in Moskau mit den Bolschewisten über die Ergänzung zum Brest-Litowsker Vertrag. Deutschland beabsichtigte dabei, mit dem bolschewistischen Moskau in gute Beziehungen zu kommen, um auf diese Weise in den Besitz kaukasischen Petroleums zu gelangen, das sein Bundesgenosse, die Türkei, den Bolschewisten gleichzeitig zu nehmen im Begriffe war.

Der deutsch-russische Ergänzungsvertrag vom 17. August 1918 enthält hinsichtlich Kaukasien folgende Abmachung:

„6. Kapitel: Kaukasien. Artikel 13: Rußland erklärt sich damit einverstanden, daß Deutschland Georgien als selbständiges Staatswesen anerkennt. Artikel 14, Absatz 2: Rußland wird im Bakugebiet die Gewinnung von Rohöl und Rohölprodukten nach Kräften fördern und von dem gewonnenen Mengen ein Viertel, jedenfalls monatlich mindestens eine noch zu vereinbarende Tonnenzahl an Deutschland zu überlassen."

Wie erklärt es sich, daß Deutschland es vorzog, mit Rußland ein Übereinkommen über Baku abzuschließen, statt sich der Interessen der aserbeidschanischen Republik anzunehmen? Die amtliche Auslassung zu dem deutsch-russischen Zusatzantrag erklärt es folgenderweise:

„Unter den im Brester Frieden noch nicht berücksichtigten staatlichen Neubildungen an der Peripherie Rußlands hat Georgien auf dem Wege zu innerer Festigung bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Da die Vorgänge bei der Wiedererstehung dieses Staatswesens auch den extremen demokratischen Grundsätzen entsprechen, womit die gegenwärtige russische Regierung das von ihr verkündete Selbstbestimmungsrecht interpretiert, ist es gelungen, Rußlands Zustimmung zu der von diesem Staate begehrten Anerkennung zu erlangen.

„Was die übrigen Staatsbildungen im Kaukasus anbelangt, so waren für diese ähnliche Zugeständnisse wie für Georgien von Rußland in dem Vertrage nicht zu erlangen. Die russische Regierung legte auf die Sicherung des Bakugebietes mit seinen reichen Naphtaquellen den allergrößten Wert; ihrem Wunsche konnte sich Deutschland, soviel an ihm liegt, um so weniger entziehen, als Rußland seinerseits die Verpflichtung übernahm, einen Teil der Naphtaausbeuten für den Bedarf Deutschlands und seiner Verbündeten zur Verfügung zu stellen."

Wir sehen also, daß sich um Bakus willen folgende Parteien bekämpften: 1. Die russischen demokratischen Parteien in Baku wollten die Stadt mit Hilfe der Engländer gegen das aserbeidschanische Volk verteidigen, um Baku nach dem Sturz der Bolschewisten dem „wahren Rußland" zu übergeben. 2. Die Bolschewisten strebten darnach, Baku zu halten und die sozial-verräterischen menschewistischen Parteien aus Baku zu vertreiben. 3. Das aserbeidschanische Volk, an seiner Spitze die Mussawaten, kämpften um die Eroberung ihrer Hauptstadt. 4. Die Türken unterstützten die Mussawaten. 5. Die Deutschen wollten mit Hilfe der Sowjets kaukasisches Petroleum zur Fortführung des Krieges haben. 6. Die Engländer wollten sich in Baku endgültig festsetzen, um die Hand auf die Erdölquellen zu legen, und um die Deutschen sowie die Türken zu verhindern, nach Zentralasien zu gelangen.

Nachdem dieser Kampf im September 1918 vorläufig mit dem Sieg Aserbeidschans beendet worden war, sandte die Regierung der aserbeidschanischen Republik am 12. September an die Deutsche Botschaft in Konstantinopel einen Protest gegen den Zusatzvertrag und besonders gegen den Artikel 14. Aber dieser diplomatische Kampf dauerte nur kurze Zeit; denn infolge des Anfang November an der Westfront abgeschlossenen Waffenstillstands-

vertrages sah sich Deutschland gezwungen, Kaukasien zu verlassen und alle zuvor erwähnten Verträge zu annullieren. Die Armee der Entente, insbesondere die Engländer haben daraufhin ganz Transkaukasien von Batum bis Baku besetzt. Die erste Periode des Kampfes um Transkaukasiens Petroleum endete somit mit dem Sieg der Engländer, und die transkaukasischen Republiken mußten sich in ihrer Politik nunmehr nach der Entente richten.

IV.

Am 10. Januar 1920 wurde die georgische und die aserbeidschanische Regierung von seiten der Entente de facto anerkannt. Während darauf die kaukasischen Republiken daran arbeiteten, ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu festigen, und eigene Heere aufzustellen, verfolgten die Engländer in Transkaukasien das Interesse, die großen Kapitalien, die sie in der Bakuer Petroleumindustrie angelegt hatten, zu schützen, neue Konzessionen zu erlangen und das Land auszubeuten. Moore schrieb am 10. Juli 1922 in der „Times“:

„Nach dem Waffenstillstand überschütteten wir den Kaukasus, der in ausgedehnter Weise mohammedanisiert war, mit Truppen. Weit über das Kaspische Meer, sogar in dem berühmten Merv, hatten wir Heeresabteilungen. Zuerst hatten diese einen stabilisierenden Einfluß, und wir kündigten an, daß es uns gelungen wäre, die Bolschewisten aufzuhalten; aber sobald sich die bolschewistische Drohung zu verkörpern begann, waren wir es, die verschwanden. Warum also gingen wir überhaupt dorthin? . . . Wir taten es, um zu versuchen, uns der Ölfelder von Baku zu bemächtigen, aber wir waren nicht vorbereitet, um diese zu kämpfen.“

Und der Franzose Tramerye berichtet in der Revue Universelle vom 15. Oktober 1920:

„Ein Notgeschwader, bestehend aus kleinen russischen Dampfern, von England aufgeboten und bewaffnet, hat das Kaspische Meer beherrscht, so daß Batum der Hafen für die Petroleumeinschiffung auf dem Schwarzen Meere, und Baku der Ort der Petroleumlager, alle beide in den Händen der Engländer waren. Sie verfügten dort nach ihrem Gefallen über das Petroleum und den Masut und verweigerten jede Kontrolle über ihre Einkäufe. England nahm zuerst alles was es konnte, und erst später erlaubte es Frankreich, sich mit dem, was an Petroleum noch da war, seinerseits zu verproviantieren.“

In der Tat war England formell in Baku nicht Alleinherrscher, es repräsentierte die Entente und mußte schließlich in seinen Handlungen auf Frankreich Rücksicht nehmen, das in dieser Zeit selbst anfing, eifrig Petroleumpolitik zu treiben. Am 15. November 1919 forderte der Senator Berenger in seinem Bericht an den Minister des Äußern: „Im Kaukasus sollte Frankreich einen gleichbedeutenden Teil mit den Alliierten erlangen“. Dieser Grundsatz wurde im Artikel 6 des sog. San Remo Oil Agreement angenommen, in dem gesagt wird:

„Artikel 6. Gebiete des vormaligen russischen Reiches. Auf den Gebieten, welche zu dem vormaligen russischen Reiche gehören, wollen die zwei Regierungen (d. h. die Frankreichs und

Englands) ihren beiderseitigen Staatsangehörigen gemeinschaftliche Hilfe angedeihen lassen in deren Bemühen, Petroleumkonzessionen und Erleichterungen für den Export zu erlangen sowie Lieferung von Petroleumvorräten zu erreichen."

Die Engländer blieben fast $1^1/_2$ Jahre in Transkaukasien, dann haben sie es verlassen. Die Ursache liegt nicht darin, daß England die Petroleumquellen von Baku nur ungenügend zu schätzen wußte, es hatte vielmehr zwei andere Hauptgründe: 1. Beschränkung der militärischen Ausgaben und daher Zurückziehung des britischen Heeres aus Mittel- und Vorderasien, das Ergebnis der Empfehlungen des „Geddes-Commitee", das die Grundfragen des britischen Budgets und der Stabilisierung des Pfundes zu prüfen hatte; 2. die beharrliche Forderung der englischen Arbeiterpartei, den Handel mit Rußland wiederherzustellen, um dadurch — so glaubte diese naiverweise — die Arbeitslosigkeit einzuschränken. England hatte jedoch mit der Zurückziehung seiner Truppen nicht die Absicht, seine kaukasischen Petroleuminteressen aufzugeben und bemühte sich daher, den Kaukasus durch die Truppen der anderen Alliierten neu besetzen zu lassen. Diese Frage wurde im April 1920 in San Remo auf der Konferenz der Alliierten erörtert. Einiges von dem, was auf dieser geheimen Konferenz behandelt wurde, kann man aus den Ausführungen des ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Nitti entnehmen.

„Als ich", so berichtet Nitti, „im Juni 1919 die Leitung der Regierung übernahm, war eine italienische Militärexpedition nach Georgien schon marschbereit. Die englischen Truppen, die nur über schwache Kräfte verfügten, zogen sich zurück. Italien hatte daher mit Einwilligung der Alliierten, zum Teil auf deren Wunsch hin, eine starke Militärexpedition vorbereitet. Das 12. Armeekorps, 2 Divisionen Infanterie und eine Abteilung Alpenjäger, waren zur Abfahrt bereit . . . Georgien ist ein Land, das von der Natur mit außerordentlichen Reichtümern ausgestattet ist, und man glaubte, daß es Italien eine große Zahl der Rohstoffe hätte liefern können, an denen es ihm am meisten mangelt. Was mich überraschte, war, daß nicht nur Regierungsmitglieder, sondern auch intelligente Finanzleute und Männer von sehr fortgeschrittenem Denken überzeugte Anhänger jener Expedition waren. Ich hingegen wollte, mancherlei Gegnerschaft zum Trotz, sofort auf jene Unternehmung verzichten, indem ich mich darauf beschränkte, jedes geschäftliche Unternehmen zu ermutigen. Gewiß war der Rat, den die Alliierten Italien gaben, freundschaftlich gemeint; jedoch mußte jedenfalls die Expedition den Erfolg haben, Italien direkt in einen Krieg mit der Moskauer Regierung zu stürzen und es in ein Abenteuer zu verwickeln, dessen Folgen unübersehbar waren . . ."

„Als man in San Remo über die Rätlichkeit einer Expedition durch England, Frankreich und Italien diskutierte, um wenigstens die Petroleumproduktion sicherzustellen, kam man nach dem Bericht eines militärischen Ausschusses, der unter dem Vorsitz des Marschalls Foch stand, sogleich ohne Schwierigkeit zu dem Beschluß, daß es besser sei, sich uninteressiert zu erklären."

Damit war das Schicksal der transkaukasischen Republiken entschieden. Sie waren isoliert, von Europa verlassen, und standen nun einerseits dem sich nähernden roten Rußland, andererseits der Türkei gegenüber, die ihre Kräfte gegen die Entente sammelte.

V.

Noch lange bevor die Bolschewisten ihre Truppen nach dem Kaukasus senden konnten, versuchte die weißgardistische Armee Denikins, Transkaukasien zu besetzen. Nachdem sie den Nordkaukasus genommen und ihre Angriffe auf Baku begonnen hatte, schloß die Regierung Aserbeidschans mit Denikin einen Vertrag ab, nach welchem Denikin gegen Versprechung einer gewissen Menge Petroleums die Unabhängigkeit Aserbeidschans anerkannte. Nach Vernichtung der weißgardistischen Armee und der Niederlage Wrangels kam die rote Armee in den Nordkaukasus, wo sie die Republik der Bergbewohner beseitigte und das Rätesystem einführte, obwohl sie den Völkern Freiheit und Unabhängigkeit feierlichst versprochen hatte.

Warum kamen die Moskauer Bolschewisten nach Kaukasien? Wollten sie seine Völker von dem Joch der Entente und der Bourgeoisie befreien und den Kommunismus einführen? Nein! Solche Schlagworte dienten ihnen nur als Mittel, ihre imperialistischen Ziele zu verschleiern. Die offiziöse „Economitscheskaja Schisn“ schrieb ganz öffentlich:

„Wir haben bloß einen Ausweg: mit aller unserer Kraft unsere rote Armee nicht nur mit lebendigen Kräften, sondern auch mit technischen Kräften zu stärken, um möglichst schnell für Rußland das Donezbecken und den Kaukasus zu gewinnen und diese für unser wirtschaftliches Dasein unentbehrlichen Quellen unserem Staate einzuverleiben.“

Die grausame Wirklichkeit, die durch diese Worte angedeutet war, bestand in der Besetzung Bakus durch russische Truppen am 27. April 1920. Aserbeidschan wurde darauf als Sowjetrepublik mit einem Rätesystem organisiert, und mit dieser Puppe wurden einige Spiele aufgeführt. Rußland hat nämlich mit dem durch Waffengewalt eroberten Aserbeidschan „Verträge“, „Übereinkommen“, „Übereinstimmungen“ abgeschlossen! Solche „Verträge“ sollten jedoch nur dazu dienen, nach außen hin zu zeigen, daß Aserbeidschan eine selbständige unabhängige Republik sei, die mit Rußland eine freiwillige Verständigung einginge! Aber es war nichts als eine entsetzliche Komödie, als eine nur schlecht verschleierte, gewissenlose Vergewaltigung! Am 30. September 1920 schlossen Rußland und Aserbeidschan den folgenden militärisch-ökonomischen Vertrag ab:

„Die Regierung der Aserbeidschanischen Sozialistischen Sowjet-Republik einerseits, und die Regierung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik andererseits, ausgehend von dem Bewußtsein der tiefen Gesamtheit der Interessen der arbeitenden Massen Aserbeidschans und in der Überzeugung, daß nur die volle Einigung aller Kräfte beider brüderlichen Republiken den Erfolg im schweren Kampf gegen den gemeinsamen Feind — die imperialistische Bourgeoisie — sichern kann, haben folgenden Vertrag geschlossen:

1. Aserbeidschan und Rußland gehen miteinander ein enges militärisches und finanziell wirtschaftliches Bündnis ein.
2. Die Regierung der Aserbeidschanischen S. S. R. und die Regierung der Russischen S. S. R.

erreichen die Einigung in kurzer Frist durch Zusammenlegung a) der militärischen Organisation und des militärischen Kommandos, b) der führenden volkswirtschaftlichen Organisation und des äußeren Handels, c) der Organisationen der Versorgung, d) der Etats der Eisenbahnen, Wasserstraßen und Posten, e) der Finanzen."

Am gleichen Tage wurde das Übereinkommen über die finanziellen Fragen unterzeichnet, nach welchem der Haushaltsplan der Republik Aserbeidschans zur Kontrolle und Bestätigung an das russische Volkskommissariat in Moskau gesandt werden muß. Noch interessanter ist das Übereinkommen über den Außenhandel Aserbeidschans vom gleichen Tage. Es bestimmt:

„1. Alle wirtschaftlichen Beziehungen zu anderen Ländern, Verkauf und Ausfuhr der Erzeugnisse des Bodens und der Industrie Aserbeidschans, und ebenfalls die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse und Waren durch Rußland sowie der Abschluß der wirtschaftlichen Verträge finden nach den Grundsätzen und Prinzipien des Außenhandelskommissariats der R. S. S. R. und mittels deren entsprechenden Organen statt. 2. Die Handelsbeziehungen mit Transkaukasien, Persien und der Türkei werden dem aserbeidschanischen Wneschtorg (Volkskommissariat für Außenhandel) überlassen, und dazu wird für den Warenaustausch mit oben erwähnten Ländern dem aserbeidschanischen Wneschtorg die in Aserbeidschan vorhandene Ware außer Petroleum zur Verfügung gestellt. Die für den erwähnten Warenaustausch und für den inneren Verbrauch in Aserbeidschan nötigen Mengen Petroleum erhält der aserbeidschanische Wneschtorg nach der Vereinbarung mit dem Volkswirtschaftsrat und Außenhandelskommissariat der R. S. S. R. 3. Das Volkskommissariat des Außenhandels der R. S. S. R. ernennt einen bevollmächtigten Vertreter im Rat des Volkskommissariats der aserbeidschanischen Soz. Sow. Rep. mit dem Recht der entscheidenden Stimme."

Ich bin der Überzeugung, daß, nachdem wir diese Verträge kennengelernt haben, kein Zweifel darüber bleiben kann, daß die sog. Republik Aserbeidschan völlig unter russischer Sklaverei steht, und daß es nur eine Verspottung des aserbeidschanischen Volkes ist, von einer „Republik Aserbeidschan" zu sprechen. Nach der Eroberung Bakus haben die Bolschewisten die Nationalisierung der Petroleumfelder und ihrer Industrie verfügt, und ein speziell geschaffenes Organ, der sog. Asneft, setzt die Arbeit fort. Die Petroleumerzeugung nahm jedoch in der durch die oben wiedergegebene Tabelle gekennzeichneten Weise ab. Die Krisis in der Petroleumindustrie Bakus wurde so scharf, daß sich der Sowjet mit einem besonderen Aufruf an die Arbeiter wenden mußte. Dieses Schriftstück zeigt uns sehr deutlich, daß die Bolschewisten die Wichtigkeit der Petroleumindustrie von Baku sehr wohl zu schätzen wußten. In diesem Aufruf sagen die Abgeordneten der Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und Matrosensowjets:

„Je mehr Brennmaterial wir haben werden, desto schneller wird der Marsch des Proletariats zum Siege führen. Bei der Wiederverproviantierung der Sowjetrepubliken mit Brennmaterial sind Baku und sein Petroleum von besonderer Wichtigkeit, einzig in ihrer Art. Neben der Steinkohle des Donez ist das Petroleum von Baku die bewegende Kraft der kommunistischen Weltrevolution. Der Arbeiter von Baku ist verantwortlich vor dem Weltproletariat für das Schicksal der Petroleumindustrie, für ihre Fortschritte und für die sofortige und regelmäßige

Verproviantierung der Sowjetrepubliken mit „schwarzem Blut". Das Industriegebiet von Baku ist jedoch von einer tödlichen Gefahr bedroht, die eine von Stunde zu Stunde schärfer werdende Krisis und das Verschwinden der Erzeugung herbeiführen kann. Die Bohrungsarbeiten, die Erzeugung und die Destillation nehmen ab, und der Export ist nicht mehr gesichert. Um die Petroleumindustrie von Baku wieder herzustellen, müssen die Arbeiter von Baku alle ihre Kräfte anstrengen und ihre ganze revolutionäre Macht und Energie beweisen. Arbeiter von Baku! Millionen von Proletariern blicken mit Hoffnung auf euch, sie brauchen Petroleum, Petroleum und nochmals Petroleum! Ihr müßt es ihnen geben!"

Anmerkung

[1]) Ausführliches über die kaukasische Erdölproduktion der letzten Jahre im Rahmen der Weltproduktion s. im Bericht über erdumspannende Vorgänge von Lautensach in Heft 5 d. Ztschr.

ERICH OBST:
BERICHTERSTATTUNG AUS EUROPA UND AFRIKA

Der *Vertrag von Locarno* ist am 1. Dezember 1925 in London feierlich unterzeichnet worden und soll der Politik der abendländischen Staaten für das Jahr 1926 und die Folgezeit den Stempel aufdrücken. Wir haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß wir dem „Geist von Locarno" mit einiger Skepsis begegnen. Indessen soll davon zu Beginn des neuen Jahres nicht noch einmal die Rede sein. Geopolitisch wichtiger dünkt uns, daß das Abendland im Zeitalter von Locarno in drei Teilgebiete zerfällt, die sehr verschiedenartig zu Locarno stehen und sich hinsichtlich der Energie des Staatswillens wesentlich voneinander unterscheiden. Großbritannien bejahrt Locarno, soweit es diesen Verständigungsvertrag als Mittel zum Zweck gebrauchen kann, um dank der auf dem Kontinent bewirkten Entspannung seine weltpolitischen Absichten zielbewußt durchführen zu können. Rußland lehnt den Vertrag von Locarno nach wie vor scharf ab in der Befürchtung, Locarno könnte das Losungswort zum Kreuzzug der kapitalistischen Welt gegen die Sowjetunion werden. Zwischen Großbritannien und Rußland dehnt sich das balkanisierte Kontinentaleuropa aus, das man im Sinne unserer Problemstellung vielleicht mit einigem Recht als „Zwischeneuropa" bezeichnen könnte. Von irgendeiner gleichmäßigen Einstellung gegenüber Locarno kann hier beim besten Willen nicht gesprochen werden; die Mehrzahl der Staaten befolgt vielmehr auch weiterhin den Grundsatz: Jeder ist sich selbst der Nächste. — Welche Schwierigkeiten sich aus dieser Divergenz der politischen Grundeinstellung ergeben, soll im folgenden skizziert werden.

Daß *Großbritannien* im eigensten Interesse mit allen Mitteln bedacht sein muß, den europäischen Wirren ein Ende zu bereiten, ist nachgerade eine Binsenweisheit. Man denkt eben drüben auf dem Inselreiche nicht in kontinentalen, sondern in Weltdimensionen und weiß nur zu wohl, daß ein befriedetes Europa die unbedingte Voraussetzung für den Um- und Ausbau des Imperiums darstellt. Locarno bedeutet für England im größeren Rahmen dasselbe wie die Lösung der irischen Frage im engeren Bezirk der britischen Inseln: Ruhe im Zentralgebiet, Möglichkeit zur Kraftentfaltung nach der Peripherie hin. Was Chamberlain auf dem Kontinent erreichte, ergänzte Churchill durch die *Lösung des Grenzkonfliktes in Irland*. Ein Anfang Dezember zustandegekommener Kompromiß sieht die Beibehaltung der bisherigen irischen Grenzen vor, befreit aber die Irische Republik von der Verpflichtung, an der Tilgung des englischen Schuldendienstes weiterhin teilzunehmen. Man hofft bestimmt, daß damit die Aussöhnung zwischen dem Irischen Freistaat, Ulster und Großbritannien vollendet ist und England sich die volle Bewegungsfreiheit nach außen errungen hat.

Welches sind nun die großen weltpolitischen Ziele, die Großbritannien im Schutze von Locarno zu verfolgen strebt? Zum einen ohne Zweifel die Abwehr der *bolschewistischen Gefahr*, die in gleicher Weise die Wirtschafts- und sozialpolitische Struktur des Empire, wie auch die machtpolitische Stellung Englands in Asien bedroht. Zu einem aktiven Vorgehen gegen Sowjetrußland glaubt England die Stunde noch nicht gekommen; man hält sich vielmehr vorerst in der Defensive. Außerordentlich schwere Strafen haben die englischen Richter über die britischen Agitatoren des Kommunismus verhängt. Die Zugehörigkeit zu einer un-

gesetzlichen Partei und die Annahme finanzieller Unterstützung aus Moskau wurden für ausreichend erachtet, um die britischen Kommunistenführer für Jahre ins Gefängnis zu schicken. Wegen dieses Urteils hat die Labourparty ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht, und auch weite Kreise der Liberalen erklären diesen Prozeß für einen politischen Fehler. Die konservative Regierung jedoch wertet alles dies als bloße Gesten und brüstet sich damit, den Kommunisten im eigenen Lande mit aller Energie zu Leibe gerückt zu sein. Die Beschlüsse des englisch-russischen Gewerkschaftskomitees vom 10. Dezember 1925, die sich scharf gegen die Entschließung des Amsterdamer Generalrats wandten, werden die Stellung der englischen Regierung zweifellos stärken. Man hat es nun leicht, der britischen Menschheit zu zeigen, wie sehr sich der Bolschewismus bemüht, durch die Minierarbeit in den englischen Gewerkschaften die Festigkeit des britischen Imperiums zu untergraben. Auf eine solche Perspektive hin werden auch die Labourpolitiker und die Liberalen das Urteil gegen die englischen Kommunisten schließlich hinnehmen. Der Sinn für evolutionäre Entwicklung und Erhaltung des jetzigen Empires ist in England immer noch so stark entwickelt, daß auf die Dauer revolutionäre antiimperialistische Pläne keine Aussicht auf Erfolg haben. — Es gehört jedoch zum Wesen der britischen Politik, daß man der bolschewistischen Gefahr keineswegs lediglich mit Machtmitteln zu begegnen versucht. Nur zu klar erkennt man, daß sich bolschewistische Ideen hauptsächlich bloß in der Masse entwurzelter Menschen ausbreiten können. Infolgedessen ergänzt man die machtpolitische Abwehr der kommunistischen Gefahr durch eine weitschauende Bodenreform und Siedlungspolitik. Von der Agrarreform Lloyd Georges sprachen wir bereits im voraufgegangenen Bericht. Die hierdurch in der liberalen Partei heraufbeschworenen Schwierigkeiten sind inzwischen beigelegt worden, ohne eine prinzipielle Änderung des Planes von Lloyd George. Neuerdings ist nun auch Ramsay Mac Donald mit einem umfassenden Siedlungsprogramm an die Öffentlichkeit getreten. Klar und scharf verlangt er in seiner Rede: „Let us produce a great national scheme of land development to bring our land back to cultivation, to bring at least 50 % of our people on to the soil. I am not against emigration. I am not against helping to fill the weakened spaces of the dominions. But the emigrants must not be used by the capitalist employer in order to put down wages in the dominions. Made that secure, then let us raise the big issue of back to the land. Let us place our home development on exactly the same financial basis as we place overseas development.“ Wir empfehlen allen europäischen Staatsmännern, dem Beispiel von Lloyd George und Mac Donald zu folgen, denn tatsächlich dürfte es keine bessere Waffe gegen die Irrlehren des Bolschewismus geben, als eine geeignete Bodenreform und eine zielsichere Siedlungspolitik.

Das zweite große Problem, mit dem das England von heute ringt, betrifft die Festigung und Weiterentwicklung des Empire. Sowohl in völkischer als auch in wirtschaftlicher und politischer Beziehung tauchen Fragen von gigantischem Ausmaß auf. Mit Vorliebe bezeichnen die Engländer die buntscheckige Menschheit ihres Riesenreiches und ihre politische Zusammenfassung als „Commonwealth of Nations“. Was hierunter zu verstehen ist, ist niemals klar definiert und staatsrechtlich festgelegt worden. Jede Volkheit deutet diesen Begriff nach ihrer Weise, und namentlich die Auffassung der Inder erweist sich mehr und mehr bedeutungsvoll für das ganze britische Weltreich. Dr. Marc. R. Breyne, dessen demnächst erscheinendes Buch „Südafrika und wir“ mit großem Interesse erwartet wird, hat im letzten Heft der „Preußischen Jahrbücher“ unter anderm das Inderproblem in Afrika treffend beleuchtet. Die Inder gehen von der These aus, daß es ein Reichsbürgertum gibt und sämtliche

Gruppen des „Commonwealth of Nations“ die gleichen Rechte genießen. Auf Grund dieses vermeintlichen Rechtes haben sie sich überall in Ost- und Südafrika eingenistet und betrachten diese Länder unverhohlen als die Kolonialgebiete des übervölkerten Indien. In einer Riesenversammlung in Pietermaritzburg erklärte jüngst der Wortführer der Inder: „Hier ist unser Land, wir werden es nach unserer eigenen Art und Weise regieren“. Ein solche Entwicklung ist für die weiße Bevölkerung Afrikas deswegen so außerordentlich bedeutungsvoll, weil die Inder allenthalben die weiße Bevölkerung zurückdrängen und namentlich den Kleinhandel an sich reißen, indem sie jede Konkurrenz unterbieten und ausschließen. Zu alledem wächst die Zahl der Inder in Ost- und Südafrika ständig. Obwohl Südafrika seit 1914 trotz Indiens Widerspruch ungefähr 25 000 Inder nach ihrem Vaterlande zurückschickte, leben heute bloß in Südafrika rund 165 000 Inder, davon allein in Natal etwa 140 000. In Natal überwiegt unter den Nichtnegern das indische Element durchaus; an Besitz verzeichnen die Inder allein in Durban Werte in Höhe von 12 Mill. Pfund, und diese Zahl ist noch dauernd im Wachsen begriffen. Mit Recht hat Smuts hervorgehoben: „Die Union würde, weil die Europäer in Afrika die kleine Minderheit ausmachen, auch auf ökonomischem Gebiete einfach verschlungen werden, denn es ist eine Unmöglichkeit, dem Inder ein Recht zu gewähren, das dem Eingeborenen vorenthalten wird. Niemand denkt in Südafrika, daß der Inder im Vergleich zum Europäer minderwertig ist; man kann es aber dieser kleinen Gruppe, diesen Pionieren der europäischen Kultur in Süd- und Zentralafrika, nicht übelnehmen, daß sie mit Händen und Füßen die Kultur verteidigen, die sie dorthin brachten. Wir sind nicht da, um die indische Zivilisation zu fördern, sondern lediglich, um die abendländische Kultur hochzuhalten. Deswegen betrachten wir alles, was ihre Stellung bedroht, als eine sehr ernste Frage.“

Was hier über das Inderproblem in Südafrika gesagt wurde, ist natürlich nur ein kleiner Ausschnitt aus der allgemeinen völkischen Problematik des britischen Reiches. Die Rechte, die heute die Inder für sich fordern, können morgen andere Völkerschaften des Empire für sich in Anspruch nehmen. Schon verlangen z. B. die Neger in Südafrika das volle Wahlrecht. Wohin soll diese Entwicklung führen, wenn auch in andern Teilen der britischen Siedlungs- und Herrschaftskolonien ähnliches Begehren lebendig wird? England braucht in der Tat Ruhe, braucht den Frieden von Locarno so dringend wie das tägliche Brot, um die volkspolitischen Fragen innerhalb seines Empires einer gesunden Lösung entgegenzuführen und die Labourparty davon zu überzeugen, daß mit allzuweitgehender Toleranz gegenüber den Farbigen der Bestand des Weltreiches ernstlich erschüttert wird.

Nicht minder brennend ist die Frage des Wirtschaftsproblems. Daß die alte Weltwirtschaft von 1914 nicht ohne weiteres wiederherzustellen ist, weiß in England jeder verständige Mensch. Was soll aber geschehen, um das Heer der Arbeitslosen in England nicht noch weiterwachsen zu lassen und die Wirtschaftsverdienste Englands einigermaßen wieder auf die alte Höhe zu bringen? In der Bücherbesprechung des vorigen Heftes erwähnten wir nicht ohne Absicht die ausgezeichnete Schrift von Mac Dougall „Sheltered Markets“ (London 1925). Hier wird ein Weg gewiesen, der in England außerordentlich starke Beachtung gefunden hat: Konzentration aller Kräfte auf die inneren Märkte des britischen Reiches und Sicherung des englischen Handels auf diesen Märkten durch planmäßige Schutzzollpolitik. Diesen Gedanken eines Ausbaues des britischen Reiches zu einer leidlich selbstgenügsamen Wirtschafts- und Zollunion versucht augenscheinlich das britische Mutterland zu verwirklichen, ohne viel darüber zu reden. Die Mac Kenna-Zölle waren vielleicht schon ein erster Auftakt. Das englische Industrieschutzgesetz

durch welches die Regierung Baldwin für eine Reihe von Exportwaren zum Schutze der heimischen Industrie einen Wertzoll von 33¹/₃ % eingeführt hat, bedeutet ohne Zweifel einen weiteren Schritt in der oben skizzierten Richtung. Was macht es England aus, wenn infolgedessen der Abschluß eines deutsch-englischen Handelsvertrages eine Fülle von Streitfragen offen läßt? Was schert sich England darum, daß mit Deutschland die meisten zwischeneuropäischen Staaten in der erst noch in der Entwicklung begriffenen Industrieschutzgesetzgebung eine außerordentliche Erschwerung ihres Exportes nach England erblicken? Locarno in allen Ehren; aber wichtiger als dieses taktische Manöver bleibt dem Engländer das strategische Endziel: Begründung der panbritischen Wirtschafts- und Zollgemeinschaft. Zur Erreichung dieses Zieles ist Locarno eben gut genug, denn nur wenn man sich um den Kontinent nicht mehr viel zu kümmern braucht, kann man in Ruhe an die wirtschaftliche Ausgestaltung des Empire herangehen.

Auch in machtpolitischer Beziehung erkennt Großbritannien das Herannahen der Krisis, die es, wenn überhaupt, ohne völlige Ruhe in Europa nicht meistern kann. Daß der finanzielle Schwerpunkt der Welt von London nach New York gewandert ist, bedeutet schon eine arge Einbuße an Prestige. Noch schwerer empfindet es der Brite, daß sich das Zeitalter der absoluten Beherrschung der See durch Großbritannien augenscheinlich dem Ende zuneigt. Die Vereinigten Staaten bestehen auf maritimer Abrüstung, und die internationale Aussprache hierüber findet in der Union statt, nicht in England! Diese eine Tatsache allein beleuchtet grell die Einbuße an politischer Macht, die England durch den Weltkrieg erfahren hat. Mag auch die britische Flagge vorerst noch den Indischen Ozean beherrschen, hinsichtlich des Atlantik besteht faktisch bereits ein britisch-amerikanisches Kondominium, und die Verhältnisse im Großen Ozean liegen ähnlich ungünstig. England braucht alle seine Kräfte, um sich aus der ihm drohenden Schlinge zu ziehen. Es muß in der Weltpolitik freie Bahn haben und darf nicht gleichzeitig in Europa auf Schritt und Tritt durch Schwierigkeiten aller Art behindert werden. Daher und sicherlich nicht zum wenigsten aus diesem Grunde die Bejahung von Locarno.

England benutzt die Verständigung mit dem Kontinent, um sich von dem balkanisierten und ihm daher nicht mehr gefährlichen Zwischeneuropa zu lösen und alle Kräfte auf die Ausgestaltung und Festigung seines Empires zu verwenden. Wie sehr diese Umstellung der britischen Politik eine Gefahr für Zwischeneuropa bedeutet, braucht hier kaum dargelegt zu werden. Läuft die Entwicklung wirklich auf die Bildung einer mehr oder minder autarken abgeschlossenen panbritischen Wirtschaftsunion hinaus, so muß die europäische Wirtschaftskrise nicht nur weiter anhalten, sondern sich sogar ständig verschärfen. Man stelle sich nur einen Augenblick vor, was es bedeuten würde, wenn die panbritische Wirtschaftsunion die in ihrem Bereich erzeugten Rohstoffe in der Hauptsache für sich behalten würde und die panbritischen Märkte der europäischen Wirtschaft als Absatzgebiete mehr und mehr verschlossen werden sollten!

Diese dem zwischeneuropäischen Staatenchaos drohende Gefahr muß um so ernster bewertet werden, als von Osten her ein ganz ähnliches Unwetter aufzieht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß im Lande des Bolschewismus von dem ursprünglichen orthodoxen Kommunismus nur mehr kümmerliche Reste übrig geblieben sind. Wie einst zur Zeit des Zaren braut man auch jetzt wieder um der reichlichen Steuereinnahmen willen 40 %igen Wotka, man kann im Lande des Bolschewismus ohne jegliche Arbeit über Nacht zum Kapitalisten werden dank der von den Bolschewisten eingerichteten Staatslotterie, und die Wirtschaft wird unter starker Hinzu-

ziehung privater Unternehmer durchweg auf radikalkapitalistischer Grundlage organisiert. Werten wir schließlich noch die sog. Diktatur der Arbeiter und Bauern als das, was sie wirklich ist, nämlich die Minderheitsherrschaft einer kleinen Gruppe revolutionärer Intellektueller (des kommunistischen Ordens) „zum Besten“ der Arbeiter und Bauern, so konzentriert sich das Wesen des heutigen bolschewistischen Rußland eigentlich auf diese zwei Punkte: zielbewußter Ausbau einer starken Nationalwirtschaft und Außenhandelsmonopol. Beides ist nicht so sehr von sozialpolitischem Belang, für beides ist der proletarische Einschlag mehr akzessorisch als wesentlich; weltpolitisch und geopolitisch wichtiger erscheint uns, daß sich in Rußland eine Entwicklung anbahnt, die derjenigen im britischen Weltreich durchaus analog ist. Die „stürmische Aufwärtsentwicklung“ der sowjetrussischen Wirtschaft ist gewißlich keine Folge des sozialpolitischen Umsturzes, sondern geht umgekehrt vor allem auf das neuerliche Wiedergewährenlassen der Privatinitiative zurück. Aber sie stellt eine Tatsache dar, die nicht zu bestreiten ist, und zielt schließlich darauf ab, das riesige russische Reich zu einer leidlich autarken geschlossenen Wirtschaftseinheit auszugestalten. Der englischen Industrieschutzgesetzgebung entspricht das russische Außenhandelsmonopol. Wie sich Großbritannien bemüht, in der Zuckerversorgung, Baumwollversorgung usw. vom nichtbritischen Markte unabhängig zu werden, so bemüht sich Rußland, seinen Bedarf an Fertigwaren durch machtvolle Ausgestaltung seiner Industrie im eigenen Lande zu decken. Und hinter beiden im Grunde gleichzieligen Bestrebungen steht hüben wie drüben ein gleich fester Staatswille. Vorderhand befindet sich Rußland noch ganz im Anfang der Entwicklung, einstweilen noch muß es mit den kapitalistischen Staaten paktieren, um aus deren technischer und wirtschaftlicher Erfahrung Nutzen zu ziehen. Das Konzessionswesen blüht infolgedessen wie niemals; aber jede neue Konzession bedeutet im Grunde nicht ein Einlenken Sowjetrußlands in die Weltwirtschaft, sondern umgekehrt eine Abwendung davon und einen Schritt zu der heißersehnten wirtschaftlichen Verselbständigung. Beim Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages hat man von neuem erlebt, mit welcher unbezwinglichen Zähigkeit die Russen am Außenhandelsmonopol festhalten. Sie verteidigen damit nicht die proletarische Struktur ihres Staates, sondern ihre wirtschaftliche Machtposition, den Willen und die Möglichkeit, eine autarke panrussische Wirtschaftsunion zu schaffen. Nachdem nun der Vertrag von Locarno abgeschlossen worden ist, ertön im russischen Lager mit verdoppelter Kraft de Ruf nach wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit. Die von Senator Borah im amerikanischen Sena warm befürwortete Anerkennung der Sowjet-Union wird in Rußland nicht nur im Interesse de politischen Prestiges sehr begrüßt. Man verspricht sich von einer solchen event. Anerkennung, da amerikanisches Kapital und amerikanische Technik stärker als jetzt schon den Weg nach Rußland finden und dazu beitragen werden, di Autarkiebewegung der panrussischen Wirtschaftsunion zu verstärken und zu beschleunigen. Auch die internationale Eisenbahnkonferenz, die Anfang Dezember in Moskau zusammentrat, um einen durchgehenden Verkehr zwischen Westeuropa und Ostasien über Rußland vorzubereiten, wird im Lande der rote Fahne wiederum als ein Mittel angesehen, au dem Transitverkehr zu profitieren und mit Hilf des internationalen Verkehrs den Ausbau de russischen Verkehrsnetzes zu fördern.

Sollte tatsächlich die Entwicklung so laufe daß in Sowjetrußland anstelle der sozialpolitische Umgestaltung oder neben ihr der Gedanke ein imperialistischen wirtschaftspolitischen Ausbau die Oberhand gewinnt, so ist unschwer einzusehe daß die etwa sich bildende panrussische Wir schaftsunion für Zwischeneuropa nicht mind gefährlich werden muß als die panbritisch Je weiter der Industrialisierungsprozeß in Ru

and fortschreitet, je größer das Heer der den russischen Bedarf an Fertigwaren deckenden Fabrikarbeiter wird, desto mehr schwinden für Zwischeneuropa die Absatzgebiete in Rußland, desto stärkeres Gewicht erhält für den russischen Bauern der Innenmarkt. Glückt Rußland dieses Experiment, so wird am Ende Rußland nicht mehr im alten Umfange zur Ausfuhr seiner Agrarprodukte genötigt sein und n demselben Maße dank seinem Außenhandelsmonopol die Einfuhr europäischer Fertigwaren abdrosseln können. Wir betonen ausdrücklich noch einmal, daß dieser Prozeß sich einstweilen n den ersten Anfangsstadien befindet, aber es unterliegt keinem Zweifel, daß, für die Zukunft gedacht, Rußland nicht nur in sozialpolitischer, sondern erst recht in wirtschaftspolitischer Beziehung zu einer Gefahr für Zwischeneuropa werden kann. Je mehr es den Angelsachsen gelingt, Zwischeneuropa mit dem Geist von Locarno zu umnebeln und in irgend einer Form seinem Wirtschaftssystem gefügig zu machen, um so stärker und schneller wird n Rußland der Prozeß wirtschaftlicher Verselbständigung vorwärtsgehen.

Das dritte Teilgebiet unseres Erdteils gerät also ersichtlich in eine nicht ernst genug zu nehmende Zwickmühle. Im Westen kapselt sich Großbritannien im Verein mit allen seinen Dominions und Kolonien ab, im Osten tut Rußland das gleiche. Wie soll Zwischeneuropa dann in ferner Zukunft weiter existieren, wovon soll es sich ernähren, woher seine Rohstoffe beziehen, wohin seine Fertigwaren absetzen? Diese drei Fragen umschließen das Schicksal der zwischeneuropäischen Staatenwelt n wirtschaftlicher Beziehung. Leider erkennen die Staatsmänner Zwischeneuropas diese der Gesamtheit drohenden Gefahren noch keineswegs. Die einen träumen davon, daß trotzdem und alledem die alte Weltwirtschaft von 1914 wieder herzustellen sei, die andern verharren n einem sturen Egoismus und übersehen, daß kein einziger Staat Zwischeneuropas für sich allein in der Lage ist, der Gewalt der Mühlräder im Osten und Westen zu widerstehen. Von einem einheitlichen Staatswillen Zwischeneuropas, einem irgendwie gearteten Gemeinschaftsgefühl ist trotz Locarno nicht im entferntesten die Rede. Diese Tatsache zu belegen, hieße eine chaotische Fülle von Einzeldingen anführen. Wir greifen willkürlich einiges heraus. Spanien geht unter Primo de Rivera in trotziger Verbissenheit seine eigenen Wege; die bisherige Militärdiktatur ist zwar formell abgeschafft worden, das neue Kabinett aber entpuppt sich bei näherem Zusehen doch als die alte Firma mit neuem Firmenschild. Frankreich und Italien übersehen die Zwischeneuropa drohende Gefahr im stolzen Glanze ihrer blühenden Inflationswirtschaft. Der Kater kann nicht ausbleiben; er muß mit unbedingter Sicherheit eintreten, sobald man auch in diesen Ländern zu einer Stabilisierung der Währung übergeht. Dann werden auch hier die Werkstätten plötzlich zu groß erscheinen, Kreditnot und Arbeitslosigkeit werden sich als Folgen der Deflation einstellen. Die Tschechei setzt sich über die Zwischeneuropa drohende Gefahr mit einem Chauvinismus sondersgleichen hinweg; der krampfhafte Haß gegen das Deutschtum im eigenen Lande hat nun auch zur Auflösung der deutschen Turnvereine geführt. Wenn in diesem Punkte noch eine Überbietung möglich ist, so muß man sie in Südtirol suchen, wo der Geist von Locarno nach wie vor höchst sonderbare Blüten treibt. Das Verbot des deutschen Religionsunterrichtes in Südtirol und die sofortige Einführung der obligatorischen italienischen Schulsprache in allen Lehranstalten dieses deutschen Landes offenbart, wie nachhaltig Locarno den Faszismus beeinflußt hat. Da sind die „Wilden" im Baltikum doch bessere Menschen. Im lettischen Staat zum Beispiel hat man den Mut gehabt, nach endlosen, aber stets vergeblichen Versuchen einer Regierungsbildung nunmehr den Führer der deutschen Fraktion, Dr. Schiemann, den Vorsitzenden des

Minoritätenblockes, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Wenngleich sehr zu bezweifeln ist, ob die deutsche Fraktion unter den obwaltenden Umständen den Antrag annehmen wird, bleibt die Betrauung Dr. Schiemanns als Symptom in jedem Falle bemerkenswert. Ein häßliches Gegenstück hierzu bildet die Verranntheit des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet. Obwohl die Landtagswahlen ein eindeutiges Bekenntnis der Memelländer zum Deutschtum darstellen, wagt es der Gouverneur, an die Spitze des Landesdirektoriums ausgerechnet einen Großlitauer zu berufen. Da der Landtag diesem Präsidenten sofort sein Mißtrauen aussprach, ist hier ein Konflikt entstanden, für den allein die Kownoer Regierung verantwortlich zu machen ist. — Auf dem Balkan schlichtete der Völkerbund den griechisch-bulgarischen Streitfall, indem er Griechenland zu einer Entschädigungszahlung zwang. Man konnte hier rasch und energisch handeln, weil im Augenblick keiner der beiden Staaten als Puppe der Großmächte in Frage kam. Daß der Völkerbund auch anders kann, hat er damals im griechisch-türkischen Kriege bewiesen, wo Griechenland als Söldner Großbritanniens unmöglich bestraft werden konnte. Auch die soeben getroffene Entscheidung des Völkerbundes über das Schicksal des Mossulgebietes beweist doch nur, daß der liebe Gott trotz Völkerbund immer noch auf seiten der stärkeren Bataillone kämpft. Es ist ernstlich zu befürchten, daß sich die Türkei bei diesem Entscheid nicht beruhigt und damit der Brand im nahen Orient (Syrien) um einen neuen Herd vermehrt wird.

Wie sich ein solches auseinanderstrebendes Chaos auf die Dauer gegen die großen Machtgebilde im Westen und Osten halten soll, ist schlechterdings unbegreiflich. Nur ein Zusammenschluß aller zwischeneuropäischen Staaten zu einem Pufferstaat größten Stils würde allenfalls hinreichen, um die Selbständigkeit Zwischeneuropas zu behaupten. Indessen der Paneuropa-Gedanke marschiert nur sehr langsam, und es muß leider befürchtet werden, daß die zwischeneu[ropäische] europäische Menschheit zur Zeit für einen solchen Zweckverband im Sinne Alfred Webers (Europäische Revue, Dezemberheft 1925) nicht reif ist. Und doch bleibt kein anderer Ausweg, um dem Untergang des Abendlandes in diesem Sinne zu steuern. Wir brauchen den überstaatlichen Zusammenschluß der zwischeneu[ropäischen] europäischen Kultureinheiten im politischen wie im wirtschaftlichen Interesse Zwischeneuropas auf das dringendste. Nur wenn die zwischeneuropäischen Staaten die Binnengrenzen aufgeben und ihre Wirtschaft im wesentlichen auf den innereuropäischen Markt einstellen, besteht eine Möglichkeit, die sonst katastrophale Wirtschaftskrisis zu überwinden. Hand in Hand mit der Bildung dieses Zweckverbandes wird aber auch in Zwischeneuropa ein großzügiges Agrar- und Siedlungsprogramm durchgeführt werden müssen, um die Zahl der jetzt unproduktiven Arbeitslosen zu vermindern und aus ihnen Kleinbauern, d. h. Agrarproduzenten und leidlich kaufkräftige Abnehmer von Fertigwaren zu machen. Es hängt lediglich von der Entschlußkraft und dem Mut der zwischeneuropäischen Staatsmänner ab, ob dieser letzte Ausweg beschritten wird oder die allenthalben wachsende Arbeitslosigkeit schließlich zu einem Ende mit Schrecken führen soll.

In der Tat ist es allerhöchste Zeit, daß hier gehandelt wird, denn ganz abgesehen von der durch die Arbeitslosigkeit bedingten inneren Krisis drohen von außen her nicht nur England und Rußland, sondern auch — Amerika. Die Invasion des amerikanischen Großkapitals in Zwischeneuropa hat bereits überaus bedenkliche Formen angenommen. Der Fall von Giesches Erben ist ja schließlich nur einer von vielen der gleichen Art. Überantworten wir in dieser Weise auch weiterhin unsere Produktion dem amerikanischen Großkapital, so kann es uns passieren, daß die Arbeitslosigkeit nicht nur infolge des Mangels an Absatz wächst, sondern auch noch verstärkt wird durch St[...]

legung europäischer Werke, die nach der Meinung der amerikanischen Geldgeber nicht genügend Gewinn abwerfen bezw. ihre Monopolpolitik stören. Wie groß tatsächlich die amerikanische Gefahr für Zwischeneuropa geworden ist, zeigt unter anderem das Vorgehen des schwedisch-amerikanischen Zündholztrustes. Wir wissen, wie Mittelamerika durch den Bananentrust an die Union versklavt wurde. Richtung und Gegenstand der Trustbildung haben sich geändert, die Methode aber und das Ziel sind die gleichen geblieben. Wir verzeichnen in diesem Zusammenhang auch den erneuten Einfall der Amerikaner in die europäisch-afrikanische Rohstoffbasis. Die Firestone-Gesellschaft hat in Liberia eine Million Acres Land für Kautschukplantagen erworben und rechnet damit, daß nach Ablauf von etwa 6 Jahren Liberia alljährlich 250 000 t Kautschuk für Amerika liefern wird. Im Verein mit der verfehlten Kolonialpolitik Frankreichs in Afrika bedeutet dieser Übergriff der Vereinigten Staaten nach Liberia eine letzte große Gefahr für Zwischeneuropa. Gehen der zwischeneuropäischen Wirtschaft etwa auch noch die nord- und zentralafrikanischen Gebiete verloren, so verschlimmert sich die Lage Zwischeneuropas abermals um ein bedeutendes.

Es ist keine angenehme Aufgabe, als gewissenhafter Chronist die Berichterstattung im neuen Jahre mit derartig düsteren Perspektiven zu eröffnen. Indessen Schlagworte und unbegründete Hoffnungsseligkeit sind auf die Dauer Steine statt Brot. Wir müssen der Wahrheit nüchtern ins Auge schauen, denn es dreht sich um die Zukunft unseres Vaterlandes und der gesamten zwischeneuropäischen Staatenwelt. Locarno kann ein Wendepunkt der abendländischen Geschichte und Politik nur werden, wenn sich dadurch Zwischeneuropa auf sich selbst besinnt.

K. HAUSHOFER:
BERICHTERSTATTUNG AUS DEM INDO-PAZIFISCHEN RAUM

Zwei wichtige Lebensäußerungen des indopazifischen Gebietes, die größere Räume umfassen, und auf Jahre hinaus wirken werden, müssen in diesem Bericht voranstehen: die vorwiegend rassenpolitischen Ausgleichsergebnisse der panpazifischen Zusammenkunft von Honolulu, soweit sie nun langsam auch in ihren nicht offiziellen Wendungen bekannt werden, und das Manifest der Hochschullehrer der Pekinger Reichsuniversität an die Freunde des chinesischen Volkes, alle intellektuellen Kreise der Welt und die Arbeitenden in allen Landen.

Da wohl die meisten Leser der Z. f. G. wenigstens einer der letzten beiden Klassen angehören werden, und manche, wie wir hoffen, sich auch der ersten zugehörig fühlen, und da es leider sonst nicht üblich ist, daß sich in Friedenszeiten die geistigen Führer eines Volkes vorbeugend mit einem ernsten Appell gegen himmelschreiendes Unrecht an die Menschheit und ihr Gewissen wenden, lassen wir diesem, durch das chinesische Nachrichtenbüro herausgegebenen Rundtelegramm den Vortritt. Es stellt zuerst alle Vorwürfe und Beschwerden der Chinesen gegen die China vergewaltigenden Mächte zusammen und erklärt dann, auf die Zollverhandlungen abhebend:

„Die Mächte wollen Chinas Hände für die Zukunft binden, wie in der Vergangenheit, durch eine Anordnung des chinesischen Tarifsystems, das nur den profitgierigen Bedürfnissen

der imperialistischen Mächte paßt; sie wollen eine Tarifpolitik zur Ausbeutung Chinas durch die Hinderung seiner wirtschaftlichen Entwicklung."

„Die Verwirklichung dieser Absichten wird China in einen Abgrund von Verderben treiben. Die chinesische Nation aber wird vorher einen Kampf auf Tod und Leben dagegen wagen ... Wir sind fest überzeugt, daß kein Intellektueller, Arbeiter oder Bauer zögern wird, durch Wort und Tat das ausgebeutete und unterdrückte Volk von China in seinem schweren Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen . . . Nieder mit den ungleichen Verträgen (unequal treaties ist z. Zt. in China das Gegenstück zu unserm Wort „Schandverträge") . . . Nieder mit der Tarifräuberei und Sklaverei. Volle Zollhoheit für China! Nieder mit dem Imperialismus! „Lang lebe der Bund der ausgebeuteten Klassen im Westen mit den niedergetrampelten Völkern des Ostens." Downtrodden heißt es wörtlich! Das ist nun bald der gleiche Tonfall, wie wir aus den Rundfunksendungen „An Alle" aus Sowjet-Rußland kennen: „Ausgebeutete aller Länder vereinigt Euch!" Es ist die Phraseologie des seligen Sun Yat Sen und seiner Moskauer Freunde. Aber das Wesentliche daran ist, daß sie nicht nur in Kanton regiert und von allen Seiten im Norden und Nordwesten über die Grenze des 440 Millionenreiches züngelt, sondern bereits in dem eben gehörten Wortlaut von Peking aus spricht (sicher nicht ohne das Imprimatur von Marschall Feng Yu Hsiang), daß sich die Führer der chinesischen Intelligenz zu ihr bekennen, und daß das einzige starke Hindernis gegen ihre praktische Durchführung, Marschall Chang Tso Lin und seine Anfu-Partei, am Jahresende 1925 besiegt am Boden liegt.

Und gleichzeitig damit hat auch die japanische Politik einen schweren Schlag erlitten, die freilich nicht daran gewöhnt ist, solche Hiebe in Ostasien ohne Gegenschlag hinzunehmen, und Chang Tso Lin sehr stark stützen kann, wenn sie will. Wie barsch aber die Luft aus Moskau in die Mandschurei hineinweht, beweist die Abberufung Vigdor Kopps, eines der fähigsten Sowjetbotschafter, aus Japan, „weil er den japanischen Kommunisten zu wenig Förderung habe angedeihen lassen" — was die Sowjets doch bei Abschluß des russisch-japanischen Vertrages vor kurzem feierlich zu unterlassen gelobt hatten.

Man sieht daraus allerdings, wie viel schwerer es ist, mit den Sowjetbünden zusammen auswärtige Politik zu machen, als mit den imperialistischen Mächten der Erde, die aber in Ostasien augenblicklich wieder nur die Stütze der japanischen Macht haben. Die aber fordert ganz andere Gegenleistungen für Ziehen an einem Strang mit ihnen, als die in Westeurasien so viel billiger vorzuspannende deutsche Volkskraft. Über die ausgleichende Wirkung der panpazifischen Aussprachen von 1925 hat H. Duncan Hall, der Führer der australischen Gruppe bei dem Institut für pazifische Beziehungen in Honolulu, offenherzig berichtet.

Sein Milton entnommenes Leitwort klang nicht gerade beruhigend: „Des Krieges Werkstatt hatte nicht mehr Ambosse und Hämmer im Schwung . . . als dort Federn und Köpfe waren, sinnend, suchend, neue Ideen und Anschauungen hin und her bewegend, um sie, als Zeichen ihrer Huldigung und Ergebenheit, der nahenden Reformation darzubringen." So, wie John Milton von dem Wirbel neuer Gedanken in London in den Tagen der Commonwealth schrieb, hätte er von Honolulu schreiben können, wo 111 geistige Führer von Australien, Kanada, China, Japan, Korea, Neu-Seeland, den Philippinen und den Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Besprechung zusammentraten, auf deren Bedeutung wir schon (in Nr. 7) hingewiesen haben.

Dieses Institut für pazifische Beziehungen ist aus dem Gedanken heraus entstanden, daß alle diese Rassen und Weltanschauungen zum Zusammenwirken gebracht werden müßten „ehe

es zu spät sei", — „um an die möglichen Wurzeln internationaler Konflikte im Pazifik hinzugraben".

Die Berufung zu diesem übervölkischen Kreise erfolgt mehr aus persönlicher, als aus nationaler Berechtigung. Ein Drittel der Teilnehmer waren bekannte Hochschullehrer oder Hochschulrektoren; viele andere hervorragende Redner oder Schriftsteller, andere leitende Wirtschaftsführer oder wirtschaftliche Sachverständige. Also eine sehr freie Konferenz, die ursprünglich aus der Möglichkeit hervorging, die man schon vorher an der allerheikelsten Frage des Großen Ozeans erprobt hatte: an einem Brennpunkt, wie den Fragen der Rassenmischung zu Leibe zu gehen in Kalifornien, mit den Arbeiten der „American Pacific Coast Race Survey" mit einem Zusammenwirken verschiedenster Standpunkte. Die hauptsächlichsten Verhandlungsgegenstände waren: die Auseinandersetzungen über diese schwierigste Frage der Rassenpolitik, dann ihre wissenschaftliche Untersuchung und Entgiftung, die Herausschälung solcher Punkte, über die Einstimmigkeit zu erzielen war, vergleichende Studien über Einwanderungs-Gesetzgebung und den Wortlaut der wichtigsten Gesetze, Eigenart und Wirkung der Industrialisierung des Fernen Ostens, endlich Eigenart und mögliche Entwicklung internationaler Zusammenarbeit im Großen Ozean.

„Ohne jeden Versuch, Einfluß auf das Handeln der Regierungen zu gewinnen (?), werden diese außeramtlichen Zusammenkünfte sicher dieses Handeln erleichtern durch Bereitstellung tatsächlicher Unterlagen und Schaffung einer Atmosphäre wechselseitigen Verstehens."

Ein großer Teil der Schilderung von H. Duncan Hall galt denn auch der Überraschung der angelsächsischen über die Gewandtheit der chinesischen und japanischen Partner, unter denen James Yen, der Leiter der neuen Massenerziehungsbewegung in China, den Vogel abgeschossen zu haben scheint, als er die Vereinfachungsbestrebungen der chinesischen Bildung darlegte, z. B. eine fabelhafte Methode, Illiteraten in 96 Stunden chinesisches Schreiben beizubringen. Die Bewegung hat schon 13 Provinzen erfaßt und 40 000 freiwillige Lehrer ins Land hinausgeworfen. „Die Nation, die als erste ihren Mut in beide Hände nimmt, und — sei es unter augenblicklichen Opfern — das chinesische Volk durch Verzicht auf ungerechte Vorrechte gewinnt, wird sich eine Freundschaft erwerben, die schon vom rein materiellen Standpunkt eines der wertvollsten Dinge auf Erden ist . . ." Hier steht ein durch geopolitische Erkenntnis unterbautes Schlüsselwort für die Politik der Vereinigten Staaten in China! Ebenso machte „Geschicklichkeit, Selbstbeherrschung und die durchschimmernde Aufrichtigkeit der starken japanischen Gruppe" dem Führer der Australier einen tiefen Eindruck. „Der Westen blickt auf Japan als auf eine gefestigte, erfolgreiche Macht voll Selbstvertrauen. Japans eigenes Gefühl ist das tiefster Unsicherheit über sich selbst. Mit wenig Rohstoffen, mit nur dem fünfhundertsten Teile der Machtgrundlagen der Vereinigten Staaten, im Begriff, auf dem chinesischen Markt an Boden zu verlieren, wie auf dem indischen, inmitten einer wirtschaftlichen und finanziellen Krise braucht Japan alle Unterstützung, die westliche Mächte ihm geben können." Am meisten gesprochen wurde über die Einwanderungsfrage. Sie ist auch nirgends so wichtig, wie im Kraftfeld des Großen Ozeans. Zunächst scheinen das amerikanische Einwanderungsgesetz und das Genfer Protokoll die Hauptkosten der Unterhaltung bestritten zu haben. Aber auch die kanadische Einwanderungsgesetzgebung ist 1919 verändert, ein Chinesen-Einwanderungsgesetz 1923 angenommen worden. Neu-Seeland schuf 1920 neue Gesetze und der australische Bund 1920, 24 und 25.

Es zeigte sich, daß der Stolz der fernöstlichen Kulturvölker weit mehr an rüden Formen, als an der Tatsache der Einwanderungsbeschränkung Anstoß nahm.

„Japan fällt es nicht ein, für sein Volk das Recht freien Eintritts in das Land eines andern Volkes zu fordern. Wogegen wir uns wehren, ist die abfällige Wertung unserer Rasse. Solche abfällige Wertung ist höchst beleidigend für unsere Selbstachtung als Individuen wie als Nation."

Immerhin kam eine allgemeine Übereinstimmung zustande:

1. Über das Recht eines Staates, die Zusammensetzung seiner Bevölkerung in seiner Macht zu behalten.
2. Das Prinzip der Assimilierbarkeit: d. h. ein Staat sollte nicht gezwungen werden können, Einwanderer zuzulassen, die er für unverschmelzbar hält, vom wirtschaftlichen, Kultur- oder Machtstandpunkt. Einstimmigkeit wurde darüber erzielt, daß Assimilierbarkeits-Prüfungen nicht auf Rassenzugehörigkeit, sondern auf Wert oder Unwert des Einzelnen gegründet sein sollten. Charakteristisch war indessen, daß die australische Gruppe bei ihrer Rückkehr in den Fiji-Inseln von den Vertretern der Inder dort gebeten wurde, keine weitere indische Einwanderung zu gestatten, damit die Lebenshaltung nicht herabgedrückt werde. So schnell trat der Asiate dort auf den Standpunkt des beatus possidens!

Auch das Verhältnis der pazifischen Mächte zum Völkerbundsgedanken wurde eingehend besprochen, namentlich im Hinblick auf die beiden kommenden großen panpazifischen Konferenzen des Jahres 1927, und hier war es ein Hauptziel der amerikanischen Gruppe, klar zu machen, „daß Amerikas Eintritt in den Völkerbund als politische Bewegung tot sei. aber daß die Politik der Zurückhaltung eine atlantische, nicht eine pazifische sei. Durch die Proklamierung der Politik der Offenen Tür in China und die Washingtoner Verträge sei Amerika im Großen Ozean zu einer Politik internationaler Kooperation verpflichtet."

Man kam überein, daß der erste Schritt dazu der Aufbau eines sicher wirkenden Apparats zu friedlicher Scheidung internationaler Reibungen im Pazifik wäre. „Völkerbund und internationale Arbeiterorganisationen funktionierten nur in einem sehr beschränkten Grade in diesem Raum." Ihr Werk sei in hohem Grade verkrüppelt durch die Abwesenheit der Vereinigten Staaten.

Die meisten Amerikaner gaben zu, daß Amerika in seiner eigenen Seele viel zu sehr gespalten sei, um sich dem Völkerbund anzuschließen. Aber sie meinten, es würde nicht ungünstig auf eine weitere Ausdehnung des Grundsatzes internationaler Kooperation im Pazifik blicken, die etwa in Richtung auf einen Pazifik-Pakt für friedliche Beilegung internationaler Streitigkeiten abzielten. Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten 21 Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen und einen ganzen Ring von solchen um den Großen Ozean mit einer einzigen Lücke: Japan.

Den japanischen Delegierten wurde sehr deutlich gesagt, daß die Schuld an dem Nichtbestehen eines Schiedsvertrages an dieser wichtigen Stelle bei Japan läge. Der Grund ist sehr deutlich: Japan besitzt seit März 1923 keinen besseren Rechtsboden mehr für seine Gegenwart in der Südmandschurei, als die China abgepreßten 21 Forderungen; und wie dieser Rechtsgrund vor einem Schiedsgericht bestände, ist sehr ungewiß. So ist also völkerrechtlich die Mandschurei — darin erblich belastet — die einzige unvermittelte Gefahrstelle des weiten pazifischen Umzugs, soweit die Vereinigten Staaten in Frage kommen. Und gerade hier ist am Jahresende 1925 Gefahr im Verzug.

Es gibt aber auch noch andere wunde Stellen im Pazifik, worein die Vereinigten Staaten die Finger legen. „Funestes au prestige français" nennt J. Dorsenne in einem Brief aus Tahiti wenig freundlich den fünftägigen Besuch der drei stattlichen U. S.-Kreuzer des Admirals Coontz mit den drei Kongreßmitgliedern an

Bord im französischen Ozeanien, das sonst die Augen der Welt mit seinen nur mehr 88 000 Einwohnern auf 22 000 qkm wenig mehr auf sich lenkt. Papiti sei zur Zeit dieses Besuches eine amerikanische Stadt gewesen. Die Gäste hätten sich wie in einem eroberten Lande benommen, und die Eingeborenen hätten mehr Sinn für die „grandeur tapageuse" der Yankee gezeigt, als für die „Civilisation de chez nous". Die amerikanischen Flugzeuge überflogen die Inseln nach allen Richtungen. „Wir sind nach Tahiti gekommen, ein wenig zu sehen, was Ihr unter der französischen Flagge macht", sagte der Admiral bei seinen Landsleuten. Warum nimmt man daran Ärgernis? Eines Tages wird die Gruppe doch an eine pazifische Macht verkauft werden müssen, und dann zahlen die Vereinigten Staaten den besten Preis dafür. An den Aussprachen in Honolulu ist Frankreich nicht mehr beteiligt worden.

Die pazifische Flottenfahrt von 1925 gibt nicht nur Großbritannien und Japan Stoff zum Nachdenken auf weite Sicht; auch die kleinen ortsfremden Kolonialmächte werden sich ihrer später erinnern.

Das chinesische Schachbrett zeigt einige dauerndere Positionen neben den hier schon erklärten der provinzialen Heerführer; es ist von Wert, sich klar zu machen, daß die am meisten bolschewistenfreundliche Gruppe der linken Kuo Ming Tang ganz Kwangtung, einschließlich Swatau im Besitz hat, jeden Augenblick in Fukien einrücken kann, und daß außerdem starke russische Einflüsse sich in der I. Nationalarmee in Kalgan und in der II. in Loyang (in Honan) geltend machen. Wenn der North China Herald (14. 11. 25) die Mongolei eine so russische Provinz nennt, wie Wales ein Teil von Großbritannien sei, verbietet uns schon die Höflichkeit zu widersprechen. Wir glauben das auch. Und auch bei der Ostchinesischen Bahn könnte sich der schon einmal erfolgreiche Russifizierungs-Vorgang wiederholen. Auch die Sowjetpropaganda in Szechuan mit seinen mindestens 50 Millionen Menschen höchsten Rassengemisches auf einem Raum von Deutschlands Größe, aber mit ganz ungleichen Volksdichten, ist ernst zu nehmen und beweist, daß man in Moskau die schwachen Stellen kennt, nun aber zunächst der Selbstzerstörung zwischen Peking und Mukden freie Hand läßt. Durch die Meuterei in der Mukden-Armee ist die letzte in guter Ordnung erhaltene chinesische Provinzialgruppe, die aufblühende Mandschurei mit ihren 28 Millionen Einwohnern, nun auch in den Wirbel gezogen, und die japanische Interessengruppe dort an eine Wand gedrängt, für die sie vielleicht zu fechten gezwungen sein wird, so geschickt die mir persönlich bekannten führenden Männer dieser Macht in der Mandschurei ihr Bestes tun werden, um Gewaltanwendung ohne Not zu vermeiden.

Still und unheimlich legt sich eine Cholera-epidemie und Hungersnot in Hunan zwischen den Kampfplatz im Süden und Norden. Sie mahnt die streitenden Parteien an die politischen Kompetenzen der Klimatologie, an die Tatsache, daß es einen Grad der Verwirrung öffentlicher Angelegenheiten in den Monsunländern gibt, wo die Natur — in menschenüberfüllten Landschaften ein Mindestmaß von pfleglicher Behandlung fordernd — sich Beachtung erzwingt und die menschliche Torheit zurechtweist.

So sind wir in diesem Jahr in Ostasien neben der Bevölkerungsminderung durch menschliche Ursachen auch auf Naturkatastrophen wie große Dammbrüche, Überschwemmungen und Seuchenausbrüche gefaßt, und brauchen nicht überrascht zu sein, wenn sie gleichläufig mit den politischen eintreten, wie die Dammbrüche des Hwang Ho am 13. 8. und 20.—28. 9. 1925, die schlimmsten seit 1887, die 2 Millionen Menschen, über 2000 Städte und mehr als 3000 qkm Landes in Mitleidenschaft zogen, — an der Stelle, wo auch die staatliche Ordnung 1925 zuerst auseinanderbrach — in Bestätigung viertausendjähriger geopolitischer Erfahrung.

O. MAULL:
BERICHTERSTATTUNG AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Gelegentlich ist es viel wichtiger, einzelne politische Äußerungen zu kommentieren und die Motive im Untergrunde, die zu ihnen geführt haben, zu erfassen, als eine Registrierung der Verschiebungen in den oft genügend klar erkennbaren Machtverhältnissen vorzunehmen. Denn gleichgültig, ob solchen Symptomen in naher Zukunft eine Bedeutung in der realen Welt zukommt oder nicht, so künden sie doch das eigentliche Wollen im Leben der Staaten an, das oft genug durch die Wesen und die Formen der sichtbaren Politik als der Kunst des Möglichen recht verschleiert wird.

Jener noch immer nicht ausgetragene **Streit um Tacna und Arica**, um jenes „südamerikanische Elsaß-Lothringen", wie man es nicht zu Unrecht bezeichnet, hat, etwas wider Erwarten, immer weitere Kreise gezogen. Wir haben uns im Aprilheft des letzten Jahrgangs schon ziemlich eingehend mit dieser Frage beschäftigt und schließen uns hier an die dort gegebene Darstellung und versuchte Kritik an. Der schiedsrichterliche Entscheid des Präsidenten Coolidge und des Staatssekretärs Hughes vom 4. März 1925 lautete bekanntlich dahin, daß die im Artikel 3 des Vertrags von Ancon, der seinerzeit (1883) den pazifischen Krieg beendet hatte, enthaltenen Bestimmungen noch volle Gültigkeit besäßen und infolgedessen die Volksabstimmung über das Schicksal des strittigen Gebiets zu entscheiden habe. Inzwischen sind auch längst die einzelnen Ausführungsbestimmungen näher bekannt geworden, die in verblüffender Weise die ganze, nur in Südamerika noch schwerer durchführbare Kompliziertheit europäischer Volksabstimmungen verraten. Stimmberechtigt sind alle mindestens 21 Jahre alten, im Gebiete geborenen Männer, soweit sie lesen und schreiben können. Diese Beschränkung, die aus dem Analphabetentum entsteht, ist aber für diejenigen hinfällig, die Landeigentümer in den strittigen Regionen sind. Außerdem dürfen mitabstimmen alle diejenigen, die am 20. Juli 1922, dem Tage des Washingtoner Abkommens, in dem Chile und Peru ihren Streitfall dem schiedsrichterlichen Spruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten unterwerfen wollten, schon zwei Jahre im Lande wohnten und seitdem bis zum Tage der Abstimmung ihren Wohnsitz nicht aufgegeben haben. Um den Einfluß der künstlichen Chilenisierung wieder aufzuheben, sind aber anderweitig Regierungs- und Verwaltungsbeamte, Angehörige von Heer und Marine, Polizei und Gendarmerie von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen. Es kann nicht verkannt werden, daß dieser Grundsatz Peru begünstigt, weil er einen ganz wesentlichen Teil der chilenischen Bevölkerung von der Abstimmung ausschließt. In demselben Sinne leistet das Abstimmungsregulativ dem peruanischen Erfolge Vorschub; denn es setzt fest, daß im Abstimmungsgebiet geborene Militärpersonen und Zivilbeamte in ihrem Geburtsorte mitstimmen dürfen. Diese an sich einigermaßen selbstverständliche, das Heimatsgefühl der Bevölkerung berücksichtigende Bestimmung scheint formell den beiden streitenden Staaten gerecht zu werden; in Wirklichkeit bedeutet sie jedoch nichts anderes als eine Gunst für Peru, da vor allem den ausgewiesenen Peruanern ermöglicht wird, das Schicksal des Abstimmungsgebiets mitentscheiden zu helfen. Die Zulassung der Fremden zur Abstimmung, soweit sie die Bedingungen wie die nicht in Tacna und Arica Geborenen erfüllen und sich zur Nationali

ierung nach der Abstimmung verpflichten, ist nehr neutraler Natur. Schon hat der schieds-richterliche Spruch über die Zukunft des Bezirks von Tarata entschieden, indem er betont, daß kein Teil der ehemaligen peruanischen Provinz Tarata im Vertrage von Ancon in das Chile überlassene Gebiet einbezogen worden sei. Chile hatte dagegen, auf einer geographisch unge-nauen und im Grunde unhaltbaren Angabe fußend, seine Grenze an den Rio Sama und an den Rio Chaspaya vorgeschoben, sie jedoch später wieder an den Rio Tala und Rio Tica-aco um ein wenig zurückgezogen. Es ist höchst bezeichnend, daß auch heute noch der Schiedsrichter auf die unzureichenden geogra-phischen Grundlagen hinweisen mußte, die ihm bei der Fällung seines Spruches vorlagen. Diese chilenische Nordgrenze ist ein modernes Bei-spiel, wie eine Grenzlinie im Laufe der letzten Jahrzehnte innerhalb eines Grenzsaums hin und her pendelte und wie tatsächlich die beiden Staaten hier von einem Saum begrenzt wurden. Der Spruch entscheidet für dieses nordöstliche Grenzgebiet gegen Chile, das danach in dem Departamento Tarata ein Gebiet von 6032 qkm und 4500 Einwohnern verlöre. Die Abstim-mung soll durch eine dreigliedrige Kommission überwacht werden, zu der Peru, Chile und der Präsident der Vereinigten Staaten je einen Ver-treter ernennen; der letztere soll den Vorsitz führen. General Pershing ist dazu bestimmt worden, dieses Amt auszuüben.

Diese Darstellung und Kritik des Abstim-mungsregulativs zeigt recht deutlich, daß Chile mit diesen Festsetzungen nicht restlos zufrieden sein kann; und wenn man die Einwände und Beschwerden gegenüber diesem Schiedsspruch richtig deutet, so heißt das ja unzweifelhaft, daß Chile auf Grund genauester sachlicher Be-urteilung bei einer Abstimmung nach dem analysierten Regulativ einen Entscheid gegen sich fürchtet. Von da aus dürfte aber der Rückschluß auf eine tatsächliche Begünstigung Perus bestimmt nicht verfehlt sein, die die lange friedliche Chilenisierung des Gebiets aufheben will. Freilich, völlig klar ist Chiles Stellung-nahme nicht zu erkennen. Die Nachrichten überkreuzen sich. Die eine meldet, Chile habe seine Stellungnahme gegenüber dem Schieds-spruch in einer Denkschrift niedergelegt und diese in allen Ländern, wo es diplomatische Vertreter hat, überreichen lassen. Das Gleiche sei auch gegenüber dem Völkerbundssekretariat in Genf geschehen. Die andere dementiert da-gegen offiziell, daß eine Trübung der Beziehun-gen zwischen Chile und der Union eingetreten sei. Chile dränge lediglich auf einen baldigen Volksentscheid. Der Schritt Chiles beim Völker-bund sei nichts anderes als eine informatorische Unterredung des chilenischen Gesandten in der Schweiz mit dem Generalsekretär des Völker-bunds gewesen. Wenn gleichwohl auch nach einer weiteren Meldung eine Entspannung in der Frage der Volksabstimmung in Tacna und Arica eingetreten sein soll, da General Pershing den baldigen Zusammentritt einer Kommission in Aussicht gestellt hat, die aufs neue über die Wahlbestimmungen und den Plebiszittermin auf Chiles Antrag hin beraten soll, so hat dagegen Chiles Schritt eine Diskussion von prinzipiellster Bedeutung entfacht.

Verschiedentlich ist in der Presse der Vereinigten Staaten von Amerika diese Maß-nahme Chiles als ein direktes Anrufen des Völkerbundes aufgefaßt und verurteilt wor-den. Mit aller Schärfe wird gegen sie geltend gemacht, daß der Völkerbund sich nicht mit der Schlichtung des Streits um Tacna und Arica beschäftigen dürfe, weil einmal Peru und Chile den Präsidenten der Vereinigten Staaten um den Schiedsspruch gebeten haben und weil der Völkerbund sich nur unter Verletzung der Monroedoktrin in eine südamerikanische Angelegenheit einmischen könne. Dieser letzte prinzipielle Einwand zeigt recht deutlich, wie lebendig die Vorstellung von einer gewissen politischen Einheit der amerikanischen Staaten-welt ist, und wie sich Gesamt-Amerika als

Gegenspieler gegenüber der ganzen übrigen Welt fühlt.

Bei fast jeder Gelegenheit, so z. B. auch bei der letzten Tagung der Interparlamentarischen Union (im Oktober in Washington und Ottawa) ist ein bewußtes, aber ebenso klug abgeglichenes Ringen um eine Festigung dieser Einheit, ein Ringen um eine immer größere Geltung der Panamerikanischen Union zu beobachten. Dabei bleiben sich die Vertreter der Vereinsstaaten ihrer politischen und wirtschaftlichen Führung gegenüber dem übrigen Amerika wohl bewußt; um so taktvoller, von letzter politischer Klugheit getragen ist aber ihre Einstellung gegenüber dem hohen und auch äußerst empfindlichen politischen Selbstbewußtsein der Lateinamerikaner.

Gemäß der Skizze, die wir in einem der früheren Hefte von dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Europa entworfen haben, hat der Abschluß der Verhandlungen in Locarno im allgemeinen eine volle Befriedigung in der Union ausgelöst. Denn nur die endgültige Befriedung Europas kann das Ziel der Vereinsstaaten sein. Gibt ja doch eine solche Befriedung den Vereinigten Staaten genau so wie England die Hände frei zur Erledigung der brennenderen Fragen in der Weltpolitik, und schafft sie die Möglichkeit zu Zukunftsarbeiten, anstatt sich in europäischen Wiederaufbauproblemen zu erschöpfen; und sie nimmt damit zugleich Amerika einen Teil der Sorge um die Kreditfähigkeit seiner Gläubiger. Ob freilich alle an Locarno geknüpften Erwartungen gewisser amerikanischer Kreise in Erfüllung gehen werden, ob für die von Coolidge begrüßte große internationale Entwaffnungskonferenz, von der der Präsident auch in seiner Jahresbotschaft wieder gesprochen hat, mit einem vollen Erfolge zu rechnen wäre, muß sehr dahingestellt bleiben. Dafür scheinen in Europa allgemein die politischen Spannungen noch zu groß zu sein, als daß sie anders als auf dem Wege langsamer Lösung aus der Welt zu schaffen wären. Nur der Gedanke an di Möglichkeit der Einberufung einer Entwaffnungskonferenz hat in Frankreich den heftigsten Widerspruch ausgelöst. Es ist auch nich zu verkennen, daß das Problem der Entwaffnung ganz anderer Art in Europa als i Amerika ist; werden dort in erster Linie di Landrüstungen davon betroffen, so dreht e sich in Amerika um die Seerüstungen im Verhältnis zu denen Englands und Japans. Auc das hat Coolidge bei gleicher Gelegenheit betont, und er scheint sich heute mehr nur au den Wunsch zu beschränken, daß die Land mächte abrüsten möchten.

Auch scheinen die Vereinigten Staaten leich geneigt zu sein, in der Rüstungsfrage mi zweierlei Maß zu messen. Denn laut Meldunge amerikanischer Zeitungen geht dem Kongreß i der nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz zu, da eine automatische Mobilisierung des weitau größten Teiles der männlichen Bevölkerung i Kriegsfalle vorsehen soll, alle Männer zwische 18 und 48 Jahren auffordern soll, sich in Liste einzutragen, die zwischen 18 und 30 Jahren sich mustern zu lassen. Amerika kann freilic jederzeit darauf hinweisen, wie es auch Präsident Coolidge in seiner Jahresbotschaft gerad jüngst getan hat, daß die Stärke des stehende Heeres nur rund 118 000 Mann beträgt.

Hinsichtlich der Behandlung des Auslands grundbesitz in Mexiko ist immer noch kein die Vereinigten Staaten befriedigende Lösun gefunden worden. Erst neuerdings hat wied die Union darauf hingewiesen, daß ihren Staatsangehörigen, die Grundbesitz in Mexiko habe oder Kapitalien in industriellen Unternehmunge investiert haben, durch die neuen mexikanische Gesetze und Gesetzentwürfe schwerer Schade zugefügt wird.

Immer deutlicher zeigt sich, wie Südamerik wirtschaftlich in die Einflußsphäre Europas zurückrückt trotz der starken Bindungen an de amerikanischen Norden und trotz der in keinen Augenblick zu unterschätzenden Eigenentwicl

lung. So schneiden sich im Augenblick zwei Weltwirtschaftssphären in einem Gebiet, das sich zudem selbst in regster Entwicklung befindet. Für eine Verstärkung des europäischen Einflusses ist einmal Brasilien Beispiel. Seit geraumer Zeit besteht die Aussicht, daß englisches Kapital dem Lande in umfangreichem Maße zufließen werde, und diese Wendung in der Finanzlage des geldbedürftigen Riesenlandes hat ohne Zweifel die wesentliche Besserung des Milreiskurses zur Folge gehabt. Vom englischen Standpunkte aus ist in dieser engeren Bindung Englands mit Brasilien ein nicht unwesentliches Verdrängen der Union vom brasilianischen Anleihemarkt und zugleich die Verhinderung, daß an Nordamerika immer neue Konzessionen verteilt werden, zu sehen. Es ist höchst bezeichnend, daß England Einfluß wünscht auf die Zentralbahn, die durch wirtschaftswichtigste Gebiete führt, und auf andere Verkehrseinrichtungen. In dem gleichen Sinne kann auf eine neuerliche Beteiligung Englands an Zinnbergwerken Boliviens hingewiesen werden.

Eine neue Militärrevolte in Chile, die sich vornehmlich gegen den Kriegsminister wendete, ist im Oktober rasch unterdrückt worden, zeigt aber, daß das Land immer noch nicht seine völlige Ruhe wiedererlangt hat.

O. MAULL: LITERATURBERICHT AUS DER AMERIKANISCHEN WELT

Bonn, M. J.: Amerika und sein Problem. 176 S. München (Meyer & Jessen) 1925. Geh. 3 M.

Aus den zahlreichen Analysen, die sich in jüngerer Zeit um das Objekt Amerika bemüht haben, hebt sich der Bonnsche Versuch durch eine besonders klare Formulierung des Hauptproblems heraus. Dabei muß naturgemäß vieles wiederholt werden, was längst bekannt und fast in jedem Buche über Amerika zu finden ist, z. B. die Bedeutung des Puritanismus und des Grenzertums für die Entwicklung des Nordamerikaners, die Stellung und der Einfluß der Frau im amerikanischen Leben und anderes mehr Doch all das ordnet sich, frei von der Absicht, über diese Einzelzüge des amerikanischen Lebens und deren Motive belehren zu wollen, organisch der großen Zielsetzung unter. Dieses Hauptproblem — denn es gibt neben dem einen Problem noch viele, z. T. nicht minder wichtige und ernste — ist ein geopolitisches: die Landnahme ist im ganzen abgeschlossen, der gegen Westen flutende Strom hat sich dort gestaut, an die Stelle dauernder Bewegung eines ungeheuren Flusses von Menschen, die die Regel des Lebens aus dem östlichen Amerika mitbrachten, ist die Ruhe eines Sees getreten, der sich den Formen seiner Umgebung anpaßt; die geographische Provinz beginnt in Amerika zu wirken. Aus dieser Tatsache ergibt sich das Problem: wird trotz aller physischgeographischen Unterschiede und trotz der verschiedensten nationalen Herkunft der Menschen die Bildung einer einheitlichen amerikanischen Nation gelingen, nicht so sehr durch Rassenmischung als durch soziale Angleichung? Oder wird dann, wenn der Strom vollkommen zum Stillstand gekommen ist, die ganze, wenn auch großzügige Vielgestaltigkeit des nordamerikanischen Kontinents auftauchen, und werden sich damit Wesenszüge Europas wiederholen?

Bonn geht gleichsam induktiv an die Beantwortung der Frage, indem er in einer ausgezeichneten Sonderdarstellung das Sonderdasein der kanadischen Franzosen behandelt und zeigt, wie dieses Franzosentum weder durch Ver-

schmelzung noch durch Angleichung in der kanadischen Nationalität aufgegangen ist, und wie gerade durch diesen Widerstand eine eigene kanadische Nationalität gesichert wird, die gleichsam zweifarbig ist, englisch und französisch. Nicht so bündig zum Schlusse gelangt Bonn bei der Betrachtung des übrigen Nordamerika, die unter ein paar großen Gesichtspunkten durchgeführt wird, die zum Teil die einzelnen Etappen der Amerikabildung kennzeichnen. Allein da liegt ja eben das Problem. Wie Bonn seine Lösung auffaßt, zeigt das letzte Kapitel „Europäisierung" im Gegensatz zu dem fünften, „Amerikanisierung". Europäisierung heißt für Amerika: der Sturm und Drang der Jugend ist vorbei, es beginnt die Reife, und leichte Zeichen des Alterns treten auf. Die erzwungene Schablone zerbricht. Form und Inhalt suchen nach einem Ausgleich. Mit Bonns Worten: „Amerikas Vielgestaltigkeit beginnt".

Scheffauer, Herman George: Das geistige Amerika von heute. 185 S. Berlin. Sammlung: Wege zum Wissen. Ullstein, 1925.

Dieses kleine Büchlein ist eine neue starke Erscheinung Scheffauers, der unerbittlich den Schleier vom geistigen Wesen des „Landes Gottes" wegzerrt, den die Monotonie der puritanischen Regel darüber gebreitet hat. Zwei Gesichter zeigt dieses konventionelle Amerika: das eine hat den Blick gläubig nach oben gewendet; es ist die Gebärde des Missionars und des Heil und Frieden bringenden Weltapostels, der von seinem eigenen Volke durch strenge Regeln gebundene Abgeklärtheit verlangt. Aus dem anderen spricht ein brutales Machtbewußtsein, das sich darüber klar ist, daß es „eine Hypothek auf das Leben der Geborenen wie der Ungeborenen tatsächlich in jedem Staate Europas mit Ausnahme von Rußland" hat, und das die Menschenmassen der Union zwingt, ihm zu Willen zu sein. Geistvoll und auf Grund reicher Kenntnisse läßt der Verfasser, von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, die geistigen Erscheinungen des Lebens — Kultur im allgemeinen, die Bedeutung der Frau im amerikanischen Leben, Amerikanisierung, Volksschulen und Volksbildung, Kunst — Revue passieren. Doch nichts erschüttert mehr als die Aufdeckung der Abhängigkeitsverhältnisse, in die sich die Universitäten von den kapitalistischen Machthabern begeben haben, — dabei folgt der Autor Upton Sinclairs „the Goose-Step", — und die kurze Darlegung der philosophischen Weltanschauung des Amerikaners, des Pragmatismus, einer Nützlichkeitslehre, die ganz auf die Bedürfnisse der amerikanischen Pluto-Demokratie zugeschnitten ist. Wie befreiend wirken die Zeichen der jüngsten Zeit, die Bewegungen, die die starren Regeln zu sprengen und die Zwingburgen der herrschenden Gewalten zu unterhöhlen versuchen. Allein diese neuen Kräfte sind nicht in Amerika geboren. Europa ist auch ihr Schöpfer. So regt das Büchlein Scheffauers zum Nachdenken über das Problem des geistigen Amerikas und damit über sein Weltschicksal an.

Landenberger, Emil: Wanderjahre in Mexiko. Mit 86 Abbildungen und 1 Karte. 298 S. Leipzig, F. A. Brockhaus. 1925.

Ein reich ausgestattetes neues Buch über Mexiko! Das ist wohl der hervorstechendste, einheitlichste und lobenswerteste Grundzug dieser Publikation. Denn der Darstellung selbst fehlt in recht hohem Grade die Einheit der Konzeption, und nur wer an einem leichten Geplauder über fremde Länder Gefallen hat, an Gelegenheitsschilderungen, zufälligen Meinungen, und keinen zu kritischen Maßstab an die Allgemeinbedeutung des Gesagten legt und sie ebenfalls nur als Zufallswerte nimmt, der wird volle Freude an dem Buch haben, das wohl flüssig, aber in einem völlig anspruchslosen Stil geschrieben ist. So wirft die Schilderung von zahlreichen Wandererlebnissen Streiflichter auf das Land und sein Leben; mehr bietet es aber nicht.

Krieg, Hans: Urwald und Kamp. Mit 6 Tafeln und 58 Abbildungen nach Zeichnungen des Verfassers. 173 S. Stuttgart, Strecker und Schröder, 1925. Geb. 6,50 M.

Die nicht gerade kurze Reihe der Bücher über Argentinien und Chile ist um eines vermehrt worden, an dem man nicht vorübergehen darf. Es sind ganz köstliche, feinsinnige Skizzen, die vom Stift eines Meisters hingeworfen sind, die Zeichnungen, die den Zoologen verraten, ebenso wie die Schilderungen von Landschaft und Leben. Einfache Sätze, wenige Worte! Das ist das äußere Kennzeichen des Stils. Aber mit einer unbändigen Frische ist alles geschrieben, angepaßt dem Leben auf dem Kamp und im Wald. So entsteht alles lebenswahr, und alles wird beherrscht von einer seltenen Einfühlung in diese Landschaften Mittelargentiniens, des Chacos, der Sierra von Cordoba, der Kordillere um den See Nahuel Huapi und des nördlichen Südchiles.

Hintermann, Heinrich. Unter Indianern und Riesenschlangen. Mit 95 Abbildungen. 330 S. Zürich und Leipzig, Grethlein & Co., 1926. Geb. 16 M.

Es ist das vornehm ausgestattete Reisewerk einer Forschungsfahrt, die den Verfasser als wissenschaftlichen Begleiter einer brasilianischen Militärmission vom oberen Paraguay bis tief in die Wildnisse der Quellflüsse des Xingu führte. Das Dorf der „zahmen" Bakairi, Simon Lopez, galt der Expedition, die dahin von Cuyaba aus über das wasserscheidende Gebiet zwischen Paraguay- und Amazonassystem reiste, als vorgeschobene Etappe; die Flußfahrt auf dem Ronuro abwärts, auf dem Kulisevu aufwärts machte die eigentliche Kernstrecke der Unternehmung aus. Am Kulisevu wurden acht Indianerstämme, die Sujá, Kamayura, Ualapiti, Auiti, Uaura, Minaco, Janaugua (Trumai) besucht, die dort noch in völliger Wildheit und Nacktheit leben. Schlicht und klar ist die Sprache dieses zum Teil tagebuchartig gehaltenen Reiseberichts, der mit Recht für einen größeren Leserkreis bestimmt ist und die wissenschaftlichen Ergebnisse, die auf völkerkundlichem Gebiet liegen, nur streift. Doch packend erstehen dabei vor dem geistigen Auge des Lesers die inneren Grenzen Zentralbrasiliens. Cuyabá ist noch eine vorgeschobene Oase Kulturbrasiliens. Doch dicht dahinter beginnt der wilde Westen, der zwar von einzelnen Fazenden besiedelt ist, aber doch dem Nachtrab der Expedition auf der Rückreise fast verhängnisvoll zu werden vermochte. Simon Lopez ist eine künstliche Schöpfung, eine typische Kulturgrenzerscheinung, unmittelbar am Rande der noch von der zivilisatorischen Kultur unberührten Gebiete. Und scharf heben sich von alldem die Streiflichter ab, die, gelegentlich der Hinreise nach dem Westen Brasiliens, auf die küstennahen Kulturlandschaften des Landes fallen. Inhalt und Ausstattung dieses Buches verlangen ein volles Lob.

Stefansson, Vilhjalmar: Das Geheimnis der Eskimos. Vier Jahre im nördlichsten Kanada. Mit 85 Abbildungen und zwei Karten. XIV u. 273 S. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1925.

In dankenswerter Weise hat der Verlag Brockhaus auf die „Jäger des hohen Nordens" und die „Länder der Zukunft" dieses neue Buch Stefanssons folgen lassen. Stefansson entwirft mit der Schilderung der zweiten Reise (1908 bis 1912) nach den arktischen Rändern Kanadas und Alaskas ein abgeschlosseneres Bild von den Lebensmöglichkeiten in diesen Breiten und von den Lebensbedingungen der Eskimos. Das Buch wird damit zu einem wichtigen neuen Beleg von der Anpassungsmöglichkeit des Weißen und Kulturmenschen an die Gewohnheiten der Naturvölker, zu einem neuen Beweis für Stefanssons Behauptung des „Lebens vom Lande". Schlicht ist die Darstellung. Der Wert des Buches beruht in den mitgeteilten Tatsachen.

Cabeça de Vaca, Alvar Nuñez: Schiffbrüche. Die Unglücksfahrt der Narvaez-

Expedition nach der Südküste Nordamerikas in den Jahren 1528—1536. Übersetzt und eingeleitet von Franz Termer. Sammlung Klassiker der Erd- und Völkerkunde, herausgegeben von Walter Krickeberg. Mit 21 Abbildungen und 2 Karten. VIII und 145 S. Stuttgart, Strecker & Schröder, 1925.

Einer der bedeutendsten älteren Reiseberichte aus der Zeit der kleinen Entdecker ist die Schilderung der Unglücksfahrt des Pamphilo de Narvaez durch einen der Expeditionsteilnehmer, Cabeça de Vaca. Trotzdem der Bericht von allen denjenigen gebraucht wurde, die über das Leben und Treiben der Eingeborenen jener Zeit in den nördlichen Randgebieten des um den Golf von Mexiko Aufschluß suchten, lag bisher keine deutsche Übersetzung des spanischen Originals vor. Franz Termer gebührt ein voller Dank, das wichtige Buch nun leichter zugänglich gemacht zu haben. Die Bildtafeln, die die Anschaulichkeit des Textes wesentlich erhöhen, sind in geschickter Weise späteren Reisewerken entnommen.

Drei weitere Neuerscheinungen sollen nur kurz angezeigt und ihrem Wesen nach ebenso gekennzeichnet werden. Eine eingehendere Besprechung folgt im nächsten Literaturbericht.

Friederici, Georg: Der Charakter der Entdeckung und Eroberung Amerikas durch die Europäer. 1. Band. 579 S. Gotha, F. A. Perthes, 1925.

Es ist eine Einleitung zur Geschichte der Besiedlung Amerikas durch die Völker der alten Welt.

Bürger, Otto: Brasilien. 407 S. Leipzig, Dietrichsche Verlagsbuchhandlung, 1926.

Es ist eine neue, besonders wirtschaftlich eingestellte Landeskunde Brasiliens.

Klute, Fritz: Argentinien und Chile von heute. 274 S. Lübeck, Otto Quitzow, 1925.

Es ist das Reisewerk der Forschungsfahrt, die den Autor durch wesentliche Teile der beiden Länder führte.

Diese drei Bücher können schon heute, wenn auch erst nach kurzer Durchsicht, empfohlen werden.

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Prof. Dr. K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Studienrat Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr 9 / Professor Dr. Maull, Frankfurt/Main, Franz Rückerstraße 23 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Grunewald, Hohenzollerndamm 83 / Druck: Saladruck Zieger & Steinkopf, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 114.